Geschichte und Funktion
der Sozialarbeit

Auszüge aus Vorwort und Inhaltsverzeichnis

Das vorliegende Papier, der Versuch einer materialistischen historischen "Analyse" und Funktionsbestimmung der Sozialarbeit ist ein Novum in ihrer Geschichte - zumindest seit der offenbar zur Vergessenheit gewordenen Auseinandersetzung um eine "Fürsorge"-Selbstorganisation der Arbeiter nach dem 1. Weltkrieg. Damals standen sich revolutionäre Kräfte, z.B. Clara Zetkin, die das Konzept der "Roten Arbeiterhilfe", eine Organisation praktischer Selbsthilfe und Solidarität im alltäglichen Klassenkampf, vertraten, und Revisionisten in der SPD um die spätere AWO-Begründerin Marie Juchacz gegenüber, die aus humanistischer Gesinnung die schlimmsten Auswirkungen kapitalistischer Ausbeutung mit Hilfe einer caritativen Wohlfahrtsorganisation verhindern wollte.

Das vorliegende Papier zeigt, daß diese historisch zurückliegende Alternative auch heute nicht an Aktualität eingebüßt hat; es stellt sich dar als ein Arbeitsergebnis einer immer größer werdenden Zahl von Sozialarbeitern, die begreifen, daß sie bisher bewußtlos und ohnmächtig an den Symptomen eines Ausbeutungssystems, der kapitalistischen Gesellschaft, kuriert haben und die begriffen haben, daß die Vernachlässigung ihres Arbeitsfeldes (die vielfach beklagte Situation fehlender Mittel, fehlenden Personals und mangelhafter Ausbildung) strukturell bedingt ist in einem gesellschaftlichen System, in dem Profit und private Aneignung von Reichtum an erster Stelle und "Kosten" verursachende "soziale Fragen" an allerletzter Stelle rangieren.

Aus dem Inhalt: Zur gesellschaftlichen Situation der Armenpflege in der feudalen Gesellschaft - Sozialarbeit im Umbruch zur kapitalistischen Gesellschaft - Marx' Analyse der bürgerlichen Gesellschaft und ihre Bedeutung für eine Analyse der Sozialarbeit - Bismarck'sche Sozialpolitik und Sozialarbeit - Geschichte der Sozialarbeit 1880 - 1930 - Sozialarbeit im Faschismus 1933 - 1945 - Geschichte des Jugendhilferechts (das RJWG 1923, Jugendhilfe-Recht im Faschismus, Diskussion um die Novelle 1953, Diskussion um das JWG 1961) - Ausgewählte Literatur zur Sozialarbeit.

Ca. 7o Seiten, vervielfältigt mit festem Umschlag. DM 3.--
Bezug über AKS, c/o Günter Pabst, 6 Frankfurt, Hamburger Allee 47
Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



aus CASE-CON, revolutionäres Magazin für Sozialarbeiter in England
Heft Januar 1973 zum Thema Repression

Inhalt: Zur Organisierung - Funktion der Sozialarbeit - Disziplinierung in der Familienfürsorge Neukölln - 6 Fälle von Disziplinierung - Hinweise

5 Offenbach, Dezember 1973/Januar 1974
Doppelnummer, Preis DM 5.--

Dieser Informationsdienst Sozialarbeit wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind.

Herausgeber: Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2ooo GmbH Offenbach

Erste Auflage, Dezember 1973/Januar 1974, 5ooo Exemplare

Vertrieb: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Postscheck Frankfurt, Konto Nr. 61041-604

Preis: Einzelexemplar (Doppelnummer) DM 5.--
Bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren 2o % Rabatt
Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 4o % Rabatt
jeweils zuzüglich Versandkosten

Der Info kann auch im Abonnement bezogen werden. Bezugsgebühren für das Jahr 1974 DM 1o.-- + DM 2.8o Versandkosten. Das Jahresabonnement enthält vier reguläre Ausgaben (Einfachnummern). Die Einfachnummer kostet einzeln DM 3.--, eine Doppelnummer DM 5.--.

Titelblatt: Die Karikatur ist entnommen aus der revolutionären Sozialarbeiter-Zeitschrift "Case Con":
Case-Con Basement Flat
110 Landsdowne Way
London SW 8 (Großbritannien)

Verantwortlich: Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit
Presserechtlich verantwortlich: Günter Pabst Offenbach

Druck: hbo-druck Bensheim

INFO SOZIALARBEIT, Heft 5

I N H A L T

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT

Der Info Sozialarbeit dient der Information und Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Gruppen und einzelnen, die im Sozialbereich arbeiten und wendet sich an Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Sozialplaner, Psychologen, Dozenten und Studenten an Fachausbildungsstätten etc. - Der Info behandelt jeweils ein bestimmtes Schwerpunktthema und enthält aktuelle Nachrichten, Materialien etc. - Übergreifender Gesichtspunkt der Aufarbeitung von Praxiskonflikten und Modellen ist die kontinuierliche Diskussion über eine sozialistische Strategie im Sozialbereich. - Wir fordern interessierte arbeitende Gruppen auf:

1) Uns Materialien, Kritiken und Anmerkungen, aktuelle Nachrichten und Informationen sowie Berichte über Arbeitskonflikte und Disziplinierungen zuzusenden;
2) **Mit uns Kontakt aufzunehmen und am Info Sozialarbeit mitzuarbeiten.**

Folgende Ausgaben sind bisher erschienen:

Heft 1: "Fürsorgeerziehung"
Editorial zur Herausgabe des Info Sozialarbeit im Kapitalismus - Konzeption für den Aufbau eines Jugendwohnkollektivs - Auszüge aus einer Kollektivzeitung etc.

Heft 2: Sozialarbeit in Institutionen
Geschichte des AKS Frankfurt - Probleme der Sozialarbeit bei freien Trägern (Evangelische Familienberatung) - Kollektivpraktikum im Heim - Gemeinwesenarbeit mit Obdachlosen - Hinweise, Nachrichten, Leserzuschriften etc.

Heft 3/4 (Doppelnummer): Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie
Drei Aufsätze aus der Case-Con - Fürsorgezöglinge nehmen ihre Sache selbst in die Hand - Das Lehrstück Brackwede oder die objektiven Grenzen fortschrittlicher Jugendamtspolitik im Recht - Kampf zwischen Eltern und Arbeiterwohlfahrt um eine Spielstube - Materialien, Hinweise, Zeitschriftenbibliographie zur Heimerzieheung etc.

VORBEMERKUNGEN ZU DIESER AUSGABE

Mit dieser Ausgabe des Info Sozialarbeit setzen wir unser Vorhaben fort, Konflikte im Bereich der Sozialarbeit darzustellen und zu problematisieren. Diese Konflikte sind beispielhaft auch für andere Auseinandersetzungen in diesem Bereich, da anhand ihrer die momentanen Grenzen der sozialarbeiterischen Praxis und das Verhältnis des Staates zu den Aufgabenstellungen der Sozialarbeit deutlich werden.
Den vielen punktuell auftretenden Konflikten in den Bereichen der sozialen Arbeit ist gemein, daß unter den Praktikern eine breite Diskussion um die Möglichkeiten und Grenzen einer im institutionellen Rahmen festgemachten Sozialarbeit begonnen hat. Die geschilderten Versuche, eine andere als bisher gelaufene Arbeit zu machen, die den "Klienten" die Möglichkeit gibt, ihren Lebensraum selbst zu bestimmen und zu erkennen, führten zwangsläufig zu Konflikten mit den Trägern dieser Arbeit. Anhand der Berichte erkennen wir, daß der Anspruch und die zur Verfügung gestellten Hilfsmittel, also der organisatorische Rahmen, soweit auseinander klaffen, daß von einer Hilfestellung oder Beseitigung einer Notlage kaum gesprochen werden kann. Die Sozialarbeiter, die ihre Arbeit ernst nehmen, werden diese Widersprüche recht bald erkennen und versuchen, an ihrer Praxis Veränderungen herbeizuführen. Das führt zwangsläufig zu Konflikten, die oft durch repressiven Eingriff der Träger zunächst beendet werden. Wir können und wollen in diesem Rahmen keine fertigen Analysen über mögliche Veränderungen und taktische Schritte liefern, sondern wollen die Diskussion um die Möglichkeiten in der Arbeit anregen. Dazu fordern wir die Gruppen auf, die aufgrund ihrer Tätigkeit spezifische Erfahrungen mit der Sozialbürokratie gemacht haben, mit uns in die Diskussion und Zusammenarbeit zu kommen. Wir verstehen das Sozialarbeiter-Info als Plattform für die Praktiker, dort ihre politischen und berufsspezifischen Probleme darzustellen, miteinander zu diskutieren, die konkreten Erfahrungen zu verallgemeinern, um eine sozialistische Strategie im Sozialbereich entwickeln zu können.

Dieses Heft war ursprünglich als ein Einzelheft (ca. 50 Seiten) mit fest umrissenen Beiträgen konzipiert. Nun sind wir keine Profis, die Routine in der Abfassung von Artikeln haben und die immer in der Lage sind, einen Sachverhalt auf engstem Raum zu schildern. Hinzu kommt, daß uns nach der Konzipierung eines Heftes aktuelle Berichte über Konflikte im Sozialbereich zugesandt werden, auf die wir zumindest in Kurzform eingehen möchten.
So ist es dann nicht verwunderlich, wenn der Umfang des Heftes über das übliche Maß hinaus zunimmt; ca. 80 Seiten sind aber für ein Einzelheft zuviel und für eine Doppelnummer zu wenig.
Wir haben uns daher entschlossen, in diesem Heft die Arbeitsergebnisse und die vom Sozialistischen Büro vorgelegten Papiere zur Arbeits-

gruppentagung des Sozialistischen Büros am 3./4.11.73 zu veröffentlichen.
Damit soll einmal dem Informationsbedürfnis der Genossen und Gruppen genüge getan werden, die nicht den "Zentralen Rundbrief" oder "links" lesen und zum anderen allen die Möglichkeit gegeben werden, sich mit dem organisatorisch-politischen Rahmen des Sozialistischen Büros auseinanderzusetzen, ihr Verhältnis zum Sozialistischen Büro genauer zu bestimmen bzw. ihre Interessen in den Diskussions- und Auseinandersetzungsprozeß stärker als bisher einzubringen. Wir hoffen, daß sich ein möglichst großer Kreis von Gruppen und Einzelnen an dieser Diskussion beteiligt und durch die Mitarbeit am Info der Kooperations- und Kommunikationsprozeß der im Sozialbereich Tätigen verstärkt wird.

Ein Wort müssen wir noch dazu sagen, warum das vorliegende Heft so spät erscheint. Zu berücksichtigen gilt einmal, daß das Heft von Praktikern gemacht wird, die diese Arbeit neben ihrer Berufsarbeit und der politischen Arbeit am Ort leisten müssen und zum anderen blieb die Arbeit am Heft Nr. 5, obwohl eine Reihe neuer Gruppen zusätzlich am Info mitarbeiten wollen, einigen wenigen überlassen. Auf den letzten Redaktionssitzungen haben wir dieses Problem ausführlich diskutiert; die bei dieser Diskussion neu hinzugekommenen Gruppen mußten sich erst formieren und in ihren Diskussionsprozeß die Mitarbeit am Info, was ja auch eine disziplinierte termingerechte Mitarbeit bedeutet, aufnehmen.
Wir meinen aber, daß durch die Neuorganisation der Arbeit für 1974, diese sowohl inhaltlich und organisatorisch besser strukturiert werden kann und die zukünftigen Hefte termingerechter erscheinen können.

Die nächste Ausgabe des Info Sozialarbeit (Heft Nr. 6) beschäftigt sich mit dem neuen Jugendhilferecht und dient der Vorbereitung zum Jugendhilfetag Hamburg. Das Heft wird rechtzeitig zum nächsten Vorbereitungstreffen am 26. - 28. April in Hamburg erscheinen.

An dieser Ausgabe haben folgende Gruppen mitgearbeitet:

AKS Berlin, Kritische Gruppe Berlin, Theorie-Praxis-Gruppe Berlin, AKS Frankfurt, ehemalige Mitarbeiter des EWH Berlin und Genossen aus Göttingen und Köln.

Redaktionskollektiv:

ZUR ORGANISIERUNG IM SOZIALISATIONSBEREICH

(Ergebnisse der Arbeitstagung vom 10./11.3.73 und des Arbeitsseminars vom 26.-28.10.73)

Fast 1 1/2 Jahre sind mittlerweile seit der 1. Redaktionssitzung vom 8.7.72 in Frankfurt vergangen.
Ausgangspunkt und Motivationen für eine überregionale Zusammenarbeit innerhalb des Sozialistischen Büros war
- die seit dem Jugendhilfetag 1970 formulierte, aber bisher nicht realisierte Solidarisierung und Zusammenarbeit der im Sozialisationsfeld Arbeitenden,
- das Fehlen eines Kommunikationsorgans, das die von sozialistischen Gruppen und Einzelnen gemachten Erfahrungen wiedergibt und aufarbeitet,
- die Isolierung und Zersplitterung von Einzelnen und Gruppen und die Gefahr der Berufsbornierung bei Festhalten bisheriger Arbeitsansätze.

Deshalb hatten wir uns entschlossen, im Rahmen des Sozialistischen Büros, das in anderen Bereichen ähnliche Projekte organisiert (Express, Info Arbeiterbildung, Informationsdienst des SLB etc.), einen Informationsdienst Sozialarbeit herauszugeben und zukünftig unter Einbeziehung weiterer interessierter Gruppen und Genossen diesen zu einem Instrument der Kommunikation, Koordination und Organisierung auszubauen. Durch den Info soll den im Sozialisationsbereich tätigen Gruppen und Genossen dadurch Unterstützung gegeben werden, indem sie die Möglichkeit erhalten und aufgefordert werden, ihre Erfahrungen, unmittelbaren Probleme, Konflikte und Bedürfnisse darzustellen und mit anderen Gruppen in einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu treten. Ergebnis dieses Versuchs, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch verschiedener Gruppen zu organisieren, ist:

1) Informationsdienst Sozialarbeit

Der Info Sozialarbeit, dessen 1. Heft im November 1972 erschien, hat eine Auflage von 5 000 Exemplaren; davon sind mittlerweile ca. 750 Abonnenten.

Folgende Schwerpunkte wurden bisher behandelt:

Heft 1:	Fürsorgeerziehung
Heft 2:	Sozialarbeit in Institutionen
Heft 3/4:	Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie
Heft 5:	(diese Ausgabe)

Stattgefunden haben dazu 6 Redaktionssitzungen mit unterschiedlich starker Gruppenbeteiligung. Der Stamm der Gruppen (Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Frankfurt), die bisher den Info getragen haben, hat sich

bis heute auf 13 aktiv mitarbeitende Gruppen und Einzelgenossen und ca. 20 Gruppen, die ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt haben und in den Informationsaustausch einbezogen sind, erweitert.

2. Sozialarbeiter-Tagung am 10./11. März 1973 in Frankfurt

Um die im 1. Heft skizzierte Konzeption sowie den zukünftigen Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit zu diskutieren und verbindlich festzulegen, führten wir im März eine zweitägige Tagung in Frankfurt durch. Daran beteiligten sich 17 Gruppen und über 150 Sozialarbeiter und Studenten.

Zu Beginn wurde von einem Vertreter des Info Sozialarbeit kurz der Zusammenhang, in dem der Info steht, skizziert:
"Daß die Kontakte zum Sozialistischen Büro gesucht und aufgebaut werden, ist nicht zufällig. Viele Gruppen und Genossen stehen insbesondere seit dem Jugendhilfetag in Nürnberg (Sozialistische Aktion) lose in Verbindung oder suchten in den vergangenen Wochen und Monaten verstärkt den Kontakt mit dem Sozialistischen Büro, was letztlich mit der politischen Perspektive und einer entsprechend großzügigen offenen Arbeitsweise des Sozialistischen Büros zusammenhängt, nämlich die organisierte Kooperation autonomer sozialistischer Gruppen herzustellen. Das Sozialistische Büro geht davon aus, daß die Gruppen den Arbeitsansatz der sozialistischen Linken in der BRD und West-Berlin mit Hilfe einer nichtautoritären Organisation entwickeln können und bereits heute in der Organisierung ihrer Zusammenarbeit traditionelle bürokratische Organisationsvorstellungen überwinden lernen und die Entwicklung einer neuen sozialistischen Bewegung im Lernprozeß der Klassenauseinandersetzungen in den Betrieben und Büros, Ausbildungsstätten und anderen gesellschaftlichen Bereichen möglich wird.
In der Sozialarbeit beobachten wir, daß sozialistische und kritische Sozialarbeiter einem zunehmenden institutionellen Druck und Disziplinierungsmaßnahmen ihrer Anstellungsträger ausgesetzt sind. Diesen wird man nur dann wirksam entgegentreten können, wenn wir einen solidarischen Zusammenschluß aller im Sozialbereich Tätigen erreichen.
Die Aktivitäten von sozialistischen Gruppen im Bereich der Sozialarbeit erfordern zweifellos Kooperation, gegenseitige Solidarität, um gemeinsam erarbeitete Arbeitsansätze verteidigen und ausbauen zu können. Dazu müssen die bisherigen Erfahrungen der arbeitenden Sozialarbeitergruppen ausgewertet werden. Der Erfahrungsaustausch muß auf eine neue, breitere Ebene gebracht werden, damit sich die Perspektive dieser Arbeit längerfristig genauer bestimmen lassen kann.
Der Info Sozialarbeit kann diese Aufgabe nur teilweise erfüllen; er muß ergänzt werden durch direkte Kontakte von sozialistischen Sozialarbeitergruppen untereinander und mit sozialistischen Gruppen aus anderen Arbeitsfeldern (Betrieb, Schule etc.). Dazu bietet die Organisationsstruktur des Sozialistischen Büros günstige Voraussetzungen.
Das Ziel dieser Tagung sollte daher sein:
1. Die Herstellung verbindlicher Kommunikation und Kooperation mit bestehenden autonomen Gruppen.
2. Die Herstellung einer organisierten Basis der Solidarität mit denen vom Berufsverbot betroffenen Genossen.
3. Die Diskussion der Widersprüche am Arbeitsplatz und ansatzweise Entwicklung einer politischen Strategie (wie Widersprüche angegangen werden müssen).
4. Die Diskussion über Funktion und Konzeption des Infos Sozialarbeit."

Unter der Fragestellung "Wie kann organisierte Kommunikation für die im Sozialbereich Tätigen aussehen?" wurde im Plenum und in nach Regionalbereichen untergliederten Arbeitsgruppen unter dem Aspekt späterer Zusammenarbeit folgende Punkte unterschiedlich intensiv diskutiert:
- Gewerkschaftsfrage
- Funktion des Sozialistischen Büros /Auseinandersetzung mit Parteiaufbauorganisationen
- Funktion der Sozialarbeit und die Organisierung in diesem Bereich
- Verhältnis Ausbildung und Beruf.

Als Einstieg in die Diskussion benutzten alle Arbeitsgruppen die Vorstellung der Arbeitsbereiche von Einzelnen und Gruppen. Die gegenseitige Information nahm einen sehr breiten Raum ein; sie war notwendiger Bestandteil der Tagung, um überhaupt bei diesem heterogenen Teilnehmerkreis eine Diskussionsbasis zu erreichen und entsprach dem Bedürfnis der Teilnehmer, sich über die Arbeit und Probleme an anderen Orten zu informieren. Die weitere Diskussion in den Gruppen setzte an unterschiedlichen Problemkreisen an:

Das Protokoll der AG Düsseldorf gibt drei Schwerpunkte an, die diskutiert wurden: Funktion der Sozialarbeit/Organisierung in der Gewerkschaft/Funktion des Sozialistischen Büros.
Aus der Funktionsbestimmung der Sozialarbeit als "disziplinierende, kontrollierende und reglementierende Aufgabe" und der Zuordnung der Sozialarbeiter "als Teil des Staatsapparates", wurde die Notwendigkeit der Organisierung abgeleitet, wenn der Sozialarbeiter "Bündnispartner des Proletariats sein will".
Als notwendige politische Ergänzung zur Gewerkschaftsorganisierung wurde die Mitarbeit in einer "Aufbauorganisation" anvisiert:
"Die AO's zeigen politische Perspektiven auf, in wieweit in der Praxis politische Arbeit möglich ist. Es werden ideologische Auseinandersetzungen geführt. Der Sozialarbeiter muß sich in einer proletarischen Partei organisieren, um seinen Platz bestimmen zu können. Dann ist er in der Lage, Agitation innerhalb der Sozialarbeit zu betreiben; die Jugendlichen aufzuklären, die Sozialstaatsideologie der Sozialarbeiter abzubauen, proletarisches Bewußtsein zu schaffen und sich mit den Arbeitern zu solidarisieren."
"Das Sozialistische Büro sollte die Koordination der sozialistischen Sozialarbeiter-Organisationen betreiben, um die Ansätze der verschiedenen Gruppen überregional angehen zu können."

Die Arbeitsgruppe "Süd" diskutierte stärker die Schwierigkeiten der Organisierung von Sozialarbeitern, die an folgenden Punkten festgemacht wurden:
- Zweifel an der Relevanz der politischen Arbeit im sozialen Bereich.
- Zersplitterung in viele Organisationsansätze.
- Überbelastung durch ihre Tätigkeit; die Bereitschaft, sich außerhalb der Dienstzeit zu engagieren ist nicht stark genug, die zusätzlichen Anforderungen auszuhalten.
- Sozialarbeiter sind keine homogene Gruppe; Interessen, Ziele und

Bedürfnisse sind verschieden, sie konkurrieren um Geld und Klientel. Organisationsansätze hätten daher u.a. anzusetzen an der eigenen Unsicherheit, den Schwierigkeiten des Einzelnen im persönlichen, alltäglichen Kontakt zu den Klienten etc. Eine engere Zusammenarbeit örtlich naher Gruppen sollte in Verbindung mit dem SZ Tübingen und Stuttgart geschehen.

Das Protokoll der AG "Rhein-Maingebiet" gibt eine Funktionsbestimmung der Gewerkschaften wieder (siehe unten), sowie Aufgabenstellung und Gedanken zur praktischen Umsetzung der im Sozialbereich Tätigen.

Aufgabenstellung:

1. Aufhebung der Trennung von praktischer, isolierter Arbeit und theoretischer Ausbildung.
2. Erarbeitung einer Berufsperspektive im Sozialbereich.
3. Welche Funktion hat die Sozialarbeit und verwandtes in der heutigen Gesellschaft? Wie wird sie eingesetzt? Von wem? Ab welchem Punkt entstehen Konflikte? Theoretische Verarbeitung dieser Fragen aus praktischen Erfahrungen.
4. Welche politische Perspektive läßt sich entwickeln für eine Arbeit im Reproduktionssektor? Ist es möglich, sich aus einem gesellschaftlichen Bereich zurückzuziehen? Reichen Bürgerinitiativen aus? Warum politische Partei in spe?

Praktische Umsetzung:

1. Ständige verbindliche regionale Arbeitsgruppen von Berufstätigen und Studenten im Sozialbereich.
Welche Zielgruppen kann man für eine solche Arbeit ansprechen (Berufsanfänger - Sozialisten im sozialen Bereich)? Kann man darüber politisieren (Sozialarbeiter und Klienten)?
2. Informationsdienst: Praktische Projekte darstellen; Konflikte analysieren; Forschungsergebnisse verbreiten; Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen Linien.
3. Überregionale Tagungen zu festgelegten Themen.
4. Eintritt in die Gewerkschaft (ÖTV)."

Diese Arbeitsgruppenergebnisse wurden anschließend im Plenum diskutiert. Weitgehende Übereinstimmung bestand in der Einschätzung der Funktion von Sozialarbeit, der Notwendigkeit einer stärkeren Organisierung insbesondere in der Gewerkschaft, der Organisationsform in der der überwiegende Teil der Arbeiter und Angestellten organisiert sind.
Der Gewerkschaft (für die überwiegende Anzahl der Sozialarbeiter die ÖTV) wurden folgende Funktionen zugewiesen:
"1. Bündnis auf breitester Ebene im Kampf mit den Werktätigen
2. Druck von der Basis in der Gewerkschaft
3. Durchsetzen eigener Interessen als Arbeitnehmer
4. Einzige Möglichkeit, sich zu schützen über eine breite Öffentlichkeitsarbeit, Solidarisierung mit und durch die Gewerkschaftskollegen, Arbeitsrechtsschutz."

Übereinstimmung bestand auch in der Einschätzung, daß eine Organisierung in den Gewerkschaften nicht ausreicht. Kontrovers diskutiert wurde dann die Frage, wo denn der politische Ort der Organisierung der Sozialarbeiter etc. sei und welche Funktion in diesem Zusammenhang das Sozialistische Büro und der Info Sozialarbeit einnimmt.

Die Aufforderung von Teilnehmern, sich in "einer proletarischen Partei zu organisieren, den kommunistischen Aufbauorganisationen, die die Arbeiterklasse als Sozialisten vertritt" wurde von dem überwiegenden Teil der Sozialarbeiter als z.Zt. nicht relevant für ihre Praxis angesehen. In den Diskussionsbeiträgen, die sich mit dieser Position auseinandersetzten, kam zum Ausdruck, daß es für Sozialarbeiter als Lohnabhängige aber nicht als Angehörige des Proletariats nicht allein darum gehen kann, sich in einer Organisationsform, die glaubt, die richtige zu sein und die Interessen des Proletariats vertritt, anzuschließen.
Ausgehend von der politischen Situation in der BRD, der noch wenig entwickelten Klassenkämpfe, der Bindung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Angestellten an den reformistischen Weg der SPD, stellt sich für die Mehrheit der Teilnehmer nicht die Frage nach dem Parteiaufbau, insbesondere nicht nach der Übernahme historisch überholter Organisationsformen. Es geht darum, erst einmal selbst sich an dem Ort, wo man arbeitet, zu politisieren, d.h. nicht zu trennen zwischen Beruf (als Reproduktionsort) und Freizeit (als politischer Ort der Organisierung), sondern anzusetzen an den eigenen Interessen und Bedürfnissen.
Die Politisierung im Zuge der antiautoritären Studentenbewegung schuf in allen gesellschaftlichen Bereichen eine Vielzahl von Basisaktivitäten und Selbstorganisationsansätzen; so auch im Sozialisationsbereich. Für die im Sozialbereich Tätigen gilt es, diese Erfahrungs- und Selbstorganisationsansätze zu intensivieren und auszubauen, sowohl bezogen auf die eigenen Interessen, wie auf die Interessen des Klientels. Dabei tauchen eine Vielzahl von Fragen auf (s. Protokoll AG Rhein-Main-Gebiet), die bisher nur unzureichend gelöst und beantwortet sind. Die Erfahrungen aus den verschiedenen Bereichen aufzuarbeiten, zu verallgemeinern, die Isolierung der Einzelnen und Gruppen zu durchbrechen, einen Kommunikationsrahmen zu haben, dazu sollte der Informationsdienst Sozialarbeit dienen.
Nach dieser Kontroverse über die grundsätzliche Orientierung von Gruppen im Sozialbereich kam es notwendigerweise auch zu unterschiedlichen Funktionsbestimmungen des Info Sozialarbeit. Die Vorstellung einiger Teilnehmer, daß der Info Sozialarbeit über kommunistische und sozialistische Organisationen zu berichten hätte, daß z.B. Berichte aus der "Roten Fahne" oder dem "Roten Forum" zu übernehmen wären, wurde zurückgewiesen, da es nicht um die Selbstdarstellung der verschiedenen Gruppen gehen kann, sondern primär um die Diskussion und Weiterentwicklung bisheriger sozialistischer Arbeitsansätze im Sozialbereich.
Im einzelnen wurden dem Info folgende Aufgaben zugewiesen:
- Darstellung von verschiedenen Projekten in der Sozialarbeit,
- Analyse von Konflikten am Arbeitsplatz
- Klärung des Verhältnisses von Theorie und Praxis
- Verallgemeinerung der Erfahrungen, Klärung der politischen Funktion von Sozialarbeit.

Die überregionale Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Büro schafft die Möglichkeit, Kontakte mit anderen Gruppen z.B. aus dem Produktionsbereich aufzunehmen und verringert dadurch die Gefahr der Berufsbornierung. Die Zusammenarbeit mit diesen Gruppen wurde sich dann allerdings nicht aus der ab-

strakten Bestimmung des Bündnisses mit der Arbeiterklasse ergeben, sondern ansetzen an den konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen.

3) Arbeitsseminar am 26. - 28. Oktober 1973 in Frankfurt

Nach einem Jahr Arbeit am Info Sozialarbeit, der Herausgabe von 3 Schwerpunktheften, war es notwendig geworden, die bisherige Arbeit des Redaktionskollektivs selbstkritisch zu hinterfragen und zu überlegen, wie die Arbeit stabilisiert und weiter ausgebaut werden kann. Wir haben festgestellt, daß die notwendigen Grundsatzdiskussionen bisher in den Redaktionssitzungen nur ungenügend geführt, die Arbeit der einzelnen Gruppen nicht zum Gegenstand der Diskussion gemacht worden sind, sondern mehr oder weniger die redaktionelle Arbeit, d.h. die Fertigstellung des Infos im Vordergrund gestanden hat. Insofern hatten die bisherigen Infos - bis auf wenige Ausnahmen - kaum Relevanz für die mitarbeitenden Gruppen.

2 Schwerpunkte standen auf diesem Arbeitsseminar, an dem sich 32 (zeitweise 36) Genossen aus Berlin, Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Krefeld, Frankfurt, Freiburg beteiligten, zur Diskussion:

a) Konzeption des Info's, Arbeitsweise des Redaktionskollektivs (Frage, wie können praktische Fragen theoretisch aufgearbeitet werden, mit welcher Zielrichtung und wie können Sozialarbeiter organisiert werden).
b) Einschätzung und Vorbereitung einer Sozialistischen Aktion zum Jugendhilfetag 1974 in Hamburg.

Da neben den Stamm-Gruppen eine Reihe weiterer Gruppen und Genossen erschienen waren, die ebenfalls kontinuierlich am Info mitarbeiten wollen, nahm die gegenseitige Information über Arbeitsansätze, Probleme, Motivation und Erwartungen an eine Zusammenarbeit wiederum einen breiten Raum ein. Folgende Problemkreise bzw. Fragestellungen wurden in dieser Diskussion aufgeworfen, die zukünftig von uns angegangen werden müssen:

- Wenn der Info die Organisationsfrage durch praktische Beiträge in Gang halten soll, wie müssen dann diese Berichte aussehen, wie können wir eine Strategiediskussion eröffnen und wie erfolgt die theoretische Verbindung zu den praktischen Problemen?
- Trafen die bisherigen Info-Artikel die praktisch/theoretischen Probleme der arbeitenden Gruppen; in welchem Rahmen steht der Info?
- Gemeinsame Probleme aller Sozialarbeiter-Gruppen sind: Verbindung von Theorie und Praxis, Problem der politischen Organisierung, Problem der politischen Strategie.

Die Funktion des Info wurde im Hinblick auf folgende Fragestellungen diskutiert:

1. Organisation (a) Gewerkschaft, (b) Selbstorganisation
2. Funktion von Sozialarbeit (a) Berufsrolle des Sozialarbeiters, (b) Funktion der Sozialarbeit als Institution
3. Aufgaben und Ziele des Info (Diskussion anhand des Editorials).

1a) Von allen beteiligten Gruppen wurde die Gewerkschaft als notwendiger Bestandteil der Organisierung angesehen. Zur Einschätzung des Gewerkschaftsapparates und zur Strategie sozialistischer Gruppen wurden unterschiedliche Positionen deutlich. Die unterschiedlichen Positionen blieben jedoch in der Diskussion unvermittelt nebeneinander stehen.

1b) Die Selbstorganisation von Sozialarbeitern war darin begründet, daß man seine Interessen durch Gewerkschaften und berufsständische Organisationen nicht vertreten glaubte. Gleichzeitig war mit der Selbstorganisation (in AKS-Gruppen etc.) der Anspruch verbunden, auch den Klienten zur Durchsetzung ihrer Interessen diese Möglichkeit nahezulegen. Selbstorganisation der von Sozialarbeit Betroffenen würde dann tendenziell die Sozialarbeit in ihrer bisherigen Kontroll- und Disziplinierungsfunktion in Frage stellen.
Selbstorganisation kann einerseits ein Ansatz zur Organisierung berufsständischer Interessen sein (Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen) mit dem Ziel, diese gegenüber den Institutionen besser durchsetzen zu können, andererseits ein Ansatz, der auf die Verbesserung der Lage des Klienten gerichtet ist.
Diskutiert, aber nicht völlig geklärt, wurde die Frage, ob die Info-Arbeit eine Form der Selbstorganisation darstelle, bzw. eine weitergehende Organisierung vorbereiten könne.

2a) Gegenwärtig ist auf jeden Fall deutlich, daß Sozialarbeit - sei es behördliche oder bei freien Trägern - ganz allgemein gesprochen kontrollierende und disziplinierende Funktion hat. Objektiv ist der Sozialarbeiter Funktionsträger der Institution, die ihn beschäftigt. Ein sich politisch verstehender Sozialarbeiter hat stärkeres Interesse, die Betroffenen zu unterstützen, wobei er notwendigerweise in den Widerspruch zu seiner objektiven Funktion innerhalb der Institution gerät. Was darüberhinaus möglich ist, bedarf noch einer genaueren Einschätzung und Bestimmung. Der Sozialarbeiter muß lernen, selbst für seine eigenen Interessen zu kämpfen.

2b) Die Vergesellschaftung der Sozialarbeit im Kapitalismus kommt in institutioneller Form zum Ausdruck. Das Hilfsprogramm tritt sowohl dem Sozialarbeiter als auch dem Klienten als fertige Struktur gegenüber. Will man dagegen etwas tun - was sicher zu Auseinandersetzungen führt - dann kann man davon ausgehen, daß die innerinstitutionelle Konfliktstrategie nicht ohne Formen der Selbstorganisation auskommt. Die institutionelle Organisation der Sozialarbeit ist in sich widersprüchlich: Einerseits ist die Institution auf die Sozialarbeiter angewiesen, sie kann bei der Durchführung notwendiger Reformen nicht ohne weiteres über deren Köpfe hinweg handeln, andererseits kann sie "zu kritische" Basisinitiativen weitgehend verhindern und die Beteiligten disziplinieren. Wie und mit welcher Perspektive die hier vorhandenen Einflußmöglichkeiten genutzt werden können, müßte Gegenstand der Info-Berichte sein.

3. Der Einschätzung der Lage der Sozialarbeit im Editorial 1/72 wurde allgemein zugestimmt. Allerdings ist die Funktion des Staatsapparates zu oberflächlich beschrieben. Ob die Zielsetzung des Info realisierbar ist, läßt sich gegenwärtig nicht sagen, dazu ist der Erfahrungszeitraum zu kurz. Die Zeiten, in denen die Veröffentlichung von Konfliktfällen allein schon politisch wirkte (Gegenöffentlichkeit) scheinen vorbei zu sein. Notwendig scheint uns jetzt, wo die Anforde-

rungen der praktischen Arbeit wachsen und politisch schwieriger werden, eine gründliche theoretische Bearbeitung und politische Einschätzung von Praxiskonflikten.
Dazu ist es notwendig, im Info nicht einzelne nebeneinanderstehende Themen abzuhandeln, sondern zu einer kontinuierlichen Diskussion über eine sozialistische Strategie im Reproduktionsbereich zu kommen. Übergreifender Gesichtspunkt der Aufarbeitung von Praxiskonflikten und -modellen müsste diese Strategieentwicklung sein. Dabei sollten die in allen Praxisbereichen immer wieder auftauchenden Probleme der Selbstorganisation, Gewerkschaftsfrage, Konfliktbewältigung etc. auf einer möglichst konkreten Ebene abgehandelt und theoretisch verallgemeinert werden. Der Einwand, daß die theoretische Auseinandersetzung bei übermäßiger Anforderung in der praktischen Arbeit kaum möglich sei, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß es gerade dann wichtig sei, ein dialektisches Verhältnis zwischen Theorie und Praxis herzustellen. Erst diese Arbeitsweise ermöglicht eine qualitative Verbesserung des Diskussionsprozesses um die brennenden Fragen im Sozialbereich. Diese Arbeitsweise impliziert einen großen organisatorischen Aufwand, der nur dann zu bewältigen ist, wenn alle mitarbeitenden Gruppen einen hohen Grad der Verbindlichkeit gegenüber der Arbeit am Info haben. Der Vorschlag, ein Redaktionskollektiv von 4 - 5 Genossen zu wählen, wurde nicht akzeptiert. Ein solches Vorgehen würde eine kontinuierliche Verbindung zwischen Theorie und Praxis wieder unmöglich machen. In diesem Zusammenhang spielt die Einsicht in die Bedeutung des Infos für die Sozialarbeitergruppen eine große Rolle. Wenn der politische Stellenwert und die Wichtigkeit dieses Kommunikationsmittels erkannt werden, steigert sich auch die Motivation zur Mitarbeit.

Für die Mitarbeit und Strukturierung des Info Sozialarbeit gelten vorläufig folgende Gesichtspunkte:

1. Trennung von Arbeitsseminar und Redaktionssitzung: 4 x im Jahr werden Arbeitsseminare durchgeführt, die sich mit einem jeweiligen Schwerpunktthema beschäftigen. Am Arbeitsseminar können sich Gruppen und Einzelne beteiligen, die sich mit dem Thema auseinandergesetzt bzw. die vorab verschickten Thesen und Papiere gelesen haben; die Arbeitsseminare sollen gleichzeitig den Zusammenhang der verschiedenen Gruppen intensivieren und als übergreifenden Gesichtspunkt die Entwicklung einer sozialistischen Strategie thematisieren. Gruppen oder Einzelne, die daran interessiert sind, setzen sich mit dem Redaktionskollektiv in Verbindung bzw. nehmen Kontakt zur Koordinationsgruppe auf. Die Offenheit der Seminare findet allerdings dort ihre Grenze, wo die Mitarbeit lediglich im Besuch des Seminars besteht. Wir werden nur arbeitsfähig sein, wenn sich alle auf den jeweiligen Schwerpunkt gründlich vorbereiten und an den gemeinsamen Fragestellungen arbeiten. Die Ergebnisse des Arbeitsseminars dienen der inhaltlichen Gestaltung des Info Sozialarbeit.
An den Redaktionssitzungen nehmen nur die Gruppen und Einzelne teil, die sich bereit erklärt haben, kontinuierlich mitzuarbeiten.

2. Jeweils eine Gruppe wird ein Schwerpunktthema inhaltlich vorbereiten und ist für die Koordination und den organisatorischen Ablauf verantwortlich. Die von ihr ausgearbeiteten und zusammengestellten Papiere (Thesenpapiere, Literaturlisten, exemplarische Falldarstellung)

werden rechtzeitig zu jedem Arbeitsseminar versandt.

3. Eine Jahresvorausplanung ist allein schon aus technischen Gründen erforderlich.

4. Die Themenauswahl soll den verschiedenen Praxisfeldern Rechnung tragen.

5. Innerhalb der verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkte muß eine Kontinuität in der Entwicklung der übergreifenden Fragestellungen gesichert werden.

6. Die Schwerpunktthematik soll nicht bedeuten, daß andere aktuelle Beiträge ausgeschlossen werden.

7. Ort der Arbeitsseminare ist der Sitz der jeweiligen Koordinationsgruppe (mit Ausnahme des Arbeitsseminars Jugendhilferecht).

8. Aktuelle Informationen, Berichte, Materialien etc. werden der jeweiligen Koordinationsgruppe zugeleitet.

Folgende Themenschwerpunkte und Termine wurden für 1974 festgelegt:

Info Heft Nr. 6 (1/1974)
Thema: Jugendhilferecht/Vorbereitungsheft zum Jugendhilfetag Hamburg
Arbeitsseminar: Mitte Januar in Bielefeld

Info Heft Nr. 7 (2/1974)
Thema: Jugendzentren/Jugendclubarbeit
Arbeitsseminar: Ende April in Düsseldorf
Koordination: Gerd Rieger, 4 Düsseldorf, Oberkasselerstr. 7

Info Heft Nr. 8 (3/1974)
Thema: Reformismus in der Sozialarbeit
Arbeitsseminar: Ende Juni/Anfang Juli in Berlin
Koordination: AKS Berlin 41, Wielandstr. 26

Info Heft Nr. 9 (4/1974)
Thema: Psychisch Kranke
Arbeitsseminar: Ort steht noch nicht fest
Koordination: Hans Groffebert, 8 München 2, Kobellstr. 12

f.d.R. Christine Müller, Günter Pabst

Kritische Gruppe Westberlin:

ZUR PROBLEMATIK VON ROLLE UND FUNKTION DER SOZIALPÄDAGOGIK AM BEISPIEL DER KOLLEKTIVPÄDAGOGIK

V o r b e m e r k u n g :

Der folgende Artikel stellt eine Überarbeitung unseres Artikels ("Versuch einer kritischen Reflektion der Möglichkeit und Unmöglichkeit von Kollektivpädagogik") aus dem Materialien Band 5 - "Reader Jugendwohnkollektive" - der Victor-Gollancz-Stiftung dar. Dem Leser, der noch nicht intensiv mit der dort dokumentierten Diskussion befaßt war, möchten wir es dringend zum besseren Verständnis der im folgenden behandelten Problematiken empfehlen, sich diesen Reader und den ergänzenden Band 6 bei der obengenannten Stiftung in Frankfurt (Wilhelm-Leuschner-Str. 25) zu beschaffen.

Mit dem vorliegenden Artikel soll eine Diskussion weiter vorangetrieben werden, die seit dem ersten Heft immer wieder unter verschiedenen Blickwinkeln kontinuierlich geführt wurde. Es handelt sich dabei um die Bestimmung der Funktion von Sozialarbeit im Kapitalismus einerseits und um die Bestimmung der Möglichkeiten (und auch der Grenzen) engagierter Sozialpädagogen innerhalb dieser Gesellschaft andererseits. Dabei soll zum ersten Mal versucht werden, diese Thematik nicht nur deskriptiv und formal klassenanalytisch anzugehen, wie es dann notwendigerweise mit einer stark resignativen Tendenz vor allem im Heft 1 des "Info's" geschehen ist, sondern gleichzeitig mindestens ansatzweise reale Perspektiven zu entwickeln. Das ist uns bestimmt oft nur sehr mangelhaft gelungen, trotzdem dieser Artikel auf einer dreijährigen Diskussion mit Kollektivberatern basiert, die sich ehemals in einer Arbeitsgruppe innerhalb der Victor-Gollancz-Stiftung trafen, und trotzdem ein Großteil eben jener Berater jetzt zum ständigen Mitarbeiterkreis des vorliegenden Info's gehört. Gruppen, die die Mangelhaftigkeit der nachfolgenden Diskussion mit beheben helfen können, sind somit dringend aufgerufen, den vorliegenden Info auch als ihr Organ zu begreifen und durch kontinuierliche Mitarbeit die Diskussion mit vorantreiben zu helfen!

Die "APO - Zeiten" haben im Bereich der öffentlichen Erziehung ein spezielles Ergebnis hervorgebracht: Die Kollektive!
Heimjugendliche, die auf Grund der diversen Heimkampagnen im bundesrepublikanischen Raum aus den Heimen verschwanden und andere Trebegänger wandten sich mit der Bitte um Unterstützung bei der Lösung ihrer Probleme an Studenten der damaligen politischen Scenerie bzw. erhielten diese Jugendlichen von den Studenten direkt die agitatorische Aufforderung, sich in den studentischen Kampf zu integrieren und somit auch ihre Probleme zu lösen. In dem Maße, wie sich diese

Zielsetzung als falsch und undurchführbar erwies, wurden die Kollektive (teils gemischte aus Heimjugendlichen und Studenten, teils - etwas später - nur aus Heimjugendlichen bestehende), die sich aus einem politischen Anspruch und aus einem politischen Zusammenhang heraus gebildet hatten, geschlossen bzw. verstärkt unter pädagogischen Gesichtspunkten gesehen. Die studentischen Genossen zogen sich einerseits massenhaft aus dem vorher eingegangenen Engagement zurück, die verbliebenen diskutierten die Kollektive der ehemaligen Heimjugendlichen zunehmend nicht mehr unter politischen Gesichtspunkten, sondern verstärkt unter dem pädagogischen Gesichtspunkt der Aufarbeitung von "Schädigungen" der betroffenen Jugendlichen.

Die genannte grobe Skizzierung trifft so allerdings nur für die BRD zu. In Westberlin verlief die Entwicklung insofern anders, als hier das auslösende Moment keine irgendwie gearteten Heimkampagnen waren, sondern die "Randgruppenarbeit" (zumeist Arbeit mit Rockern) und deren theoretische Aufarbeitung einerseits, andererseits die Auseinandersetzung mit den Heimkampagnen in der BRD. Von daher wurden die ersten Kollektive von linken Sozialarbeitern und -pädagogen sofort auf Grund der vorher gelaufenen Diskussionen als pädagogische geplant und gegründet: man verstand sich als Gegenmodell, als Alternative zur herkömmlichen Heimerziehung.

Innerhalb der Gollancz-Stiftung schufen sich die beteiligten Sozialpädagogen eine Plattform zur Diskussion und Aufarbeitung der im Zusammenhang mit den pädagogischen Kollektiven auftretenden Probleme. Schon in den ersten Diskussionen wurde klar, daß im Grunde keiner der Beteiligten seine ideologische Verankerung in der APO leugnen konnte: die Ansicht, mit Hilfe des Gegenmodells Jugendkollektiv eine wirkungsvolle Alternative zur Heimerziehung zu liefern und dadurch revolutionierend auf den Bereich der gesamten öffentlichen Erziehung wirken zu können, herrschte allgemein vor. Nur noch ein paar funktionierende Kollektive, und die Herrschenden würden reumütig ihre Heime schleifen und statt dessen überall Kollektive gründen lassen! -
In den folgenden Diskussionen, zu denen sich nahezu alle Kollektivberater der BRD und Westberlin in von der Victor-Gollancz-Stiftung organisierten Seminaren in Dietzenbach trafen, wurde nicht nur sehr bald klar, daß die Auswirkungen der Kollektive auf die etablierte Heimpädagogik sehr gering waren, sondern daß im Gegenteil die Sozialbürokratie und ähnliche Funktionen wahrnehmende Kontrollorgane alles daran setzen und auch fernerhin setzen würden, die (angenommenen)Freiräume der Kollektive einzuengen und in gängige Formen von Heimpädagogik zu re-integrieren. (Das läßt sich in den Veröffentlichungen in der "Deutschen Jugend" und neuerdings im "Info Sozialarbeit" genau verfolgen.

Vor allem an Hand der solchermaßen durch die Sozialbürokratie aufgezwungenen Kollektivrealität einerseits und der pädagogischen Praxis der "Berater" in den Kollektiven andererseits setzte sehr bald eine heftige und kontroverse Diskussion über die exakte Bestimmung der politischen und pädagogischen Inhalte und Formen der in den Kollektiven zu praktizierenden Pädagogik ein, eine Diskussion, die leider nie bis zu einem genauen Ergebnis geführt wurde.

Ausgegangen wurde von dem Begriff der "Alternative zur Heimerziehung" aus den Anfängen der "Kollektiv-Ära", als die Initiatoren von Jugendwohngemeinschaften auf Grund der Analyse der Heimpädagogik dazu kamen, eine qualitativ andere Sozialpädagogik machen zu wollen, welche die betroffenen Jugendlichen nicht zu lebens"untüchtigen" Menschen verforme, sondern sie befähigen sollte, sich auf der Basis einer vollendeten Schul- und/oder Berufsausbildung kritisch in die Gesellschaft zu integrieren. Damit ist gemeint, Verlassen der gesellschaftlich randständigen Rolle als "deviante" Jugendliche und Integration ins Proletariat als Voraussetzung jeglicher proletarischen, gesellschaftspolitischen Bewußtwerdung. Das waren Ziele, von denen man wußte, daß sie von der Heimpädagogik gängigerweise nicht geleistet werden.

Die Kritik an dem Begriff "Alternative" setzte einerseits an der Relevanz der Kollektive im Hinblick auf die Heimerziehung an, andererseits, und das war der gewichtigere Punkt, an dem Vorhandensein von bezahlten Pädagogen (Erziehern). Die Kritiker waren der Meinung, daß man nicht von einer Alternative sprechen könne, solange man eine Grundstruktur der Heime, die Gliederung in "Zöglinge" und "Erzieher", übernehme. Dabei wurde, und das ist wichtig zum Verständnis des Fortgangs der Diskussion, auf eine objektivistische Weise vorgegangen und unter weitgehender Vernachlässigung der subjektiven Ebene (Selbstverständnis des "Beraters", Zielbestimmung der Arbeit, Praxis der Arbeit, u.a.) nur das Vorhandensein der Berater als Pädagogen zum Ansatzpunkt der Diskussion genommen unter Einbeziehung der reglementierenden Strategie der Sozialbürokratie, die weitgehend als übermächtig und letztlich unschlagbar gesehen wurde. Das ist wichtig im Hinblick auf die Beurteilung der später diskutierten Alternativen zur Kollektivarbeit.

Nach langen Diskussionen einigte man sich schließlich darauf, "nur" Differenzierung von Heimerziehung zu sein. Die Diskussion um die inhaltlichen pädagogischen und politischen Möglichkeiten einer solchen Differenzierung und der sich daraus für in diesem Bereich arbeitende Pädagogen ergebende Forderungen und Kampfesformen (auch und gerade gegenüber der Sozialbürokratie) wurde nicht ausreichend geleistet. Unter dem Eindruck des inzwischen entstandenen Georg-von-Rauch-Hauses in Berlin verengte sich die Diskussion zunehmend: Das Georg-von Rauch-Haus als selbstorganisiertes Kollektiv verstand sich selbst und wurde von vielen an den Diskussionen beteiligten verstanden als die einzig legitime Alternative zur Heimerziehung. Unter diesem Blickwinkel wurde die Diskussion um pädagogische Kollektive nur noch sehr verkürzt geführt: man war nicht mehr bereit, selbst nach dem Prinzip der Selbstversorgung und der tendenziellen Selbstverwaltung "geführten" Kollektiven das positive Prädikat "Differenzierung von Heimerziehung" zuzuerkennen, sondern man sprach nur noch von einer "Wiederholung der Heimerziehung mit anderen Mitteln".

Zusammen mit dieser Diskussion lief die Auseinandersetzung über den politischen Anspruch der zu leistenden Pädagogik. Auch hierbei traten schwere Differenzen auf. Die eine Fraktion wollte mehr eine politische Bestimmung der pädagogischen Inhalte der Arbeit vornehmen, während die andere Fraktion eher die Diskussion um die direkte poli-

tische Aktivierung der Jugendlichen, um die Verbindung von pädagogischer Arbeit und aktivem Kampf zusammen mit den Jugendlichen führen wollte. Das ging einher mit der Auseinandersetzung um das Ziel der Reintegration der Jugendlichen ins Proletariat einerseits und um die verlangte gemeinsame Integration von Beratern und Jugendlichen in den politischen Kampf andererseits, ja, die gemeinsame Integration in den politischen Kampf wurde zur Voraussetzung überhaupt einer möglichen und erfolgreichen nicht-integrativen Sozialpädagogik.

Aus unserer Sicht ist eine solche Diskussionsweise falsch und ist zu teilweise schwerwiegenden, falschen Ergebnissen gekommen. Um die Basis anzugeben, auf der wir diese Diskussion und ihre Ergebnisse bewerten und eine andere Perspektive entwickeln, seien im Folgenden einige Absätze aus Erziehung und Klassenkampf 4/71 zitiert:
Im Editorial wird festgestellt, daß die Klärung der Kampfaufgaben von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen erst am Anfang stehe und in dieser Situation die Gefahr besonders groß sei "entweder idealistische Entwürfe zu machen oder in Bereiche auszuweichen, in denen sich auf den ersten Blick revolutionäre Intentionen am ehesten in die Berufspraxis einbringen lassen." Weiter heißt es: "So hat sich nach der auf der Westberliner Randgruppenkonferenz im Februar 1970 zu recht geübten scharfen Kritik an der Randgruppen-Euphorie auch unter Sozialarbeiter-Studenten die Tendenz breit gemacht, nur noch die "normale" Jugendarbeit und die Vorschulerziehung als politisch relevante Handlungsbereiche anzusehen. (In unserem Fall war es die Stadtteil- und Jugendzentrumsarbeit - s. weiter unten - d. Verf.) Diese Tendenz wird noch dadurch gefördert, daß die Verwertungsinteressen des Kapitals in den sozialpädagogischen Berufsfeldern der vorschulischen, der außerschulischen bzw. der sogenannten Freizeitpädagogik teils nicht unmittelbar in Erscheinung treten, teils noch nicht so umfassend wirksam geworden sind, so daß hier idealistische Freiraumillusionen noch am ehesten sich ausb reiten können.
Um das immer erneute Entstehen von Illusionen zu verhindern, müssen wir uns deshalb immer wieder die Widersprüche klar machen, denen auch der sozialistische Sozialarbeiter und Sozialpädagoge in allen Berufsfeldern ausgesetzt ist. Sein praktisches Handeln wird in vielen Fällen, ganz unabhängig von seinem politischen Bewußtsein, auch (Hervorheben durch d. Verf.) eine herrschaftsstabilisierende Wirkung haben. Es gibt keine (dito) Praxis in der kapitalistischen Gesellschaft, die es uns gestattet, den diese Gesellschaft konstituierenden Widersprüchen zu entgehen. Jede Beschränkung auf nur aufgeklärte, individuelle, unorganisierte Sozialarbeit und Erziehungspraxis ist notwendig zum Scheitern verurteilt und fördert Illusionen und Resignation." (E & K S. 3-4)

In der genannten E & K-Ausgabe findet man auch folgendes Hoernle-Zitat: "Kommunistische Kinderheime! Auch dieses Wort klingt manchen Genossen berückend im Ohr. Auch hier ein Stück falscher Romantik. Es ist eine Illusion zu glauben, die kommunistische Partei oder Jugend könne revolutionäre Heimerziehung leisten, ohne vorher die politische Macht zu besitzen." (S. 37)
Ferner werden an anderer Stelle Aussagen Liebknechts zur Fürsorgeerziehung aus den "Leitsätzen" und aus einem Referat zur Begründung der Leitsätze zitiert: "...; der Zweck der Fürsorge, die Zöglinge

für das Erwerbsleben brauchbar zu machen, darf einzige Richtschnur sein." und: "Die Fürsorgeerziehung soll einzig und allein dafür sorgen, daß die Zöglinge dem Kampf ums Dasein geistig und körperlich gewachsen sind." (S. 29)

Dieses Zitat soll noch mit einer Aussage Bernfelds näher erläutert werden: "Für die dem Zögling freundlich gesinnten Erzieher - denen auf Grund ihrer politisch-pädagogischen Zielsetzung nicht dieselben subjektiven Grenzen in der Erziehung gesetzt sind, wie denjenigen, die die Zustände in den Heimen dulden oder sogar noch tatkräftig aufrechterhalten - sagt Bernfeld, daß es gilt, aus einem "gewissen Teil der Zöglinge normale proletarische Jugendliche (zu) machen, denen gegenüber die Arbeiterbewegung die normale Aufgabe der Aufklärung, Klassenerziehung und Organisation hat!." (E & K S. 30/31)

Was wird nun aus den Zitaten im Vergleich zu der vorhin umrissenen, unserer Meinung nach illusionären Position der gemeinsamen Integration von "Erziehern" und "Zöglingen" in den Klassenkampf deutlich?
Um das herauszuarbeiten, muß man noch einmal bei den Ursprüngen der Kollektivbewegung und der ideologischen Verankerung im Gedankengut der APO anfangen.
Die in den zitierten Passagen des Editorials formulierte Kritik an "nur aufgeklärten, individuellen, unorganisierten" Formen der Erziehungspraxis, der "idealistischen Freiraumillusionen" verbunden mit "idealistischen Entwürfen" und der Versuch, in Gebiete auszuweichen, in denen scheinbar die Verwertungsinteressen des Kapitals nicht so bestimmend sind, trifft voll die Phase der Konstituierung von Kollektiven. Es wurden Heimkampagnen durchgeführt, die getragen wurden von einer berechtigten Kritik an den Formen der Heimerziehung in unserer Gesellschaft, die politische Mobilisierung der Betroffenen zielte aber meistens ausschließlich auf die Jugendlichen ab, eine gezielte Mobilisierung des pädagogischen Personals unterblieb in der Regel. Diese Heimkampagnen wurden getragen von außerhalb der Heime befindlichen Kritikern und hatten, da Erfolge kurzfristig nicht zu erreichen waren, auch eine weitgehende Orientierung der betroffenen Jugendlichen nach außen zur Folge. Das führte zur Konstituierung von Jugendwohngemeinschaften, erst unter sich als illusionär erweisenden politischen Zielsetzungen, später unter pädagogischen "Alternativvorstellungen".

Was stand aber anders hinter den Vorstellungen, mit den Kollektiven eine Alternative zur gängigen Heimpädagogik zu liefern, als eben jene Freiraumillusion, "in (einen) Bereich auszuweichen, in denen sich auf den ersten Blick revolutionäre Intentionen am ehesten in die Berufspraxis einbringen lassen"? Was aber stand bestenfalls dahinter als jene von Hoernle als "falsche Romantik" kritisierte Illusion, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eine kommunistische Erziehung betreiben zu können?
Im Zuge vieler Diskussionen der Gruppe wurden diese Illusionen als solche auch klar erkannt und so setzte die Diskussion ein, um die realen Möglichkeiten der Kollektivpädagogik unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen einerseits und um die zunehmenden Versuche der Sozialbürokratie, die Kollektive voll in den Bereich der öffentlichen Erziehung und damit auch unter die üblichen Repressionen

einzugliedern, andererseits. Und an diesem Punkt wurde wieder deutlich, daß die Beteiligten weitgehend noch immer in den alten Ideologien befangen waren:
Wurde vorher immer über die Isolation der Kollektive, über ihre pädagogische und politische Bedeutungslosigkeit gejammert, so wurde jetzt die Integration der Kollektive in den Bereich der öffentlichen Erziehung einerseits und das Entstehen von Kollektiven innerhalb von Heimen und außerhalb durch sogenannte Heimausgliederung wütend abgelehnt. Der Beginn der Reform der Heimerziehung insofern, als Heime Kollektive bildeten und in Berlin der neue Jugendhof z.B. so geplant ist, daß innerhalb des Heims Kollektive mit Betreuung und außerhalb in einem entstehenden Neubauviertel Kollektive aus Heimjugendlichen mit und ohne Betreuung gebildet werden, wurde ein-dimensional nur als Versuch der Herrschaftssicherung und Aufrechterhaltung althergebrachter Machtstrukturen interpretiert. Als Ergebnis dieser Erkenntnis wurde der Kommunikationszusammenhang aufgegeben, der böse kapitalistische Staat hatte sich seiner Ideen bemächtigt, man zog sich resignierend zurück. D.h., zu einem Zeitpunkt, als die Kollektive und die darin hängenden Pädagogen zum ersten Mal aus ihrer politischen und pädagogischen Bedeutungslosigkeit herauskamen, als diese Form der Erziehung zum ersten Mal gesellschaftliche Relevanz bekam, zu einem Zeitpunkt, wo man gezwungen war, seine Oasen zu verlassen und wo der politische Kampf - allerdings unter der Überschrift Heimerziehung - überhaupt erst hätte beginnen müssen und können, formulierte man eine irreale Kritik und teilweise neue Ideen von neuen angeblichen Freiräumen, wo man besser seine revolutionären Vorstellungen verwirklichen könne, und zog sich zurück. Kampfeslos wurde dem Staat nun wirklich ein Gebiet überlassen, zur Herrschaftssicherung und Transformierung alter Strukturen, ein Gebiet, in dem man hätte doch einige Veränderungen herbeiführen können. Das hätte einer genauen Analyse bedurft.

Statt diese Diskussion zu führen und eine Strategie zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen zu entwickeln, flüchtete man vor dem staatlichen Zugriff, bezeichnete das Georg-von-Rauch-Haus als die einzig legitime, nicht-reformistische Alternative zur Heimerziehung und postulierte die Stadtteil- und Jugendzentrumsarbeit als die für sozialistische Sozialpädagogen einzig mögliche revolutionäre Perspektive. Wohlbemerkt, hier soll nicht gegen die Notwendigkeit von Stadtteilarbeit, gegen die positiven Möglichkeiten von Jugendzentren und gegen die Tatsache, daß das Georg-von-Rauch-Haus für die betroffenen Jugendlichen wirklich die einzige Alternative zur Heimerziehung war, gesprochen werden, aber folgende Punkte sind unseres Erachtens verdrängt worden:

1. Die Auseinandersetzung wurde unter und mit Sozialarbeitern geführt, die in der Regel staatlich angestellt sind oder bei Organisationen, die direkt oder indirekt staatlicher Kontrolle unterliegen. Von daher ergibt sich:
- "Georg-von-Rauch-Häuser" als von Jugendlichen selbstorganisierte Kollektive sind keine Berufsperspektive von wie stark auch immer politisch engagierten Sozialpädagogen. Diese können höchstens außerhalb ihrer Berufspraxis als befreundete Genossen Unterstützung leisten .

- Stadtteilarbeit ist keine Berufsperspektive für Sozialpädagogen. Stadtteilarbeit ist die Aufgabe von politischen Organisationen, in denen der einzelne Sozialpädagoge als organisierter zwar mitarbeiten kann, aber ebenfalls weitgehend außerhalb seiner Berufspraxis.
- Jugendzentrumsarbeit ist ebenfalls keine Berufsperspektive von Sozialpädagogen, sollen aus den Jugendzentren nicht wieder neue "Häuser der offenen Tür" werden.

D.h. im Grunde nichts anderes, als daß der Verfall der alten Kollektiv-Freiraumillusionen bedauert, dieses Bedauern aber nicht politisch gewendet wurde in Form einer Perspektivdiskussion und in Form der Aufnahme des Kampfes um die Veränderung und Verbesserung der Heimerziehung. Die beteiligten und alle anderen Sozialarbeiter, die in den Kollektiven die Chance einer Verbesserung der Heimerziehung sahen, wurden mit ihren Problemen sitzen gelassen. Es ist wesentlich wieder das über nur mangelhafte Kommunikationsmöglichkeiten verfügende Einzelkämpfertum, das vielleicht einige Verbesserungen im Heimsektor erreichen wird können.

Wie hätte nun eine Diskussion aussehen müssen, die nicht wieder der Illusion verfällt, eine Identität von Berufspraxis und politischen Kampf herstellen zu können, bzw. wie muß sie in Zukunft geführt werden?
Bei der Diskussion hätte von der allgemein anerkannten Zielbestimmung der Reintegration von Heimjugendlichen ins Proletariat ausgegangen werden müssen. Von dieser politisch/pädagogischen Zielbestimmung her hätten die bestehenden Kollektive und ihre Praxis analysiert werden müssen, und zwar mit dem Ziel der Erarbeitung der notwendig konstitutiven Voraussetzungen für die Erreichung dieses Zieles. Einige dieser Voraussetzungen sind auch tatsächlich erarbeitet worden: Koedukation, Homogenität der Gruppe (Klassen- und Schichten-spezifisch, altersmäßig und berufsmäßig: Schüler oder Lehrlinge oder Jungarbeiter), Aufhebung der Versorgung über Pflegesätze, Zwang zur Bestreitung des Lebensunterhalts über eigene Erwerbstätigkeit bzw. über allgemein gültige Unterstützungssätze (Ausbildungsbeihilfe, Sozialunterstützung etc.)
Die Verarbeitung der genannten Ergebnisse blieb allerdings weitgehend folgenlos. Nur in Berlin wurden auf Grund eines relativ guten Kommunikationszusammenhanges Verbesserungen erkämpft: Koedukation herrschte in den Berliner Kollektiven schon immer; in zwei als Heimausgliederungen entstandenen Kollektiven konnte jetzt die Beendigung der Versorgung über Pflegesätze durchgesetzt werden. Nur ist das nicht ausreichend.

Ausgehend von der Tatsache, daß in den solchermaßen konstituierten Kollektiven auch einige Erfolge erzielt werden konnten, hätte die Gruppe den Kampf um die Erweiterung ihrer Basis einerseits und vor allen Dingen um die Durchsetzung der genannten Bedingungen für alle Kollektive andererseits aufnehmen müssen. Das hätte auch bedeutet, sich massiv in Diskussionen um Veränderungen und Neuplanungen von Heimen einzuschalten. Nur das wäre wahrscheinlich eine politische Konsequenz der gemachten Erkenntnisse gewesen. Darüber hinaus hätten noch verstärkt die Diskussionen um reale Probleme von Kollektiven

geführt werden müssen: Können sich Kollektive der genannten Art durch einen gemeinsamen Arbeitszusammenhang definieren oder müssen sie das sogar? Es gibt ja Pädagogen, die unter Hinweis auf Makarenko so was fordern, z.B. die Einrichtung einer kleinen Autowerkstatt oder einer kleinen Druckerei. Unserer Meinung nach kann dies nur mit Kollektiven mit ausgesprochen therapeutischem Charakter gemacht werden; denn man übersieht, daß man mit der Einrichtung solcher Werkstätten die Jugendlichen einerseits ihren normalen proletarischen Lebensverhältnissen entzieht und sie andererseits nur eine Ausbildung bekommen können, die in der "freien Wirtschaft" kaum noch eine Möglichkeit zum Leben und langfristig keine Berufsperspektive bietet.
Ferner hätte das Problem der Vermittlung von den Möglichkeiten des kollektiven Zusammenlebens durch den Pädagogen an die Jugendlichen genauer geklärt werden müssen. Der Umstand, daß von Pädagogen ein Kollektiv für Jugendliche gegründet wird und daß nicht die Jugendlichen selbst es sind, die das kollektive Leben als Möglichkeit zur Lösung ihrer Probleme erkannt haben, bringt ungeheure Probleme mit sich. Will man nicht tatsächlich nur "Heimerziehung mit anderen Mitteln" betreiben, d.h. will man nicht die betroffenen Jugendlichen doch wieder zu Erziehungsobjekten einer wenn auch noch so "wohlmeinenden" aber doch alten Abhängigkeiten und Unmündigkeitsstrukturen tradierenden Pädagogik machen, so müssen von vornherein klare Ziele und Forderungen gestellt werden, die sich als aus der Klassenlage der Jugendlichen objektiv ergebende Notwendigkeiten und als Lösungsmöglichkeiten ihrer subjektiv speziellen Schwierigkeiten darstellen. Das wären z.B. die Forderungen nach Vollendung der Schul- bzw. Berufsausbildung, nach kontinuierlichem Schulbesuch oder Arbeitsaufnahme, Aufgabe eines kriminellen Problemlösungsverhaltens und Erlernung von sozialen Verhaltensformen in und mit der Gruppe, Aufgabe eines Fluchtverhaltens mit Hilfe von Alkohol oder Drogen aller Art.

Allerdings können u.E. Erfolge mit einer derartigen Pädagogik nur erreicht werden, und das zeigen alle Erfahrungen in der gesamten Kollektivarbeit in der BRD und Westberlin durchgängig und mit aller Deutlichkeit, wenn sich diese Forderungen nicht nur darstellen als pädagogische - gestellt durch die Berater - , sondern sich ganz deutlich und zuweilen auch in aller Härte ausweisen als materielle Notwendigkeiten, d.h. wenn ohne Versorgung, ohne Pflegesätze gearbeitet wird. Die betroffenen Jugendlichen begreifen auf Grund ihrer durch lange Heim- und Trebeerfahrung fest verwurzelten Erwartungshaltung auf Versorgung oder sich "durchschmarotzen" nur auf Grund realen ökonomischen Drucks, daß die Forderung nach kontinuierlicher Arbeit durch die Berater nicht eine irgendwie geartete moralische ist, sondern ihrer realen Lebenssituation entspringt.
Ein derartiges pädagogisches Vorgehen setzt allerdings bei den entsprechenden Sozialpädagogen selber eine weitgehende Bewußtwerdung voraus; ist es doch eine nicht selten zu findende Fehlhaltung gerade unter "linken" Pädagogen, die Eingliederung in den Arbeitsprozeß eindimensional als nur im Interesse des Kapitals stehend zu sehen und von daher Skrupel zu haben, die einem "anvertrauten" Jugendlichen der Ausbeutung auszusetzen. Die Argumentation, die Jugendlichen müßten es lernen, sich selbst zu unterhalten, sonst würden sie als Fürsorgeempfänger notwendig kriminalisiert oder aber als "Parkpenner" enden, führt dann oft zu einer mehr halbherzigen und deswegen inkonsequenten

Haltung.

Im folgenden soll versucht werden, eine grundsätzlichere Position unsererseits zur Diskussion zu stellen:
Die Menschwerdung des Menschen vollzieht sich in der Bewältigung der Natur, indem er sich die Natur untertan macht. Das geschieht heute auf der Ebene des Produktionsprozesses. Erst indem der Mensch Bestandteil dieses Produktionsprozesses wird, nimmt er Teil an der Bewältigung der Natur, definiert er sich selber als Mensch, als das die Natur beherrschende Wesen.
Das wäre die grundsätzliche Ebene. Im kapitalistischen Produktionsprozeß kommt noch eine Ebene hinzu: Das Kapital ist am Menschen und dessen Ware Arbeitskraft nur unter dem Gesichtswinkel der Mehrwertschaffung interessiert, d.h., es macht aus seiner Sicht die Menschen zu Objekten seiner Mehrwertschinderei. Umgekehrt sind die Menschen dem Produktionsprozeß als der Bewältigung der Natur und sich selbst als denjenigen, die diesen Prozeß beherrschen, entfremdet. Erst indem sich die Menschen - die Arbeiter - klar werden, daß sie es sind, die den Produktionsprozeß beherrschen und aufrechterhalten, also die Natur beherrschen - "wir sind es, die allen Reichtum schaffen" - werden sie zu bewußten Subjekten, die anfangen, den Kampf um ihr Leben aufzunehmen, d.h. die tendenziell auch ihre Objektrolle dem Kapital gegenüber verlassen. Das bedeutet aber ganz klar, Menschwerdung ist nur als Teilnehmer am gesellschaftlichen Produktionsprozeß als Voraussetzung zur gesellschaftlichen Bewußtwerdung möglich.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß sowohl das Kapital als auch wir als Sozialpädagogen ein Interesse haben, die Jugendlichen in den Arbeitsprozeß einzugliedern, allerdings mit unterschiedlichen Motiven. Aber wie sollen Jugendliche bestimmende Subjekte außerhalb des Produktionsprozesses werden? Als Objekte der totalen Unterstützung einer möglicherweise wohlmeinenden Sozialarbeiterschaft, als Fürsorgeempfänger, "Parkpenner", Hippies, Rocker etc.?

An diesem Punkt müßte das Problem der Rolle und Funktion von Beratern noch einmal neu diskutiert werden, und zwar sehr wohl unter der Voraussetzung, die die Mehrzahl der Sozialpädagogen mitbringt, nämlich instituionell angestellter Sozialpädagoge zu sein. In den schon gelaufenen Diskussionen wurden zwar die alten illusionären Vorstellungen des Sozialpädagogen als "Gleicher unter Gleichen" ausgeräumt, es wurden aber neue, ebenso illusionäre produziert. Die Rolle der Berater wurde an der der befreundeten Genossen des Georg-von-Rauch-Hauses gemessen, man sah letztlich in den selbstorganisierten Kollektiven und damit in der dort erfolgten Bestimmung der Rolle und Funktion der befreundeten Genossen das Vorbild zur Bestimmung der eigenen Funktion.

Genau das stimmt aber nicht: Dieser Standpunkt übersieht, daß sich eine berufsperspektivische Diskussion von Sozialpädagogen über das Rauch-Haus erübrigt; von einem selbstorganisierten Kollektiv werden mit Recht keine Pädagogen gefordert, noch sind sie nützlich. Eine Diskussion kann nur insofern erfolgen, als es um eine solidarische Unterstützung, d.h. um eine politische Unterstützung der Rauch-Haus-Gruppe geht. Zum anderen übersieht dieser Standpunkt, daß es eine

heim erzieher zeitschrift

1. Zeitschrift von Erziehern für Erzieher in Beruf und Ausbildung. Als Forum von Praktikern für Praktiker will die Heimerzieher-Zeitschrift (hez) die Heimsituation analysieren, die praktischen Erfahrungen der Kollegen verallgemeinern, über Konflikte mit der Sozialbürokratie berichten, Modelle diskutieren und relevante Informationen weitergeben.

Schwerpunkte einzelner noch zu beziehender Hefte

No 4	z.B. Gedanken zum Spiegelinterview von Reichl über Jugendkriminalität. Beilage: Berliner Heimverzeichnis
No 5	z.B. Rechtsgutachten des FU-Professors Heinz Wagner zum Nutzungsvertrag des Georg v. Rauch Hauses Berlin West
No 6	z.B. Totale Verbeamtung des öffentlichen Dienstes Disziplinierung der Arbeiter und Angestellten durch einheitliches Dienstrecht Kritik der Sesamstraße
No 7	z.B. Zum Berufsbild des Heimerzieher I (Beilage: "Schnüffeln - Was tun")
No 8	z.B. Zum Berufsbild des Heimerziehers II (Beilage: "Gruppenprozeß-Perspektive")
No 9/10	Schwerpunkt: Jugendwohngemeinschaften - Erfahrungsberichte aus Berlin Abenteuerspielplätze (Doppelheft DM 2.-)
No 11	z.B. Statutenentwurf der hez - Zum Jugendarbeitsschutz
No 12	z.B. Jugendwohngemeinschaften Bochum, Berlin, München Das langsame Ende des "Modellheims" Hans-Zullinger-Haus I
No 13	z.B. Skandal in einem Berliner DRK-Heim Das langsame Ende des "Modellheims" Hans-Zullinger-Haus II Kampf um Kinderpoliklinik Bethanien
No 14	z.B. DRK-Massenentlassungen, Trebe Bambule Zur Erz.ausbildung an PfH Kampf um Jugendzentrum
No 15	Senat diszipliniert Heime Kindersexualität im Heim

Bezugsbedingungen

Bei monatlichem Erscheinen im Abonnement:
1/2 Jahr DM 9.-; 1 Jahr DM 18.- für 12 Nummern.
Kündigung jeweils 1 Monat vor Ablauf des Abonnements, sonst automatische Verlängerung um ein weiteres 1/2 Jahr.
Einzelpreis: DM 1,50 im Freihandverkauf.
Probeexemplare gegen Einsendung von DM 1,50 in Briefmarken.
Durchschnittlich 32 Seiten.
Adresse: hez, 1 Berlin 61, Urbanstraße 126, Flur.
Alle Zahlungen auf das Postscheckkonto Berlin West, Detlef Tartsch, Nr. 35 86 36 / 109.

Reihe von Jugendlichen gibt, die entweder selbst nicht in der Lage sind, in einem solch großen Maße initiativ zu werden (eine Reihe von Jugendlichen sind im Rauch-Haus nicht aufgenommen bzw. sind rausgeschmissen worden), oder sich nicht in der besonderen historischen und geographischen Situation befinden, die das Zustandekommen eines Georg-von-Rauch-Hauses ermöglichte (u.a.).

Bei der genaueren Bestimmung der Funktion von Beratern sind wir wieder bei dem oben zitierten Bernfeld: Aufgabe der Erzieher ist es, die Reintegration der "Zöglinge" in die proletarische Klasse zu betreiben, denen gegenüber die proletarische Organisation dann keine anderen Aufgaben mehr hat, als den übrigen Klassenangehörigen gegenüber auch. (Daß es z.T. keine im Proletariat verankerte Massenpartei gibt, ändert nichts an der Richtigkeit des Satzes; kann aber auch nicht bedeuten, daß Pädagogen jetzt meinen, Aufgaben der Organisation übernehmen zu können.) Damit hat der "Kollektivberater" logischer-und konsequenterweise keine anderen Aufgaben, als jeder andere Erzieher auch, nur vielleicht ein paar mehr Möglichkeiten.

Das würde bedeuten, daß der Berater sich auf die notwendigsten Maßnahmen beschränkt, um die Entwicklung von Eigeninitiativen der Jugendlichen nicht unnötig zu beschränken, als da sind: Unterstützung bei der Erlernung der notwendigen Techniken und bei der Erwerbung des notwendigen Wissens zur Auseinandersetzung mit der Sozialbürokratie; Hilfe und Unterstützung bei der Eingliederung in den Arbeitsprozeß oder bei der Erlangung eines Schulplatzes; Initiierung eines Gruppenprozesses innerhalb der Wohnung, der die Gruppe befähigt, als Anfang einer Verselbständigung möglichst bald das Zusammenwohnen eigenständig zu regeln; notwendige Unterstützung bei Auseinandersetzungen mit Arbeitgebern oder der Schule, deren Grad über die augenblicklichen Möglichkeiten der betroffenen Jugendlichen herausgeht; Initiierung eines Prozesses zur aktiven Wahrnehmung der eigenen Interessen als Mitglieder einer bestimmten Klasse; Aufarbeitung schwerer individueller Schädigungen, die den Jugendlichen hindern, sich aktiv mit seiner gesellschaftlichen Situation auseinanderzusetzen, weil alle Energien im Kampf gegen gesellschaftliche Diskriminierung eigener individueller Schädigungen verbraucht werden. Dabei ist nicht gemeint, daß es individuelle Schädigungen sind, für die der einzelne Schuld ist, sondern daß bestimmte Individuen mit gesellschaftlich verursachten Schädigungen ausgestattet sind, wobei sich diese auch signifikant bestimmten gesellschaftlichen Schichten zuordnen lassen.

Bei all diesen pädagogischen Interventionen ist jeweils zu bestimmen, ob sie in der jeweiligen Situation unerläßlich stattfinden müssen, weil ein Unterlassen für das Individuum oder die Gruppe eine unverschuldet ernsthafte Bedrohung darstellen würde, oder ob sie unterlassen werden müssen, weil sie sonst die einzelnen oder die Gruppe hindern würden, eigene Lösungsschritte zu unternehmen. D.h. alle Interventionen über ein substanziell notwendiges Maß hinaus hätten zu unterbleiben, dieses Maß wiederum bestimmt sich nach dem "Schädigungsgrad" der Zielgruppe.

Wie sieht nun die Gegenposition zu unserer Bestimmung der Beraterrolle aus? Die Kritik geht aus von dem Vorhandensein eines "Beraters",

Erziehers, eines Sozialpädagogen überhaupt: wo ein Erzieher ist, muß auch ein "Zögling", ein Erziehungsobjekt sein; d.h. allein das Vorhandensein eines Pädagogen ist diesen Kritikern ausreichend zur Einstufung der betroffenen Jugendlichen als Objekte. An diesem Punkt feiert im Grunde bei "linken" Kritikern wieder eine bürgerliche, positivistische Betrachtungsweise Urständ! Das politische Selbstverständnis des jeweiligen Beraters, sein politischer Kampf um Verbesserungen im Erziehungsbereich, sein Ziel, zusammen mit den Jugendlichen deren Reintegration in die Klasse zu erreichen, was ja nichts anderes heißt, als daß die betroffenen Jugendlichen die gesellschaftliche Objekthaltung ihnen gegenüber bekämpfen lernen und die eigene Objekthaltung sich selbst gegenüber aufgeben und zu bewußten, handelnden Subjekten werden - das alles wird total außer acht gelassen. Natürlich wird auch ein solcher "Berater" diese Aufgabe nicht widerspruchsfrei innerhalb der vorhandenen Strukturen lösen können, doch wie hieß es in E & K?: "Sein praktisches Handeln wird in vielen Fällen, ganz unabhängig von seinem politischen Bewußtsein, auch eine herrschaftsstabilisierende Funktion haben. Es gibt keine Praxis in der kapitalistischen Gesellschaft, die es uns gestattet, den diese Gesellschaft konstituierenden Widersprüchen zu entgehen."

Ferner stellen diese Kritiker fest, daß "Reformen dieser Art (z.B. Einrichtung von Jugendwohngemeinschaften) grundlegend nichts ändern wollen". Auf den einzelnen Jugendlichen bezogen stellen sie dann fest: "Subjektiv stellt die Wohngemeinschaft für ihn eine Verbesserung dar, objektiv besteht die Gefahr, daß er von seiner Klasse und damit auch von seinen Interessen und Bedürfnissen als Angehöriger dieser Klasse entfremdet wird". (Reader 5 S. 143) Zunächst einmal ist es keine Frage, ob Reformen etwas grundlegend verändern wollen, sondern sie können es nicht. Das muß man sich doch nun endlich einmal klar machen! Es ist einfach eine Illusion, zu glauben, daß es irgendeiner Reform bedürfe, im Bereich der öffentlichen Erziehung etwas grundlegend ändern zu können. Das ginge nur, wenn man an die gesellschaftlichen Ursachen herankäme, die dafür verantwortlich sind, daß es so etwas wie eine öffentliche Erziehung in ihrer heutigen Erscheinungsform gibt. Das liegt aber außerhalb der Möglichkeiten von Pädagogen.

Nun zur zweiten Aussage: Natürlich besteht die Gefahr, daß auch die Leute in den Jugendwohngemeinschaften ihrer Klasse entfremdet werden. Deswegen ist ja auch der Kampf um Voraussetzungen zu führen, diese Gefahr möglichst klein zu halten; ganz wird man sie nicht ausschliessen können. Aber wieviel stärker besteht die Gefahr in den Heimen althergebrachter Couleur; wer stellt denn den Nachschub für Nutten, Strichjungen und Gefängnisse? Politisch formuliert geht es auch und gerade darum (das sollte mal in größerer Ausführlichkeit bei Bernfeld, Zetkin und Liebknecht nachgelesen werden), den Anteil am Lumpenproletariat möglichst klein zu halten.

In dieser Weise könnte man sich noch mit vielen problematischen Standpunkten auseinandersetzen, z.B. mit der Bestimmung von Jugendwohngemeinschaften als auf Grund von Eigeninitiative von den betroffenen Jugendlichen total selbstverwaltete und selbstbestimmte (und zwar von Anfang an), wo doch auch die Erfahrungen des Georg-von-Rauch-Hauses deutlich zeigen, daß ein verhältnismäßig großer Anteil von Jugendlichen dazu zunächst eben nicht in der Lage ist; oder mit der Absicht,

prophylaktisch Jugendwohngemeinschaften aus dem Stadtteil herauszubilden - mit dort verankerten Jugendlichen-, wobei sich, abgesehen von der Frage, ob die Bildung von Jugendwohngemeinschaften mit quasi "normalen" Jugendlichen Berufsperspektive von angestellten Sozialpädagogen sein kann, die Frage ergibt, ob es überhaupt politisch sinnvoll ist, immer mehr Bereiche des proletarischen Lebens (prophylaktisch) zu pädagogisieren!? Aber gerade die letzte Frage muß an anderer Stelle noch einmal ausführlichst diskutiert werden.

Wir wollen im folgenden nur noch einmal versuchen, das Ergebnis des vorstehenden Artikels thesenartig zu fassen:

1.) Es gibt in der Regel für Sozialpädagogen (Erzieher etc) keine politisch relevante Alternative zur Arbeit in den bestehenden Erziehungsinstitutionen. Dort sind die entsprechenden Veränderungen zu erkämpfen, und nicht in irgendwelchen Freiräumen, die früher oder später sich doch als unhaltbar erwiesen.
2.) Selbstorganisierte Einrichtungen von proletarischen Jugendlichen (Rauch-Haus, Jugendzentren etc.) sind politisch zu unterstützen, bieten aber (logischerweise) keine Berufsperspektive.
3.) Es gibt keine Möglichkeit, sich den gesellschaftlichen Widersprüchen, die sich immer auch in der eigenen (Berufs-) Tätigkeit ausdrücken, zu entfliehen. Die eigene Tätigkeit wird immer Doppelcharakter haben: einmal einen herschaftssichernden (qua "Liberalisierung", Feigenblattfunktion etc.), zum anderen einen die reale Situation der proletarischen Jugend verbessernden (qua Verbesserung der Situation der von Heimerziehung betroffenen Jugendlichen, Minderung des Droh- und Disziplinierungscharakters der Heimerziehung etc.).

4.) Eine widerspruchsfreie sozialistische Praxis ist nicht möglich, sondern nur eine antikapitalistische insofern, als daß die Praxis bürgerlicher Heimerziehung - Deklassierung - tendenziell aufgehoben wird in Richtung Reintegration in die proletarische Klasse.

5.) Eine Objektbeziehung sozialistischer Erzieher zu "ihren Zöglingen" ist ein Widerspruch in sich: Kennzeichnet sich die Objektbeziehung bürgerlicher Erzieher etc. in Praxis und Ergebnis weitgehend dadurch, daß sie sich sowohl über objektive Bedürfnisse der Jugendlichen (gegenteiliges Ergebnis: Deklassierung) als auch über ihre subjektiven Bedürfnisse (s. gängige Heimpraxis) total hinwegsetzen, so kämpfen sozialistische Pädagogen gerade um das Gegenteil: Ausgehend von den objektiven Bedürfnissen der proletarischen Jugendlichen kämpfen sie gemeinsam mit ihnen um deren Reintegration verbunden mit dem Versuch größtmöglicher Befriedigung subjektiver Bedürfnisse.

6.) Alle Reformen, die die Möglichkeiten in der genannten Richtung verbessern, sind zu unterstützen bzw. aktiv zu erkämpfen. Dabei wird man immer wieder an Grenzen stoßen. Aber es gilt, den "Ausstoß" der Heime an Berufskriminellen, Nutten und Ausgeflippten zu vermindern. Denn dieses Lumpenproletariat ist ihrer Klasse nun wirklich entfremdet und jede proletarische Bewußtwerdung ist bei ihnen in der Regel ausgeschlossen.

7.) Um nicht im bloßen Reformismus stecken zu bleiben, hat der Sozialpädagoge sich zu organisieren und den organisierten Kampf um seine Interessen aufzunehmen.

Erste Schritte in dieser Richtung wären:

- Organisierung aus dem Arbeitszusammenhang heraus auf regionaler Ebene (z.B. in einer der diversen regionalen AKS-Gruppen)
- Organisierung in der Gewerkschaft ÖTV
- aktive Beteiligung an der Organisation eines überregionalen Kommunikationsrahmens innerhalb des "Info's Sozialarbeit"

Mit diesen drei Schritten ist allerdings die Problematik der Organisationsfrage für Sozialpädagogen noch nicht einmal genügend umrissen.

Theorie-Praxis-Gruppe, Westberlin

POLITISCHE DISZIPLINIERUNG VON SOZIALARBEITERN IN DER FAMILIENFÜRSORGE NEUKÖLLN

Zur Situation der Sozialarbeit in Berlin

Die Sozialarbeit in kommunalen Institutionen, deren Anteil in Berlin bei ca. 90 % liegt, findet hauptsächlich in den zwölf Bezirksämtern statt. Die Sozialarbeiter arbeiten isoliert voneinander und individuell in den drei Bereichen Jugendamt, Sozialamt und Gesundheitsamt. Jeder Sozialarbeiter ist zuständig für bestimmte in seinen Bereich fallende Aufgaben in einem geographisch abgegrenzten Bezirksteil. Die allenthalben bekannten Strukturen bürokratischer Organisation behindern die Sozialarbeit in vielfacher Weise: zeitraubende Instanzenwege, Vetorecht des Vorgesetzten bei mißliebigen Eigeninitiativen der Basis, Monopolisierung der Informationen an den Spitzen der Hierarchie, Parzellierung der "Fälle", was bedeutet, daß die Probleme der Klienten nach verwaltungstechnischen Gesichtspunkten formalisiert werden und dann jede Abteilung an seinem Symptom herumfummelt; all dies macht eine an den Interessen der Bevölkerung orientierte Arbeit fast unmöglich. Der Widerspruch zwischen Behördenwirklichkeit und Anspruch erzeugt bei den Sozialarbeitern einerseits lähmende Frustration, andererseits jedoch auch auf Veränderung der bisherigen Sozialarbeit zielende Kritik.

Aber erst seit etwa 1968, als die Sozialarbeiter im Zusammenhang mit der Studentenbewegung eindringlicher und geschlossener als bisher gegen bestehende Mißstände protestierten und als die Forderung nach Veränderung der institutionellen Kontrolle zu entgleiten drohte, kam es zu Kooperationsangeboten der Sozialbürokratie an die kritischen Sozialarbeiter. Etwa gleichzeitig mit der Basisbewegung der Sozialarbeiter nötigte der Reformbedarf des "Sozialstaats" leitende Gremien und ihre Expertenstäbe dazu, ihrerseits Pläne zu entwickeln, die die Sozialarbeit im Sinne des Systems effektiver machen und gleichzeitig die Unruhe unter den Sozialarbeitern kanalisieren sollte. Unter der Sprachregelung "Experiment" oder "Modellversuch" werden seither kritische Initiativen von Sozialarbeitern geduldet, um gegebenenfalls in Reformen von oben umgewandelt oder, wenn sie "zu kritisch" sind, liquidiert zu werden. Eine Einschätzung von Reformmodellen und Reformpraxis in verschiedenen Bezirken Berlins soll im INFO Heft 8/74 erscheinen.

Diese Vorbemerkung soll nur dazu dienen, einen Einblick in die Situation zu geben, auf deren Hintergrund die Arbeit von einer Sozialarbeitergruppe im Bezirksamt Neukölln zu bewerten ist. Im folgenden soll jetzt die Arbeit von 6 Sozialarbeitern in der Familienfürsorge Neukölln dargestellt werden, die zur Folge hatte, daß scharfe Eingriffe der Bezirksverwaltung gegen die Gruppe eingeleitet wurden (Kündi-

gung einer Sozialarbeiterin, Nichteinstellung eines Sozialarbeiters und einer Berufspraktikantin, die bereits die mündliche Zusage des Bezirksamtes zur Einstellung hatten und Auflösung des gesamten Projekts). Es soll dann in diesem Artikel versucht werden, einzuschätzen, warum die Arbeit der Gruppe zerschlagen wurde und was dies politisch für uns heißt.

Ausgangssituation der Gruppe im Bezirksamt Neukölln

Es ist hier notwendig, die besondere Ausgangssituation im Bezirksamt Neukölln darzustellen.
Neukölln ist ein traditioneller Arbeiterbezirk, der von einer SPD-Mehrheit verwaltet wird. Besonders auffällig in diesem Bezirk ist, daß innerhalb der SPD der rechte Flügel dominiert. Auch der für diese Sozialarbeiter zuständige Stadtrat für Jugend und Sport gehört zur rechten Fraktion.

In der Familienfürsorge (FaFü) des Bezirks, die auch von liberalen Sozialarbeitern als besonders reaktionär eingeschätzt wird und die deshalb von erheblichem Personalmangel betroffen ist, gab es zur Zeit der Diskussion um die Errichtung einer Gruppe ca. 15 offene Planstellen. Auf Arbeitstagungen und Arbeitsbesprechungen der Sozialarbeiter wurden auch in Neukölln schon ca. 1969 Beschlüsse gefaßt, in Neukölln Gruppenarbeit zu praktizieren. Diese Beschlüsse blieben jedoch unverbindlich und ohne jede praktische Konsequenz. Angesichts der angespannten Personalsituation machte der Amtsleiter Diegel Ende 1972 Sozialarbeitern, die schon einige Jahre in Neukölln tätig waren und die später Teil der Gruppe wurden, das Angebot, in der FaFü Neukölln Gruppenarbeit zu entwickeln. Diese Sozialarbeiter erarbeiteten dann ab Anfang 73 mit anderen Sozialarbeitern und Berufspraktikanten (ab Mai 73 in Neukölln tätigen) ein Konzept, das auf einem Arbeitsseminar Anfang Mai 73 von der Amtsleitung gebilligt wurde. (Konzept siehe Anlage).

Die Gruppe fing am 1. Mai 73 mit ihrer Arbeit an. Die Amtsleitung wollte mit dieser Entscheidung zweierlei erreichen:
- erstens die Personalnot beheben
- zweitens der FaFü des Bezirksamtes Neukölln ein progressives Image verleihen.

Der Amtsleiter der FaFü Diegel äußerte seine Absichten bei der Einstellung in einem Papier vom 30.1.73 recht deutlich. In seinen "Gedanken zur Errichtung einer Projektgruppe der FaFü Neukölln" schreibt er:
"Unmittelbares Motiv, das soll gar nicht verschwiegen werden, ist die gegenwärtige Personalnot. Hierdurch werden Fantasien freigesetzt, hierdurch werden auch Widerstände überwindbar. Das weitere Motiv liegt in dem Bestreben, der gegenwärtig mit dem Schwergewicht auf besoldungspolitische Fragen und berufspolitisch übergewichtig geführten Diskussionen in Hinwendung auf die Probleme des Klienten entgegen zu setzen."
Im weiteren zeigt er in diesem Papier, obwohl er darin von einem erheblichen und notwendigen Freiraum spricht, auch schon die Grenzen der Gruppenarbeit auf. Es heißt darin, daß "das Team unter Beachtung

der bestehenden Rechts- und Amtspflichten souverän ist, d.h. konkret, daß Mehrheitsentscheidungen des Teams von der Amtsleitung im Konfliktfall grundsätzlich zu tragen sind. Das Team toleriert, daß auch Entscheidungen, die nicht die Mehrheit erreichen, von der Amtsleitung getragen werden können. (...) Konflikte der Gruppe und der Amtsleitung dürfen nicht zur Einstellung gewährter Möglichkeiten führen, wenn Maßnahmen der Amtsleitung nicht die Billigung der Gruppe finden, gibt es nicht die Möglichkeit der Anordnung, sondern nur der Selbstauflösung der Gruppe."

Aufgrund ihrer Arbeit im Schwerpunkt "Schule" sind die Sozialarbeiter bereits im Juni 73 auf die Mißstände an der Kielhorn-Sonderschule gestoßen, die in ihrem Bezirk liegt. Viele Kinder, die von Sozialarbeitern betreut werden, besuchen diese Schule. Es erschien den Sozialarbeitern als eine Selbstverständlichkeit, ihre Informationen allen Kollegen der FaFü zu vermitteln. Zu diesem Zweck erarbeiteten sie ein Papier, das sie auf einer Arbeitsbesprechung an die Kollegen der FaFü mit dem Ziel verteilten, die berechtigten Forderungen von Eltern und Lehrern zu unterstützen. Sie schildern in diesem Papier die Situation einer Sonderschule, die in ihrem Bezirk liegt und deren Schüler sie zum größten Teil betreuen.

Folgende Tatsachen bestimmen seit langer Zeit die Situation an der Kielhorn-Sonderschule:
"Seit Jahren hat die Kielhorn-Sonderschule in der Kopfstraße Filialen in Grund-, Haupt- und Realschulen, seit 1972 noch eine in der Donaustraße. Die Schüler in der Donaustraße sind extrem benachteiligt dadurch, daß sie in einem nackten Filialraum in einer abgelegenen Fremdschule unterrichtet werden müssen. Außerdem fehlen z.B. Bücher und Karten; es gibt keine Projektoren, Fachräume und Turnhalle. Es fehlen die notwendigen Tische, Stühle, Pulte, Schränke, Tafeln usw."
Zu der ständigen Dauerfrustration der Lehrer und Schüler kam nun im März 73 die Nachricht des Schulamts, daß im Herbst 73 erneut eine Filiale entstehen soll. In die z.Zt. bestehende Filiale sollen fünf Gymnasialklassen gelegt werden. Die im Herbst neu einzurichtenden Sonderschulklassen sollen in einer neuen Filiale untergebracht werden.

Die Gruppe formulierte dazu folgende Forderungen

1. Die Zusammenlegung aller Klassen der Kielhorn-Sonderschule in einem Gebäude als mittelfristiges Ziel, wie es für die meisten Schulen selbstverständliche Wirklichkeit ist. Diese Möglichkeit der Arrondierung unserer Schule muß seitens der Schulplanung ausgewiesen sein und damit terminlich verbindlich nachgewiesen werden können.
2. Als Sofortmaßnahme eine Raumplanung, die es uns gestattet, bis zur Vereinigung in einem Gebäude mit einer Filiale auszukommen.
3. Für diese Filiale eine sofortige, unbürokratische Ausstattung mit allem, was anderen Schulen recht ist aus Mitteln, die für Härtefälle, wie dem unsrigen zur Verfügung stehen. Wir erwarten vor allem eine schnelle Grundausstattung mit den notwendigen Lehr- und Lernmitteln und sind bereit, diesen Katalog zu erstellen.
4. Die sofortige Einrichtung einer Sekretärinnenstelle in der Donaustr. mit einer Stundenbeschäftigung, wie sie der Berechnungsschlüssel

für 13 bzw. 18 Klassen (Herbst 73) ausweist. Hierzu sind die Amtsräume so zu gestalten, daß sinnvolle Arbeit gewährleistet ist. Bei der Schwierigkeit der Kommunikation und dem ungeregelten Informationsfluß kann z.Zt. nicht für geregelte Aufsichten, Vertretungen bei Erkrankungen und die Kenntnis aller Kollegen der Mitteilungen seitens der Dienstbehörde gerechnet werden.

5. Schließlich und zuletzt erwarten wir, daß die Verantwortlichen seitens der Schulbehörde schnelle, unvoreingenommene Bereitschaft zur Abhilfe der Mißstände und zur Zusammenarbeit zeigen.

Die Mehrheit der Kollegen in der Fafü war wie die Gruppe der Meinung, daß es die Aufgabe der Sozialarbeiter ist, dieses Problem aufzugreifen. Die Amtsleitung berief daraufhin ein erneutes Arbeitsgespräch ein, um die Situation genauer zu erörtern. Die Amtsleitung erklärte, mit dem Schulamt Kontakt aufzunehmen.
Die Kollegen waren sich einig, daß weitere Gespräche mit Lehrern und Eltern stattfinden müßten und daß man an der Schulelternversammlung am 21.6.73 teilnehmen würde.

Am 20.6.73 fand, wie allen Kollegen und der Amtsleitung bekannt war, ein Treffen mit Lehrern der Schule statt, auf dem geklärt werden sollte, in welcher Weise die Sozialarbeiter die Lehrer und Eltern unterstützen können.
Von seiten der Amtsleitung wurde gegen dieses Treffen kein Widerspruch erhoben. Am 21.6.73 nahmen daher die Sozialarbeiter an der Schulelternversammlung teil. Vor Beginn der Versammlung wurden die anwesenden Sozialarbeiter vom Schulrektor und vom Stadtrat für Volksbildung aufgefordert, den Raum zu verlassen. Einige Eltern schalteten sich ein und forderten das Verbleiben der Sozialarbeiter. Dem Stadtrat für Volksbildung, Böhm, wurde von den Eltern diktatorisches Verhalten vorgeworfen. Er begründete sein Verhalten damit, daß die Sozialarbeiter sich nicht an den Dienstweg gehalten haben und außerdem ein "Flugblatt" mit "üblem und verleumderischen" Inhalt verteilt hätten. Die Information der Kollegen wurde von Stadtrat Böhm als "Agitation" bezeichnet. Dann forderte er alle Sozialarbeiter auf, den Raum zu verlassen. Die Sozialarbeiter versuchten zu erklären, warum sie an der Veranstaltung teilnehmen. Daraufhin forderte Böhm nochmals auf, den Raum zu verlassen und sagte: "Wir sprechen uns morgen wieder!" Um Stadtrat Böhm keinen formalen Anlaß zu geben, disziplinarische Maßnahmen einzuleiten, verließen sie gegen den Willen der Eltern den Raum. Von diesem Sachverhalt informierten sie die Kollegen am 22.6. schriftlich.

Reaktion der Verwaltung - Disziplinarmaßnahmen -

Am gleichen Tag wurden die betroffenen Sozialarbeiter während ihrer Sprechstunden zu Stadtrat Böhm zitiert (Böhm - Stadtrat für Volksbildung war zur Zeit gerade Vertreter des Stadtrats für Jugend und Sport, der Urlaub hatte.)
Es wurde ihnen eröffnet, daß
1.) disziplinarische Schritte gegen sie eingeleitet werden;
2.) ein Sozialarbeiter, nicht wie vereinbart, ab 1.7.73 eingestellt wird; er war Berufspraktikant und wurde aufgefordert, Urlaub zu nehmen;
3.) den drei Sozialarbeitern, die noch im Probehalbjahr waren, wurde mitgeteilt, daß dem Stadtrat für Jugend und Sport empfohlen wird, die Probezeit als nicht bestanden zu erklären und eine Weiterbeschäftigung abzulehnen.

Die Begründung von Stadtrat Böhm war, daß es den Sozialarbeitern lediglich um Agitation und Polemik geht. Er gab den Sozialarbeitern keine Gelegenheit, zu der Sache Stellung zu nehmen und seine Behauptungen richtig zu stellen.

Zu diesem Zeitpunkt war klar, daß eine Unterstützung nur aufgrund einer breiten Öffentlichkeit des Konfliktes möglich ist. Es wurden Dokumentationen verteilt, die zu zahlreichen Resolutionen und Schreiben führten, in denen sich Ablehnung und Empörung über die geplanten Maßnahmen ausdrückten. Berichte und Stellungnahmen erfolgten im Sender Freies Berlin, in der "Berliner Morgenpost" und in verschiedenen Fachzeitschriften. Der größte Teil der Neuköllner Fafü-Kollegen sprach sich gegen die disziplinarischen Maßnahmen aus. Trotz der vielen Stellungnahmen verschärften sich die Disziplinierungen weiter.
Der Berufspraktikant wurde nicht eingestellt. Eine der Sozialarbeiterinnen im Probehalbjahr wurde am 13.7. zum 31.7.73 ohne Begründung gekündigt. Der Personalrat hat dieser Kündigung mehrheitlich zugestimmt, ohne die Betroffene gehört zu haben. Außerdem wurde das Konzept der Gruppe für ungültig erklärt und der Großbezirk mußte wieder in Einzelbezirke aufgeteilt werden.
Eine inhaltliche Begründung dafür konnte der Gruppe weder von der Amts- noch von der Abteilungsleitung gegeben werden. Die Personalsituation hat sich durch diese Maßnahmen weiter verschärft.

In einem von Stadtrat Böhm mit Vertretern der ÖTV-Betriebsfachgruppe Zehlendorf am 12.7.73 geführten Gespräch sagte dieser wörtlich: "Die Entlassung hat rein politische Gründe." Um die Hintergründe zu erhellen, hatte sich die Sozialarbeiterin bereit erklärt, die in der Personalakte befindlichen Schreiben zu veröffentlichen.

Dokumentation der Schreiben aus der Personalakte

An die
Abteilung Personal und Verwaltung 26.6.73

Betr.: Sozialarbeiterin Frau B.

Wir beantragen hiermit, die Probezeit zum nächstmöglichen Termin zu beenden.
Aufgrund der Vorkommnisse in der Kielhorn-Sonderschule hat die Angestellte eine Haltung gezeigt, die es uns unmöglich macht, das Arbeitsverhältnis fortzusetzen.
gesehen der Personalrat

Böhm

Abt. Personal u. Verwaltung

An den Personalrat

Betr.: Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses der Sozialarbeiterin Frau B.

Anliegend übersenden wir Ihnen ein Schreiben der Abt. Jugend und Sport vom 2.7.73 mit Anlagen über Vorkommnisse bei einer Elternausschußsitzung an der Kielhorn-Schule (Sonderschule für Lernbehinderte) am Donnerstag, den 21.6.73, an der die obengenannte beteiligt war.
Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen der Abt. Jugend und Sport.
Wir schließen uns der Auffassung der Abt. Jugend und Sport an und sehen in dem Verhalten der o.g. ebenfalls einen schweren Verstoß in der Erledigung der Dienstpflichten bzw. eine Schädigung des Ansehens des BA Neukölln von Berlin.
Aus diesem Grunde beabsichtigen wir, das Beschäftigungsverhältnis während der Probezeit ohne Angabe von Gründen mit einer Kündigungsfrist von 2 Wochen zum Monatsschluß, d.h. zum 31.7.73 zu kündigen.
Wir bitten um Zustimmung zu dieser Maßnahme.

Stücklen

Abt. Jugend und Sport
JUg BS - 4005

An die
Abt. Personal und Verwaltung
Personalamt

Betr.: Sozialarbeiter ...

Wir beantragen hiermit die Kündigung während der Probezeit zum nächstmöglichen Termin.

Begründung:
Am Donnerstag, dem 21.6.73 fand um 20.00 Uhr in der Kielhorn-Schule eine Elternausschußsitzung statt. Kurz vor Beginn dieser Versammlung erschienen ungeladen 7 Sozialarbeiter der Familienfürsorge, unter ihnen Frau B. Der Aufforderung des Schulleiters und des 1. Elternvorsitzenden den Raum zu verlassen, da sie weder zum Kreise der Elternvertreter noch zum Lehrkörper gehörten, kamen diese Sozialarbeiter nicht nach. Als sie daraufhin vom Leiter der Abt. Volksbildung, Herrn BzStr Böhm, der anwesend war, ebenfalls aufgefordert wurden, den Raum zu verlassen, weigerten sie sich weiter. Auch der Hinweis, daß der anwesende Bezirksstadtrat im Augenblick amtierender Leiter der Abt. Jugend und Sport sei und die dienstliche Anweisung an diese Sozialarbeiter erteilte, den Raum sofort zu verlassen, um den Geschäftsgang nicht zu verhindern, kamen sie zunächst auch nicht nach. Erst nach eindringlichen Verweisen auf mögliche disziplinarische Folgen

wurde der Raum unter Protest verlassen. Dabei betätigte sich besonders Frau B. in übler Weise, indem sie lautstark den Stadtrat als Diktator beschimpfte und die anwesenden Eltern aufforderte, durch Abstimmung das Verbleiben der Sozialarbeiter zu ermöglichen.
"Wenn die Eltern abstimmen, daß wir hier bleiben sollen, kann uns auch der Stadtrat nicht aus dem Raum weisen."
In diesem Verhalten, besonders dieser Mitarbeiterin, sehen wir einen schweren Verstoß in der Erledigung von Dienstpflichten bzw. eine Schädigung des Bezirksamtes Neukölln von Berlin. Es ist auf die Dauer nicht zuzumuten, mit Mitarbeitern, die es bewußt auf Konfrontation mit Vorgesetzten und einer Schädigung des Bezirksamtes in der Öffentlichkeit abgesehen haben, weiter zu arbeiten. Die Abt. Jugend und Sport sieht sich daher außerstande, in dieser Angelegenheit eine andere Entscheidung zu treffen als oben gefordert wird. Insbesondere ist aus dem Verhalten zu schließen, daß nicht zu erwarten ist, daß sie den Anforderungen, die wir an unsere Mitarbeiter stellen müssen, gerecht werden wird.
Außerdem fügen wir in Fotokopie zwei Anlagen bei, aus denen ersichtlich ist, in welch unzulässiger Weise sich die Gruppe von Sozialarbeitern in die Belange der Abt. Volksbildung einmischen. Vier weitere Anlagen zeigen, wie diese Angelegenheit in die Öffentlichkeit zum derzeitigen Zeitpunkt getragen wurde.
Die Verfügung wurde von Stadtrat Böhm mitgezeichnet.

gesehen: Simanowski

BA Neukölln von Berlin　　　　Berlin 44, den 13.7.73
PV PA IV/6

1. Frau B. Abt. Jugend und Sport - ist seit dem 1. Mai 1973 als Sozialarbeiterin tätig. Die Dienststelle beantragt mit Schreiben vom 2.7.73, das Beschäftigungsverhältnis innerhalb der Probezeit zu lösen, da Frau B. für die Tätigkeit als Sozialarbeiter nicht geeignet ist. Dem Antrag der Dienststelle wird entsprochen. Das Beschäftigungsverhältnis ist innerhalb der Probezeit gem. § 53 Abs. 1 BAT ohne Angabe von Gründen fristgemäß zum 31.7.73 zu kündigen.
2. Die Personalvertretung hat am 13.7.73 zugestimmt.

Dieser Verfügung folgte das Kündigungsschreiben an die Sozialarbeiterin.

Auf einer Mitgliederversammlung der Abt. Sozialarbeit der Gewerkschaft ÖTV Berlin wurde beschlossen, eine öffentliche Informationsveranstaltung einzuberufen.
Zu dieser Veranstaltung wurden alle Sozialarbeiter Berlins und der Bezirksbürgermeister von Neukölln, der Neuköllner Stadtrat für Volksbildung und der Stadtrat für Jugend und Sport, sowie Vertreter des

Personalrats eingeladen.

An der Informationsveranstaltung nahmen ca. 200 Sozialarbeiter teil. Die eingeladenen Vertreter des Bezirksamtes lehnten die Teilnahme an der Veranstaltung ab. Ihre Begründung im Schreiben des Bezirksbürgermeisters von Neukölln an die ÖTV:
"Die von Ihnen angeführten Vorgänge sind bereits Thema mehrerer Gespräche der Beteiligten, einschließlich des Personalrats, in meiner Verwaltung gewesen. Dabei ist klargestellt worden, daß der Teilnehmerkreis für Schulelternversammlungen nach der DVO zu § 18 Schulgesetz fest umrissen ist. Rechtswidrig ist daher die Teilnahme von Personen, die nicht zu diesem Teilnehmerkreis gehören. Es ist auch erörtert worden, daß es Aufgabe der Bediensteten ist, die Vorgesetzten zu beraten und zu unterstützen und Bedenken gegen die Rechtsmäßigkeit von Maßnahmen der Verwaltung gegenüber den Vorgesetzten geltend zu machen. Soweit fehlerhafte Maßnahmen der Verwaltung in Frage stehen, ist es im Rahmen des geltenden Rechts Aufgabe der Gerichte dies zu überprüfen.
Das Bezirksamt sieht sich somit außerstande, Personalprobleme, die seine Mitarbeiter betreffen, in der Öffentlichkeit zu behandeln."

Das Ergebnis dieser Versammlung war erst einmal die Resolution der Versammelten und die Forderung des anwesenden Personalratsvorsitzenden aus Neukölln nach einem Gespräch zwischen Stadtrat Böhm, Simanowski, der ÖTV, dem Personalrat und der Gruppe. Dieses Gespräch hat bis heute nicht stattgefunden.

Ein Antrag bei der ÖTV von ..... auf Rechtsschutz gegen die Kündigung wurde abgelehnt, da nach Meinung der ÖTV diese Kündigung rechtmäßig gewesen ist.

Die Sozialarbeiterin reichte trotzdem beim Arbeitsgericht Klage ein mit folgenden Forderungen:
1. Unwirksamkeit der Kündigung
2. Schadensersatz für das ausgefallene Gehalt
3. Herausnahme der Vermerke aus der Personalakte
Ein Vergleichsvorschlag des Arbeitsgerichtes wurde vom Bezirksamt abgelehnt . Das Bezirksamt besteht auf einem Prozeß, der bis heute jedoch noch nicht stattgefunden hat.

Verhältnis der Gruppe zu den Kollegen in der Fafü

Der Gruppe war von Anfang an klar, daß sie ihre Vorstellungen nur dann in die Praxis umsetzen könne, wenn sie sich auf eine Verankerung - zunächst in der Mitarbeiterschaft - beziehen könne. Sie hat deshalb versucht, schon bevor ihre Arbeit im Mai 73 begann, auf Arbeitsbesprechungen den Kollegen ihre Vorstellungen darzustellen und mit

ihnen zu diskutieren und immer wieder durch Informationen ihre Arbeitsinhalte öffentlich zur Diskussion gestellt.
Die Gruppe wurde von den Kollegen erst einmal grundsätzlich akzeptiert, da sie vor allem eine Verbesserung der Arbeitssituation (Entlastung von Vertretungsarbeit) aller Mitarbeiter der Fafü mit sich brachte. Zum anderen führte die Arbeitssituation und die Unzufriedenheit mit der eigenen Arbeit bei den liberalen Sozialarbeitern zu einer Offenheit gegenüber anderen Arbeitsformen. Es gab jedoch auch Bedenken gegen das Projekt, "es sind alles so junge Kollegen, die keine Erfahrung in der Praxis haben" usw.
Das schriftlich fixierte Konzept der Gruppe wurde jedoch - entgegen der Zusage des Stadtrats, der der Gruppe verboten hatte, das Konzept selbst zu veröffentlichen, selbst jedoch die Verteilung unter den Kollegen zugesagt hatte - erst dann allen Kollegen zugänglich gemacht, als der Konflikt mit der Gruppe schon vorbei war. Dieses Verhalten von Stadtrat Simanowski zeigt, daß er - obwohl grundsätzlich mit dem Konzept einverstanden - eine offene Diskussion unter den Kollegen verhindern und Unsicherheit hervorrufen wollte, um so eine Solidarisierung zu verhindern.

Die Auseinandersetzungen der Gruppe mit der Amtsleitung führten dann im Konflikt zum ersten Mal in Neukölln zu einer Solidarität der Kollegen. Zwar wurde das Vorgehen der Gruppe teilweise kritisiert, aber die scharfen Angriffe der Amtsleitung führten dazu, daß Teile der Sozialarbeiter die Gruppe z.B. in Arbeitsbesprechungen massiv unterstützen und von der Amtsleitung und dem Stadtrat eine Rechtfertigung ihrer Maßnahmen forderten. Diese Auseinandersetzung mit der Führungsspitze der Bürokratie führte zu einer Politisierung, die zum ersten Mal in Neukölln die Folge hatte, daß Sozialarbeiter versuchten, sich gemeinsam zu wehren. Diese Politisierung hat jedoch langfristig noch keinen Erfolg gezeigt. Dadurch, daß der Druck der Bürokratie stärker geworden ist, die Vereinzelung größer und die Einschüchterungsversuche offensichtlich gewirkt haben (auch die Solidaritätskampagne keinen sichtbaren Erfolg gebracht hat), herrscht zur Zeit eine weitgehende Resignation unter den Sozialarbeitern.

Reaktion in der Gewerkschaft ÖTV auf die Vorgänge in der Familienfürsorge in Neukölln

Die Gruppe hatte bereits im Mai 73 Kontakt zu dem von der ÖTV beherrschten Personalrat im Bezirksamt Neukölln aufgenommen. Anlaß dafür war die Erwartung einer Unterstützung bei der Durchsetzung der Forderung nach einer Verwaltungskraft für die Gruppe. Zu diesem Zeitpunkt wurde dem Personalrat das Konzept ausgehändigt, das von den Personalratsmitgliedern in Gesprächen auch gebilligt wurde.

Zu Beginn der Arbeit ließen sich alle Mitglieder der Gruppe, soweit sie noch nicht in der ÖTV waren, in die Gewerkschaft aufnehmen, ohne daß die Auseinandersetzung über Sinn und Ziel einer aktiven Gewerkschaftsarbeit bereits abgeschlossen war. Vorläufig hatte man folgende Grundpositionen zur Gewerkschaft eingenommen: es sollte vor allem an der Gewerkschaftsbasis gearbeitet werden, die Gewerkschaft sollte interessiert werden für die Interessen der Bevölkerung, bzw. für die

Arbeitsplatzsituation. Bei politischen Disziplinierungen sollte in der Gewerkschaft Unterstützung gefordert werden.
Erstmals mußte sich der Personalrat mit der Gruppe beschäftigen, als sich Kollegen des Grundstücksamtes über ein Papier beschwerten, das die Forderung nach einem Mitspracherecht der Fafü bei der Vergabe von Wohnungen des Grundstücksamtes enthielt. Eine Stellungnahme erfolgte nicht.

Als die Gruppe den Drohungen des Bezirksamts aufgrund des Konflikts an der Kielhorn-Sonderschule ausgesetzt war, schaltete sie selbst den Personalrat ein, der ebenfalls vom Bezirksamt selbst informiert worden war.
Ein Teil der Personalratsmitglieder nahm an der ersten Arbeitsbesprechung mit dem Stadtrat für Volksbildung teil. Diese Mitglieder äußerten sich jedoch nicht dazu, sondern versprachen nur, die Angelegenheit gründlich zu überprüfen.
Erst nachdem der Personalratsvorsitzende aus dem Urlaub zurückkam, gingen von ihm Aktivitäten aus, die hoffen ließen, daß der Personalrat die Gruppe unterstützen würde. Auf einer ÖTV-Sitzung, bei der die meisten der PR-Mitglieder anwesend waren, hatte die Gruppe die Gelegenheit, den Konflikt aus ihrer Sicht darzustellen. Teilweise wurde dem Vorgehen der Gruppe zugestimmt, teilweise wurde sie kritisiert, die Pläne des Bezirksamtes fanden zum Teil keine Unterstützung.
Wenig später stimmte der Personalrat jedoch mit großer Mehrheit der Kündigung von Frau B. zu. Gegen die Kündigung hatte u.a. der Vorsitzende gestimmt, die ÖTV-Vertreter der Fachgruppe Sozialarbeit stimmten jedoch zu.

Die Betriebsfachgruppe Sozialarbeit unternahm trotz wiederholter Aufforderungen nichts, Aktivitäten wurden abgeblockt, da angeblich zu wenig Informationen vorhanden waren, die Sache sollte nicht weiter eskaliert werden, man sollte Ruhe bewahren usw. Die Kollegen an der Basis, die organisiert waren, waren inaktiv. Der Vorstand war der Auffassung, daß man harmonisieren müßte und stimmte in der Abteilungsversammlung gegen eine Öffentlichkeitsveranstaltung.
Allerdings haben diese Vorgänge nicht zuletzt dazu geführt, daß sich ein größerer Teil der jungen Kollegen in der ÖTV organisiert hat, um in der Gewerkschaft zu erreichen, daß die Mißstände in der Familienfürsorge dort aufgegriffen und bekämpft werden.

Erst nachdem die Gruppe zerschlagen war, beschäftigte sich die Betriebsgruppe der ÖTV mit diesem Konflikt und verurteilte das Verhalten des Bezirksamtes.
Inzwischen hat sich die Betriebsgruppe aktiviert, auf ihre Initiative wurde bei der letzten Abteilungsversammlung der Bezirksverwaltungen ein Antrag angenommen, der die Arbeit der Kommission gegen das Berufsverbot der Abteilung Sozialarbeit unterstützt.
Die Aktivitäten der Abteilung Sozialarbeit sind bereits geschildert worden.

Vorläufige Einschätzung des Neuköllner Konflikts

Die Arbeit der Neuköllner Sozialarbeitergruppe läßt sich grob in zwei Phasen unterteilen: Aufbau- und Konfliktphase. Eine Stabilisierung erfolgte nicht. Die Aufbauphase galt zu dem Zeitpunkt für abgeschlossen, nachdem die Gruppe eine Arbeitskonzeption erstellt hatte und die ersten noch unabgeschlossenen Konzeptionsvorstellungen an die Kollegen vermittelt waren. Aus methodischen Gründen wird bei der Darstellung der Aufbauphase zwischen Vorbereitungszeit und Konzeptionserstellung unterschieden.

I Aufbauphase

1. Vorbereitungszeit

Die Neuköllner Gruppe setzte sich aus Praktikern und Studenten der Sozialarbeit zusammen, die vor dem Abschluß ihres Anerkennungsjahres standen. Dieser Zusammensetzung entsprachen Unterschiede in den politischen Positionen, in der politischen Einschätzung der Funktion der Sozialarbeit, den Praxiserfahrungen und der Motivation der Gruppenbildung im Amt.

Praktiker
Seit 1969 wurde im Bezirksamt (BA) Neukölln in der Familienfürsorge (Fafü) die Frage möglicher Gruppenbildungen diskutiert mit der alleinigen Konsequenz, daß informelle Gruppen aufgebaut wurden. D.h. in einigen Berliner Bezirksämtern wurden nach formalen Gesichtspunkten innerhalb der Fafü Gruppen gebildet, die jeweils einen Gruppenleiter hatten, der besondere Unterschriftsbefugnisse hat und an regelmäßigen Gruppenleiterbesprechungen teilnimmt. Diese Gruppenleiterbesprechungen sollten die Diskussion zwischen Amtsleitung und den Sozialarbeitern gewährleisten. Diese Gruppenbildung hatte weder eine Neubestimmung der SA noch eine Aufhebung der individuellen Arbeitssituation zur Folge und bedeutete eine weitere Hierarchisierung innerhalb der Fafü.

Auf dem Hintergrund der außerordentlich ungünstigen Personalsituation in der Fafü Neukölln wurden seit 1972 die Anstrengungen zur Gruppenarbeit von verschiedenen Seiten her forciert: Insbesondere die jüngeren Kollegen, frustriert von den ergebnislosen Diskussionen, wollten sich nicht mit der von einer breiten Basis der Kollegen getragenen Forderung nach Anhebung der Besoldungsgruppen für die in der Fafü tätigen Sozialarbeiter begnügen. Sie wollten zu einer praktisch relevanten Gruppenarbeit kommen, wobei sie unterschiedliche Prioritäten setzten (Gruppenbildung unter gruppendynamischen Aspekt; Arbeitsentlastung durch Effektivierung der praktischen Arbeit; Neubestimmung der Aufgaben der SA unter politischem Aspekt und den Bedingungen der Gruppenarbeit.) Gleichzeitig wurde auf der mittleren hierarchischen Ebene (Amtsleitung) Gruppenbildung mit der Erwartung angestrebt, durch Initiierung von Modellen, die Arbeit in der Fafü attraktiver zu machen und so die personellen Lücken aufzufüllen und mit dem entsprechenden Erfolg im Rücken die eigene Position absichern und verbessern zu können. Dieses Ziel der mittleren Hierarchie mußte gegenüber der rechtskonservativen oberen Bezirkshierarchie möglichst weit-

gehend entschärft und abgesichert werden.
Eine Gruppe von 5 jüngeren Kollegen und die Amtsleitung leiteten aus der beschriebenen Situation ihre Interessengleichheit ab und planten für das Frühjahr 1973 die Installierung einer reformerisch-technokratischen, organisatorisch relativ selbständigen und mit gewissen Privilegien ausgestatteten Gruppe.

Studenten
Seit 1972 arbeiten einige Studenten und Berufspraktikanten mit der Perspektive zusammen, sich auf eine gemeinsame Amtspraxis vorzubereiten. Die politischen Voraussetzungen waren vergleichbar: mehr oder weniger stark praktisch engagierte Teilnahme an der "Bewegung" seit der Studentenrevolte, Selbstverständnis als "Nichtrevisionisten" ohne die Konsequenz zur Organisierung in einer nichtrevisionistischen Partei; Aktivitäten im Ausbildungsbereich (mit antiinstitutionell akzentuiertem Kampf) ; geringe Erfahrungen in der behördlichen Sozialarbeit.
Die Gruppe ging von der Annahme aus, daß es politisch notwendig ist, die Arbeit fortschrittlicher Sozialarbeiter in den kommunalen Behörden zu unterstützen, zu verstärken und zu koordinieren. Die Zusammenarbeit mit Basisgruppen im Stadtteil sollte angestrebt werden. Ihre Vorstellungen von einer politisch relevanten Sozialarbeit veranlaßte sie zu folgenden Eintscheidungen:
a) Arbeit in kommunalen Behörden, nicht in Außenstellen, sondern in Rathäusern, weil dort die Masse der Sozialarbeiter tätig und erreichbar ist.
b) Arbeit in der Fafü, weil die Tätigkeit in der Fafü nicht spezialisiert ist. Von einer nicht-spezialisierten Tätigkeit versprach man sich die Möglichkeit, an den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen anknüpfen zu können. Zudem sind in der Fafü die berufsspezifischen Eigeninteressen am wenigsten entwickelt und somit von dorther am ehesten Initiativen zur Umstrukturierung der behördlichen Sozialarbeit zu erwarten.
c) Arbeit in einem Arbeiterbezirk.

Die Studenten beabsichtigten nicht als formale Gruppe zu arbeiten, vielmehr wollten sie sich als einzelne im selben Amt bewerben und nach der Einstellung zunächst informell zusammenarbeiten. Darüberhinaus hielten sie die Annahme für illusorisch, als formale Gruppe Anstellungsverträge zu erhalten. Insgesamt waren die Vorarbeiten dieser Gruppe vage und undifferenziert. Notwendige Analysen (z.B. vom Stadtteil) wurden nicht erstellt.

Die Gruppe
Die Studenten sahen in Neukölln die Möglichkeit, gemeinsam in einem Arbeiterbezirk in der Fafü arbeiten, und über die Einbeziehung der Praktiker in die eigenen politischen Aktivitäten mit einer erweiterten Basis im Amt arbeiten zu können. Die Vorarbeiten der Praktiker zu einer Gruppenarbeit, der Installierung eines Großbezirks schien akzeptabel. In die von beiden Seiten in Übereinstimmung geführten Verhandlungen zwischen Praktikern und Amtsleitung brauchte nur eingestiegen zu werden.
Umgekehrt versprach sich ein Teil der Praktiker von der Zusammenarbeit mit den Studenten die Abklärung der in ihrer Gruppe bestehenden diffusen Motivationen zur Gruppenbildung sowie eine klare politische Ausrichtung.

2. Konzeption

Politische Zielsetzung
Die Großgruppe konzentrierte ihre Arbeit auf die Zielgruppe proletarische Jugendliche. Hierzu wurden innerhalb der Gruppe arbeitsteilig Schwerpunkte gebildet, nämlich Schulsituation, Wohnsituation und Arbeit/Freizeitbereich.
Ziel der Arbeit:
- Informationen, die sie in ihrer Funktion als Sozialarbeiter erhielten, zu sammeln, z.B. Informationen über Mietwucher, Schulrepressionen, bes. skandalöse Ausbeutung von Lehrlingen u.a.
- den Jugendlichen Möglichkeiten zur Wahrnehmung ihrer Bedürfnisse und Interessen aufzeigen, z.B. Organisierung in Jugendzentren, Mitarbeit in Stadtteilgruppen, Gründung von Wohngemeinschaften usw.
- Es erschien ihnen möglich, daß die Aktivitäten, die sie als Sozialarbeiter meinten unterstützen zu können, vom Stadtteil aus weitergetragen und vorangetrieben werden.

Politische Arbeit unter den Kollegen
Unter den Kollegen sollte eine breite Basis geschaffen werden, die dazu bereit ist, für die Interessen der Arbeiter auch gegen den Widerstand der Sozialbürokratie zu kämpfen.
Sie meinten, dies dadurch erreichen zu können, daß sie
- ihre Arbeitskonzeption zur Diskussion stellten,
- Konflikte (z.B. Schulkonflikte) aufgreifen, Informationen hierzu verteilen und zur Unterstützung von Aktionen auffordern,
- die Frage nach der Umstrukturierung der Fafü, insbesondere nach der Auflösung der Spezialfürsorgen (FafüM zuständig für männliche Jugendliche ab 14 Jahren, Pflegeamt - zuständig für Prostituierte, Jugendgerichtshilfe) wieder aufgreifen und zur Diskussion stellen,
- den Abbau hierarchischer Amtsstrukturen - zunächst am schwächsten Glied der Hierarchie, den Gruppenleitern, fordern.

II Konfliktphase

Bereits im Juni 1973, als die Gruppe 1 1/2 Monate im Amt arbeitete, wurde von ihnen ein Konflikt aus ihrem Arbeitsbereich (Kielhorn-Sonderschule) aufgegriffen. Wir meinen, daß bei einer offenen Konfrontation mit der Bürokratie berücksichtigt werden muß, inwieweit die Kollegen im Amt verankert sind und wie ihre Position arbeitsrechtlich abgesichert ist.
Zum Punkt Verankerung im Amt soll an Hand von Beispielen aufgezeigt werden, warum eine breite Solidarität der übrigen Kollegen längerfristig nicht erfolgte:
- Die Gruppe setzte sich für die Auflösung der Spezialfürsorgen ein, was automatisch Ängste und Aggressivität bei den in den Spezialfürsorgen arbeitenden Kollegen provozierte.
- Die Gruppe versuchte, im Zusammenhang ihrer Installierung die Funk-

tion des Gruppenleiters anzugreifen; indem sie selbst keinen Gruppenleiter hatten, konnte es scheinen, als wenn sie mit der Forderung nach Abbau der hierarchischen Kontrolle nur ihre eigene relativ priviligierte Situation rechtfertigen wollte.
- Durch den Modellcharakter der Gruppe war ihre Arbeit einer erhöhten Kontrolle durch Amtsleitung und Verwaltung und einem gesteigerten Legitimationsdruck gegenüber den Kollegen unterworfen. Dies setzte sozialpsychologische Gruppenmechanismen in Gang, die bewirkten, daß sie sich im Gegensatz zu ihrer Intention von den Kollegen abschirmten.

Zur arbeitsrechtlichen Absicherung: Es ist zu kritisieren, daß nicht beachtet wurde, daß einige Kollegen noch im Probehalbjahr standen und damit jederzeit ohne Angabe von Gründen kurzfristig gekündigt werden konnten und die Berufspraktikanten noch keine Arbeitsverträge hatten.

Die Gruppe ging zwar davon aus, daß eine revolutionäre Berufspraxis nicht möglich ist. Wie aus dem Konzept der Gruppe aber ersichtlich wird, orientiert sich ihr berufspolitisches Verständnis an basisorientiert arbeitenden Gruppen. Sie sahen hier die Möglichkeit, ihre Arbeit als Sozialarbeiter im Amt mit einer politischen Arbeit im Stadtteil zu verbinden, indem sie Basisaktivitäten unterstützen wollten.
Wir meinen, daß jeder Sozialarbeiter, der den politischen Anspruch hat, Initiativen der Bevölkerung zu unterstützen, die sich gegen die Bürokratie und kapitalistische Arbeits- und Lebensbedingungen richten, in den Widerspruch zu seiner objektiven gesellschaftlichen Funktion gerät.
Der Sozialarbeiter in seiner Funktion als Vertreter des Staatsapparats muß daher genau untersuchen, welche Möglichkeiten er als Sozialarbeiter im Amt hat, die Interessen der Bevölkerung zu unterstützen und welche Grenzen ihm gesetzt werden.
Auf der Grundlage dieser allgemeinen Einschätzung muß der Sozialarbeiter daher versuchen, die Inhalte seiner berufsspezifischen Arbeit so zu bestimmen, daß sie nicht reformistisch abgeschlossen wird, sondern grundsätzlich für eine Zusammenarbeit mit dem Stadtteil offen bleibt.

Bei dem Konflikt in der Neuköllner Familienfürsorge zeigte sich, daß dem Sozialarbeiter in der Institution in Bezug auf Information der Öffentlichkeit klare Grenzen gesetzt werden, d.h. er muß nach außen die Stellungnahmen seiner Dienstbehörde vertreten (die Verwaltung tritt nach außen als Einheit auf); er darf Entscheidungen der Verwaltung nicht öffentlich kritisieren; Mißstände, die offensichtlich sind, nicht öffentlich diskutieren.
In der letzten Zeit wurden in Berlin Dienststellen des Senats für Familie, Jugend und Sport ausdrücklich Anweisungen erteilt, keine öffentlichen Stellungnahmen oder Resolutionen abzugeben, die den Verlautbarungen der Senatsjugendbehörde entgegenstehen. Bei Nichtbeachtung wird mit Disziplinarverfahren gedroht.

Am Beispiel Neukölln wird deutlich, daß eine direkte Verbindung von politischer Basisaktivität und der Arbeit als Sozialarbeiter in der Institution nicht möglich ist.
Der Sozialarbeiter im Amt hat die Möglichkeit, über den Dienstweg

und innerhalb des Amtes auf Mißstände und Konflikte aufmerksam zu machen und seine Position (orientiert an den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung) darzustellen.
Die notwendige Information der Öffentlichkeit muß aber von politischen Gruppen, zu denen er Verbindung hat, geleistet werden. In der Öffentlichkeit kann der Sozialarbeiter nicht als Vertreter der Institution auftreten, wenn er die Maßnahmen der Institution bekämpfen will.
Wir halten es für strategisch richtig, daß Sozialarbeiter zu politischen Gruppen Verbindung aufnehmen. In beiden Bereichen (Arbeit im Amt und politische Arbeit in Stadtteilgruppen, Initiativgruppen o.ä.) muß jedoch eine unterschiedliche Taktik angewandt werden, die sich aus den unterschiedlichen Bedingungen ergibt.

Anlage:

Konzeption für die Arbeit in der Familienfürsorge

Einleitung:

Die Gruppe wird sich besonders um die Jugendlichen im Großbezirk bemühen und ihre Arbeit auf drei Schwerpunkte beziehen:
- Schule
- Arbeitsprobleme von Lehrlingen und Jungarbeitern
- Wohnsituation, wirtschaftliche Schwierigkeiten

Unsere Auffassung ist, daß die primäre Funktion unserer Arbeit sein muß, die Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung soweit es in unseren Möglichkeiten liegt, zu verbessern. Es hat sich herauskristallisiert, daß bestimmte Problemkreise bei Kindern und Jugendlichen einen starken Stellenwert einnehmen. Deshalb muß vor allen Dingen ihnen die Unterstützung der öffentlichen Sozialarbeit zugute kommen. Die Arbeit mit Jugendlichen und Kindern stellen wir uns folgendermaßen vor. Der einzelne Sozialarbeiter hat durch Schwerpunktarbeit die Möglichkeit, fundierte Erkenntnisse zu erwerben und anzuwenden, um dadurch konzentriertere Hilfe für die Kinder und Jugendlichen zu leisten. Anhand der konkreten Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen ergeben sich folgende Arbeitsgebiete.

1. Schulsituation

Aufgrund ihrer spezifischen Sozialisation haben Arbeiterkinder besondere Schwierigkeiten, den Leistungsanforderungen der Schulen gerechtzuwerden. In diesem Zusammenhang braucht man sich nur die in den letzten Jahren entstandenen Untersuchungen über den Zusammenhang von Lernmotivationen und Sprachentwicklung und Schichtenzugehörigkeit vor Augen zu führen. Die Administration war bisher nicht in der Lage, ausreichende Hilfestellung zur Bewältigung dieser Probleme zu geben, trotz der Erkenntnis, daß eine gute schulische Ausbildung Voraussetzung für die spätere Besetzung qualifizierter Berufspositionen ist: Obwohl gesellschaftlich anerkannt ist, daß das schulische Versagen der Kinder nicht durch Strafe des Kindes oder Disziplinierung der Eltern zu beheben ist, ist letztgenanntes tägliche Praxis der Schulbürokratie. Wir erleben dies konkret in Form von Schulversäumnisanzeigen,

worauf die Kinder und Jugendlichen von der Sozialbürokratie erfaßt und negativen Sanktionen unterworfen werden.
Das Postulat der Sozialarbeit, ihrem Klienten zu helfen, wird an diesem Punkt Adabsurdum geführt. Den Kindern und Jugendlichen muß erkennbar gemacht werden, daß es sich nicht um individuelles Versagen handelt. Durch eine Bewußtmachung der Problemlage bei Eltern, Lehrern und Schülern ist anzustreben, daß Schulversäumnisanzeigen nicht mehr gestellt werden.
Da es sich bei den Schulschwierigkeiten nicht um Einzelprobleme handelt, sehen wir ein notwendiges Hilfsangebot in den vorhandenen Schularbeitsgruppen, die aber auf jeden Fall weiter ausgebaut werden müssen und die punktuell verändert werden sollten.

Die in dem Schwerpunkt Schule arbeitenden Sozialarbeiter werden in den nächsten Wochen und Monaten gezielte Informationen sammeln und Verbindungen zu den Lehrern herstellen. Sie sollen an Elternabenden teilnehmen und eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Lehrern anstreben mit der Perspektive, die Schulschwierigkeiten gemeinsam zu reflektieren und zu lösen.

2. Arbeitsprobleme von Lehrlingen und Jungarbeitern

Die soziale und psychische Situation der in der Produktion tätigen wird weitgehend bestimmt durch ihre Arbeitsplatzsituation. Dies gilt insbesondere für Lehrlinge und Jungarbeiter. Sie stellen als Jugendliche neben Frauen und ausländischen Arbeitnehmern den Teil der Arbeiterschaft, der arbeitsrechtlich und lohnpolitisch verschärften Bedingungen unterworfen ist, wodurch die Lebensverhältnisse zusätzlich bestimmt werden.

Von der jeweiligen Ausbildungssituation wird der Grad künftiger Abhängigkeit von der Arbeitsmarktlage festgelegt. (Arbeitsplatzwechsel, Arbeitslosigkeit).
Sozialarbeit wurde bisher lediglich wirksam im Hinblick auf die Folgeerscheinungen: Wenn Jugendliche z.B. aufgrund unzureichender Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse in Berufsschule und Betrieb oder Jungarbeiter (ungelernte und Anlernlinge) wegen erzwungener Arbeitsplatzaufgaben als "Schule-Schwänzer, Arbeitsscheue oder Kriminalisierte erfaßt werden". Oft genug erleben wir, daß bei der Ausbildung in Handwerks- und Kleinbetrieben nicht die Qualifizierung der Auszubildenden, sondern die Verwertung der Arbeitskraft im Vordergrund stehen. Die daraus resultierende Enttäuschung über die Nichterfüllung ihrer Erwartungshaltung drückt die Arbeitsmotivation der Jugendlichen und hat häufig zur Folge, daß sie versuchen, sich dem Arbeitsprozeß zu entziehen.

Als Sozialarbeiter haben wir oft dann mit den Jugendlichen zu tun, wenn sie aus dem Produktionsprozeß herausgefallen sind. Wie wir der Gefahr einer weiteren Deklassierung dieser Arbeiter-Jugendlichen im Zusammenhang mit unserer Amtstätigkeit in der Fafü begegnen können, diskutieren wir weiter. Folgende Ansatzpunkte erscheinen uns gegeben zu sein:
- Den Jugendlichen darzustellen, warum für sie die Aufnahme- bzw. Fortsetzung einer qualifizierten Berufsausbildung nach Möglichkeit in einem Großbetrieb notwendig ist.
- Aufklärung der Jugendlichen sowie vermittelnde Hilfestellung bei arbeitsrechtlichen Fragen.
- An die Arbeitsprobleme der Jugendlichen werden wir oft nur über den Freizeitbereich herankommen. Deshalb halten wir es für wichtig, die Freizeitaktivitäten in unserem Bezirk zu kennen. Die Möglichkeit zur Initiierung und Gestaltung einer Freizeitgruppe mit Arbeiter-Jugendlichen von unserer Seite aus, muß noch ausdiskutiert werden.

3. Wohnsituation

Die Erfahrungen in der Praxis der Sozialarbeit haben gezeigt, daß zunehmend mehr Kinder und Jugendliche aufgrund der Konflikte im Elternhaus sich verselbständigen wollen oder sogar Heimerziehung vorziehen. Die Konflikte zwischen Eltern und Kindern in den Familien entstehen hauptsächlich aufgrund der Arbeitsplatzsituation der Erwachsenen und jugendlichen Arbeiter, wie in Punkt 2 ausgeführt wurde, der beengten Wohnverhältnisse und der Unfähigkeit, die Konflikte, die sich daraus ergeben, zu lösen.
Wie sieht die Wohnsituation in der arbeitenden Bevölkerung aus? Die Wohnsituation ist meistens schlecht. Arbeiterfamilien wohnen überwiegend in Altbauwohnungen, Hinterhöfen und menschenunwürdigen Abrißwohnungen oder müssen in kleinen Neubauwohnungen zu hohe Mieten zahlen. Daraus ergibt sich, daß die Kinder und Jugendlichen kein eigenes Zimmer und in den seltesten Fällen eine Spielecke oder einen angemessenen Platz haben, um ihre Schulaufgaben ungestört zu erledigen. Durch die beengten häuslichen Verhältnisse werden die bestehenden Konflikte zwangsläufig weiter verstärkt. Die Unmöglichkeit, sich in ein eigenes Zimmer zurückzuziehen, trägt mit dazu bei, daß die Jugendlichen der ständigen Kontrolle der Erwachsenen unterliegen, die sich wie folgt äußert: Die Jugendlichen können weder Freund noch Freundin mit nach Hause bringen, sei es um kommunikative oder sexuelle Bedürfnisse zu befriedigen. Wollen sie laut Musik hören, stört es die Erwachsenen. Es werden Konflikte hervorgerufen, die weder von den Jugendlichen noch von den Erwachsenen aufgearbeitet geschweige denn gelöst werden können. In solchen Situationen wird das Jugendamt zuständig. Entweder wenden sich die Eltern an den Sozialarbeiter mit der Forderung um Heimeinweisung der Kinder aufgrund der entstandenen Erziehungsschwierigkeiten oder die Jugendlichen akzeptieren günstigstenfalls eine Heimunterbringung, um die Konflikte zu vermeiden. Es sei denn, sie gehen auf Trebe und werden zunehmend mehr kriminalisiert. Die Statistik beweist, daß die Kriminalität von Kindern und Jugendlichen ständig ansteigt.

Uns Sozialarbeitern bleibt in der gegenwärtigen Situation nur die Möglichkeit, die Heimeinweisung zu akzeptieren oder die Jugendlichen sich selbst zu überlassen, da Jugendliche unter 21 Jahren aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage sind, eigenständig Mietverträge abzuschließen und die Eltern in den meisten Fällen ihre Zustimmung nicht geben. Wir Sozialarbeiter in unserer Praxis haben bisher keine andere Möglichkeit, als die Konflikte innerhalb der Familie zu verschleiern oder Heimplätze für die Jugendlichen zu finden, die noch eine minimale Entfaltungsmöglichkeit offenlassen, obwohl uns

klar ist, daß die bestehende Heimsituation weder pädagogisch noch emanzipatorische Perspektiven für die Kinder und Jugendlichen eröffnet, sind wir aufgrund der Realität gezwungen, diese Institutionen in Anspruch zu nehmen. Nicht nur uns, sondern auch den verantwortlichen Stellen der Bürokratie ist klar, daß die Heimsituation, wie sie augenblicklich besteht, die zunehmende Kriminalisierung der Kinder und Jugendlichen in der Regel mit vorantreibt. Trotz des Wissens von diesen Tatsachen versuchen wir Sozialarbeiter den Erwachsenen und Jugendlichen einzureden, daß die Heimsituation zwar nicht gut, aber ertragbar ist, wenn man sich anpaßt.

Wir, die Gruppe, sehen die einzige Möglichkeit hauptsächlich darin, die Jugendlichen zu unterstützen, daß sie in Wohnkollektive zusammenziehen und ihr Leben selber organisieren. Dadurch, daß die Jugendlichen ihr Leben ansatzweise selbst organisieren und regeln, ist zu erwarten, daß mit Fortschreiten dieses Prozesses die Jugendlichen neue positive Verhaltensweisen entwickeln. Eine unterstützende Funktion in der Anfangsphase werden wir Sozialarbeiter aufgrund unseres Informationsvorsprungs übernehmen müssen.
Weiterhin wird es auch in diesem Schwerpunkt notwendig sein, laufend Informationen zu sammeln und Kontakte zu fortschrittlichen Heimen aufzunehmen.

4. Wirtschaftliche Hilfen

Einen großen Teil unserer Arbeitskraft müssen wir für überflüssige Stellungnahmen und Anfragen des Sozialamtes und der U-Stelle verwenden. Ein totaler Verzicht auf Mitwirkung in Sozialhilfesachen ist jedoch nicht möglich, weil die tägliche Arbeit zeigt, daß die Sozialhilfeberechtigten oft der Willkür der zuständigen Sachbearbeiter ausgesetzt sind und nur unzureichend über ihre gesetzlich verankerten Ansprüche aufgeklärt werden.
Beispiel: Sozialhilfe muß mit Bekanntwerden der Hilfebedürftigkeit geleistet werden, tatsächliche Praxis in Neukölln ist, daß Sozialhilfe erst ab Unterschreiben des A-Bogens geleistet wird. Hier z.B. ist es unsere Aufgabe, Sozialhilfeberechtigte auf ihre gesetzlich verankerten Ansprüche hinzuweisen und ihnen bei der Durchsetzung Hilfestellung zu leisten.

Wir haben den Arbeitsbereich wirtschaftliche Hilfen vorübergehend deswegen übernommen, um festzustellen, welche Aufgaben wir derzeit in diesem Bereich erfüllen und was eigentlich vom Verständnis der Sozialarbeit her unsere Aufgaben wären.

Gesetzliche Pflichtaufgaben des SH-Trägers müßten unseres Erachtens von den dafür vorgesehenen Stellen ohne Einschaltung der Fafü geleistet werden. So ist den Sozialhilfestellen ohne weiteres möglich, wirtschaftliche Situationen von Antragstellern selbst zu überprüfen. Die Zuarbeiterfunktion der Fafü ist in diesem Bereich deshalb überflüssig. Nicht durch die Fafü-Berichte sollten Entscheidungen der betroffenen Sachgebiete abgesichert werden, sondern durch die gesetzlichen Bestimmungen.
Konkret ist in diesem Arbeitsbereich in der nächsten Zeit folgendes zu

tun:
Sichtung der Akten nach den Kriterien SH-Berechtigter und danach wo neben rein wirtschaftlichen Hilfen auch Sozialarbeit geleistet werden muß.
Vorbereitungen von Gesprächen mit U-Stelle und Sozialamt bezüglich der Kriterien, nach denen uns Sozialhilfeakten zur Stellungnahme oder Einsicht zugeleitet werden.
Nebenbei wäre ein Ziel, daß wir zu ohnehin gesetzlich eindeutigen Leistungsansprüchen keine Stellungnahme mehr abgeben. Konkret, daß ein Teil der Arbeitsbelastung wegfallen könnte. Nach Klärung dieser generellen Fragen wird dieser eigene Arbeitsbereich Wirtschaftliche Hilfen überflüssig. Einzige Funktion bleibt, daß ein Gruppenmitglied sich besonders mit den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen im Interesse der Hilfeberechtigten und im Interesse effektiver Sozialarbeit auseinandersetzt.
Eine Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Kollegen in diesen Angelegenheiten werden wir anstreben und halten wir für notwendig.

5. Organisationskonzept

a) Aus der Zusammenlegung der Bezirke zu einem Großbezirk ergeben sich verwaltungsmäßig folgende Konsequenzen:
Die Akten werden zentral verwaltet, ein gemeinsames Postein- und Ausgangsbuch geführt, eine gemeinsame Wiedervorlagekartei und eine gemeinsame Statistik. Außerdem hat die Gruppe ein eigenes Ausgangsbuch für Außendienst. Die Gruppe hat ein gemeinsames Stellenzeichen. Die gemeinsame Kartei wird folgendermaßen geführt: Auf der Karteikarte ist der Name des zuständigen Sozialarbeiters enthalten, außerdem das Stellenzeichen des ehemaligen Bezirkes, um bei Um- oder Neuorganisationen die Übersicht zu behalten.
Damit am Anfang eine Zuordnung nach den Schwerpunkten möglich ist, müssen alle Akten gesichtet werden. Ist die Zuordnung nach Schwerpunkten nicht immer möglich, werden die Akten anteilsmäßig verteilt.

b) Die Gruppe hat keinen Gruppenleiter im üblichen Sinne. Allerdings wird Frau Holzkamp lediglich in den Fällen die Unterschrift leisten, die durch die gegenwärtige Unterschriftsregelung des Amtes III als Aufgaben des Gruppenleiters festgelegt sind. Diese Regelung ist auf 6 Monate begrenzt.
Andere Gruppenleiterfunktionen führt die Gruppe selbst aus.
- Teilnahme an den Gruppenleiterbesprechungen im monatlichen Wechsel nimmt je ein Gruppenmitglied an der Gruppenleiterbesprechung teil.
- Erstellung der Beurteilung für Gruppenmitglieder. Die Gruppe schreibt die Beurteilungen, der Amtsleiter unterzeichnet. Bei Differenzen findet in der Gruppe eine Rücksprache statt.

c) Die Gruppe ist bereit, ständig zwei bis drei Praktikanten auszubilden. Die Einstellung erfolgt nach gegenseitiger Abstimmung zwischen Gruppe und Praktikant und Ausbildungsleitung.

d) Aufgabe der Verwaltungskraft. Die Verwaltungskraft führt die Kartei des Großbezirks, verwaltet sämtliche Akten, führt die Postbücher und die Wiedervorlagekartei. Sie ist zuständig für die Anmeldung

der Sprechstundenbesucher und vermittelt Telefongespräche.
Sie weiß aufgrund der Kartei des Großbezirkes, welcher Sozialarbeiter zuständig ist.
Bei Neueingängen werden die Klienten an einen Sozialarbeiter, der gerade kein Gespräch führt, vermittelt.
Im Telefonbuch ist die Aufgabe der Verwaltungsfachkraft mit Verwaltung, Auskunft und Anmeldung umschrieben. Bei ihrem Namen steht das gemeinsame Stellenzeichen und die Stellenzeichen der ehemaligen Bezirke.

e) Für die Verwirklichung dieses Konzeptes sind zusätzliche personelle und technische Mittel notwendig.

REPRESSIVE MASSNAHMEN IM SOZIALBEREICH
BERUFSVERBOTE - DISZIPLINIERUNGEN
ENTZUG FINANZIELLER MITTEL

An dieser Stelle im Info werden wir über uns bekannte aktuelle Konflikte, Disziplinierungen, Entlassungen etc. in Kurzform berichten, da wir nicht in der Lage sind, alle uns übersandten Dokumentationen, Berichte usw. im Original abzudrucken.
Wir halten es für notwendig, daß eine weitreichende Information über diese Vorgänge geleistet wird, da ansonsten die Geschehnisse nur örtliche Aufmerksamkeit erregen. Ein weiterer Aspekt ist, daß sich in diesen Konflikten typische dem Kapitalismus eigene strukturelle Bedingungen im Sozialbereich widerspiegeln. Deshalb müssen diese Berichte miteinbezogen werden in die konkrete Diskussion über eine sozialistische Strategie im Sozialbereich.

FALL 1: MASSENENTLASSUNGEN IM DRK-HEIM

Im März 73 wurde vom Roten Kreuz in Berlin ein Heim für geistig und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche eröffnet. (Aufnahmealter 10-18 Jahre).
Die Notwendigkeit, ein solches Heim zu errichten, ergab sich aus der totalen Unterversorgung geistig behinderter Kinder in Berlin! Nach Aussagen des Senats besteht ein Bedarf an 600 Heimplätzen für Behinderte. Das "Elisabeth Weiske Heim" vom DRK sollte mit 52 Plätzen einen Tropfen auf den heißen Stein bilden.

Ermöglicht wurde die Einrichtung durch private Spenden, Zuwendungen der Aktion Sorgenkind und Eigenmitteln des DRK. Öffentliche Zuschüsse wurden nicht gewährt. Obgleich es dem DRK bekannt sein mußte, daß die Rehabilitation geistig Behinderter nicht möglich ist, ohne weitgehende Kontakte der Behinderten zur Umwelt, wurde das Heim in einer Villengegend am Stadtrande Berlins erbaut. Bereits bei der Planung dieser Einrichtung stieß das DRK bei den benachbarten Grundstückseigentümern auf erhebliche Widerstände. Die Vorstellung, in unmittelbarer Nähe ständig "Idioten rumlaufen zu sehen", erfüllte sie offensichtlich mit Entsetzen. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß die Einrichtung mit bestimmten Auflagen belegt wurde. Nach einer vorläufigen Laufzeit von 2 Jahren sollte entschieden werden, ob nicht die Belästigung durch ein Altenheim geringer sei. (Dies allerdings sollte den Mitarbeitern verschwiegen werden. Sie erhielten zufällig davon Kenntnis. Außerdem war es nicht erlaubt, die Kinder in der Mittagszeit im Garten spielen zu lassen). Nach Fertigstellung des Gebäudes tat sich bald eine weitere Schwierigkeit für das DRK auf. Da es allgemein nicht leicht ist, für die Arbeit in Heimen, besonders in solchen mit geistig

Behinderten, die entsprechend qualifizierten und engagierten Mitarbeiter zu finden, war es notwendig, den Tätigkeitsbereich für zukünftige Mitarbeiter attraktiv darzustellen.
Zitat einer Anzeige des DRK:
"Wer möchte uns helfen, interdisziplinäre Aufgaben der Rehabilitation geistig behinderter Kinder und Jugendlicher zu verwirklichen und dabei gleichzeitig tatkräftig beim Aufbau einer neuen Einrichtung mit Modellcharakter, die im Frühjahr 1973 in Betrieb genommen wird, mitzuwirken?"
Auch in persönlichen Gesprächen mit Bewerbern und in den Darstellungen des Heimes in der Öffentlichkeit wurde immer wieder der Modellcharakter in den Vordergrund gestellt und betont: "unter Anwendung neuer theoretischer und praktischer Ekenntnisse und in interdisziplinärer Zusammenarbeit aller dem DRK notwendig erscheinenden Berufsgruppen soll versucht werden, die Rehabilitation der geistig behinderten Kinder und Jugendlichen so weit wie möglich zu verwirklichen."
Das DRK verstand unter Teamarbeit die Abschaffung aller leitenden Funktionen, außer der des Heimleiters. (Keine Gruppenleiter, keine leitende Krankengymnastin etc.)
"Die Mitarbeiter sollten eine geschlossene Gruppe bilden, die nach gemeinsamer Absprache alle Hilfsmöglichkeiten, die das Haus bietet, optimal nützt."

Aufbau des Heimes:

Die Einrichtung war in 4 Wohngruppen a 8 Kinder und in 2 sogenannte Pflegegruppen a 10 Kinder eingeteilt. In jeder Gruppe sollten 5 Erzieher arbeiten. Außerdem waren zur weiteren Therapie 5 Krankengymnastinnen, 2 Beschäftigungstherapeutinnen, ein Psychologe und verschiedene Fachärzte vorgesehen. Zur schulischen Förderung wurden 2 Sammelklassen, eine Zweigstelle der örtlichen Pestalozzi-Sonderschule, im Heim eingerichtet. Zur Vorbereitung einer beruflichen Ausbildung bestand die Möglichkeit, im Haus Werkräume einzurichten. Durch die schon während der Planung gemachten Auflagen, sowie der Isolation in einer Villengegend, wurde jedoch von vornherein verhindert, daß sich aus dem 'EWH' eine Einrichtung mit "Modellcharakter" entwickeln konnte. Ebenfalls im Widerspruch zum "Modellheim" stand die Konzeptionslosigkeit des DRK. Seine propagierte "Teamarbeit" war Mittel zum Zweck, um Mitarbeiter für das Heim zu gewinnen.
Der grundlegende Widerspruch für die entstehenden Konflikte und Auseinandersetzungen im 'EWH' bestand somit in dem vorgeschobenen Anspruch des DRK einerseits und dem ernsthaften Bemühen der Mitarbeiter andererseits.

Die Praxis der Teamarbeit:

In der Anfangsphase zeigte sich, daß sehr verschwommene Vorstellungen von Gruppenarbeit unter den Mitarbeitern bestanden. Der erste Konflikt entstand, als die Ärztin ein Alleinentscheidungsrecht in medizinischen und pädagogischen Fragen in Anspruch nahm (sie wollte unter anderem getrenntgeschlechtliche Gruppen einrichten). Die Mitarbeiter waren nicht bereit, sich dieser Autorität unterzuordnen. An diesem Punkt wurden erstmalig inhaltliche Diskussionen über die Vorstellungen von Gruppenarbeit geführt und die Mitarbeiter kamen zu der Erkenntnis - zumal sie alle in der Betreuung mit geistig behinderten Kindern unerfahren waren -, daß eine sinnvolle Arbeit nur gemeinsam entwickelt werden kann.
Das Bewußtsein, in der Gruppe zu arbeiten reichte jedoch nicht aus, es war vielmehr notwendig, durch einen in der Gruppenarbeit erfahrenen Theoretiker die globalen Vorstellungen der Mitarbeiter in der Praxis zu konkretisieren. Die Aufgaben des Anleitens übernahm der Psychologe. Er wollte mit den Mitarbeitern in Erarbeitung theoretisch pädagogischer Vorstellungen und Aufarbeitung der aus der Gruppenpraxis resultierenden Probleme eine effektivere und höher qualifizierte Arbeit erreichen.
In der Erkenntnis, daß eine pädagogische Gruppenarbeit nicht losgelöst vom gesamten Arbeitsstil zu leisten ist, erfolgten bestimmte, für die Arbeit notwendige Konsequenzen. Es wurden 1 mal wöchentlich eine Gruppenbesprechung mit jeder Gruppe und den dazugehörigen Therapeuten eine gemeinsame Dienstbesprechung abgehalten. Hier wurden Fragen betreffend eines pädagogischen Gesamtkonzepts und des Arbeitsstils sowie allgemeine technische und organisatorische Fragen diskutiert. Um anstehende organisatorische Fragen zu lösen, wurden Arbeitsausschüsse gebildet (Spielplatz, Spielzeug-, Werkstattausschuß), in welche aus jeder Kinder- und Therapeutengruppe ein Mitglied delegiert wurde. Dadurch wurde erreicht, daß die gesamte organisatorische und pädagogische Arbeit durch die Gruppenarbeit getragen wurde. Als Bindeglied dieser Ausschüsse und der einzelnen Gruppen konstituierte sich der Koordinationsausschuß. Dieser sollte außerdem Informationen sammeln und weitergeben und bestimmte Aktionen strukturieren, wie z.B. die Dienstbesprechungen vorbereiten.
Durch die Aufteilung der organisatorischen Arbeit war es möglich, in den Gruppenbesprechungen schwerpunktmäßig rein pädagogische Fragen zu diskutieren. Nach anfänglichen Beobachtungen der einzelnen Kinder - ihr Verhalten während des Tagesablaufs, in Spielsituationen, als Gruppenmitglied, den Erziehern und der Umwelt gegenüber - wollten wir unsere Einschätzung mit den Akten der Kinder vergleichen. Hierbei mußten wir feststellen, daß kaum eine Akte vollständig war und die medizinischen und psychologischen Ausführungen kaum zu verwerten waren, da sowohl die Diagnose sich als häufig nicht richtig erwiesen hatte und unsere Beobachtungen sich nur punktuell mit den Berichten deckten.
Hieraus zogen wir die Konsequenz, unsere Beobachtungen täglich schriftlich zu fixieren, um Entwicklungsberichte über die Kinder differenzierter verfassen zu können. Eine weitere Notwendigkeit war die Entwicklung von Therapieplänen für jedes einzelne Kind unter Berücksichtigung der speziellen Behinderung und der daraus resultierenden Schwierigkeiten. Die individuellen Fähigkeiten der Kinder sollten danach weitestgehend gefördert und zugleich auch die Integration in die Gruppe verstärkt werden.

Entstehung und Verlauf des Konflikts:

Unsere Arbeit wurde durch eine unserer Meinung nach falsche Personalpolitik des Leiters immer wieder behindert. So wurden kaum Fachkräfte eingestellt, statt dessen waren alle Bewerber willkommen, ohne daß sie über die ihnen bevorstehende Arbeit ausreichend informiert wurden. Außerdem wurden häufig relativ kurze Zeitverträge abgeschlossen, so daß sich ein starker Mitarbeiterwechsel im Heim ergab.
Durch die immer wieder auftretenden Probleme bei einer Neueinstellung

diskutierten wir, wie hier Abhilfe geleistet werden könnte.
Die Mitarbeiter beauftragten den Koordinationsausschuß, mit neuen Bewerbern ein Informationsgespräch zu führen, um ihnen unsere Arbeit mit den Kindern und die Situation im Heim zu vermitteln. Gleichzeitig wollten wir uns einen Eindruck von den Arbeitsvorstellungen der eventuellen neuen Mitarbeiter machen. Alle Mitglieder des Koordinationsausschusses sollten dann gemeinsam über die Eignung des Bewerbers entscheiden. Ein weiterer Schritt war die Forderung nach Mitbestimmung auch bei der Aufnahme von neuen Kindern. Da wir bestimmte Vorstellungen über die Gruppenzusammensetzungen hatten, sollten gewisse Kriterien bei der Neuaufnahme eines Kindes berücksichtigt werden. Diese Kriterien sollte der Koordinationsausschuß erarbeiten.
Als der Koordinationsausschuß bei der Bewerbung einer Psychologin zum 1. Mai tätig wurde, kam es zum ersten Konflikt mit dem DRK-Arbeitgeber. Wir fanden, daß die Psychologin geeignet sei, da sie Erfahrung in der Gruppenarbeit hatte und unsere Arbeit dahingehend unterstützen wollte. Das DRK lehnte sie jedoch von vornherein ab mit der Begründung, sie habe keine Heimerfahrung. Dies geschah, obwohl vom DRK immer wieder betont wurde, daß es neue Ansätze in der Heimpraxis sucht und obwohl noch kein anderer Bewerber für diese Stelle gehört wurde.
Durch diesen Konflikt kam es zu erneuten Diskussionen über das Selbstverständnis unserer Gruppenarbeit. Hier wurde deutlich, daß der Heimleiter eine andere Position als wir vertrat, indem er auf seinem Alleinentscheidungsrecht bestand, ohne die bisherigen Bemühungen der Kollegen, eine gemeinsame Arbeit zu leisten, zu berücksichtigen. In dieser Zeit fuhr der Heimleiter in den Urlaub, die Diskussion der Mitarbeiter mit der DRK-Hauptverwaltung ging jedoch weiter. In einer Dienstbesprechung wurde dann dem von allen gewähltem Koordinationsausschuß eine neue erweiternde Funktion dahingehend zugesprochen , daß er bestimmte Entscheidungen auch ohne vorherigen Beschluß der gesamten Kollegen durchführen kann.
Der Koordinationsausschuß sollte künftig als Heimleiterkollektiv fungieren und als internes Gremium die Heimpolitik strukturieren. Der Heimleiter war in seiner Funktion selbstverständlich Mitglied und sollte das Heim weiter nach außen vertreten. Dieser Beschluß aller Kollegen war Anlaß für den DRK-Arbeitgeber, 3 Mitarbeiter nach dem Rädelsführerprinzip stellvertretend für die gesamten Kollegen herauszugreifen und mit sofortigem Hausverbot zu belegen. Dadurch sollte versucht werden, die übrigen Mitarbeiter einzuschüchtern und zu spalten. Das gelang dem DRK jedoch nicht. Als den drei gekündigt wurde, solidarisierte sich der größte Teil der Mitarbeiter mit ihren gemaßregelten Kollegen und beschloß, die Arbeit wie begonnen fortzusetzen. In der Folgezeit wurden weitere 15 Hausverbote und Kündigungen ausgesprochen. Über die Hälfte der Erzieher und Therapeuten ist gefeuert worden!!!

Öffentlichkeitsarbeit:

Nach den ersten Disziplinierungen begannen wir mit einer Kampagne in der Öffentlichkeit:
- Auf gewerkschaftlicher Ebene unterstützte uns die Kommission gegen Berufsverbot Abt. Sozialarbeit in der ÖTV mit dem Ziel, eine breite Solidarität unter den in der ÖTV organisierten Kollegen zu erreichen.
- Information in den Erzieher- und Sozialarbeiterausbildungsstätten.
- 10 000 Flugblätter, die in Heimen, Ämtern und verschiedenen Ausbildungsstätten verteilt wurden, mit der Einladung zu einer Informationsveranstaltung.
- Durch unser Auftreten während der Tagung des Berufsverbandes der Heilpädagogen und der Tagung der "Internationalen Gesellschaft für Heimerziehung" versuchten wir, die Fachwelt auf die Konflikte im DRK-Heim aufmerksam zu machen.
- Berichte in Zeitungen und Interviews beim SFB.

Situation der Kinder-Pädag.Arbeit - Reflexionen

Der größte Teil der Kinder kam aus anderen Behinderteneinrichtungen, in denen, wie wir bei unseren Hospitationen feststellten, hauptsächlich Aufbewahrungsarbeit geleistet wurde. Die Kinder hatten dort sowohl auf Grund von Personalmangel als auch mangelnder Qualifikation des Personals nur minimale Entfaltungsmöglichkeiten. Sie wurden z.B. gezwungen, lange ruhig am Tisch zu sitzen und mußten sich streng nach den Anweisungen der Betreuer richten usw. Die Aufnahme in unser Heim bedeutete für die Kinder Umstellung auf eine für sie vollkommen neue Situation: eine neue Umgebung, andere Kinder, keine getrennt geschlechtlichen Gruppen und neue Bezugspersonen, die auf sie zum größten Teil ganz anders reagierten als sie es bisher gewöhnt waren.
Unsere Bemühungen gingen zunächst dahin, die Kinder in allen den Tagesablauf betreffenden Dingen zu einer größeren Selbständigkeit zu verhelfen. Dazu war es notwendig, ihnen einen größeren Handlungsfreiraum zu gewähren, in dem sie Erfahrungen machen konnten, die eine Entwicklung zur Selbständigkeit fördern sollten.
Wenn man die bisherige Situation der Kinder kennt, ist es verständlich, daß diese Umstellung zunächst eine Überforderung für die Kinder war und es auch zu entsprechenden Reaktionen wie Aggressivität untereinander, den Betreuern gegenüber, Demolierung von Einrichtungsgegenständen u.a. kam. Die Schwierigkeiten, die wir hatten, lassen sich am Besten anhand von konkreten Beispielen verdeutlichen.
So versuchten wir, die Gurte, mit denen die Kinder nachts im Bett fixiert wurden, soweit es möglich war, wegzulassen, Wie stark sie daran gewöhnt waren, sahen wir, wenn sie uns abends den Arm oder das Bein zum Festschnallen hinhielten. Die Folge dieser Maßnahme war natürlich stärkere Unruhe. Die Kinder stiegen nachts aus den Betten, räumten Schränke aus u.ä. Doch nach einer recht schwierigen Übergangszeit gewöhnten sich einige nach und nach daran, nachts auch ohne Fixierungen im Bett zu bleiben.
Ebenso bemühten wir uns, die oft sehr hohe medikamentöse Sedierung der Kinder herabzusetzen, durch die die Kinder zwar "ruhiger" werden und weniger Arbeit machen,aber auch apathisch und desinteressiert. Natürlich mußten wir in Kauf nehmen, daß dadurch Aggressionen häufiger zum Ausbruch kamen und zwar so, daß Mitarbeiter angegriffen, Türen und Fenster eingeschlagen, Spielzeug zerstört wurde u.ä. mehr. Obwohl wir uns bemühten, die oft schon gefährlich werdenden Zwischenfälle unter Kontrolle zu halten, war unser primäres Arbeitsinteresse auf das Erkennen der Ursachen und Therapieren solcher Verhaltensweisen gerichtet, da die übliche Praxis, die sich auf Sedierung bzw. autoritäre Unterdrückung der Symptome reduziert, unzumutbar und auch nicht effektiv ist.
Nach einiger Zeit intensiver Beobachtung der Kinder gingen wir daran, für die einzelnen zusammen mit denTherapeuten und dem Psychologen

Therapiepläne auszuarbeiten. Das zentrale Ziel dieser Pläne war bestimmt von der Förderung und Entfaltung der emotionalen Kontakte der Kinder untereinander, aber auch zu den Bezugspersonen. Grundlage hierfür war die Erkenntnis, daß geistig schwer behinderte Kinder fast nur auf emotionaler Ebene ansprechbar sind. Nach einem halben Jahr waren fast bei allen Kindern positive Veränderungen zu erkennen.
Viele lernten selbständig zu essen und auch selbständig die Toilette zu benutzen (ohne Reinlichkeitsdressur).
Bei einigen Kindern mit autistischen Verhaltensweisen war es gelungen, durch Entstehung eines positiven Kontaktes zur Bezugsperson, sie für einige Zeit mit einer bestimmten Sache zu beschäftigen.
Die Aggressivität der Kinder konnte teilweise abgebaut werden, wodurch eine bessere pädagogische Arbeit möglich wurde.
Die Gruppe mit den am wenigsten behinderten Kindern entfaltete Gruppenkreativität, die sich ausdrückte im Nachspielen von Gruppenbesprechungen der Erzieher, in denen sie ihre Wünsche äußerten z.B. Einüben eines Theaterstückes, das sie den anderen vorspielen wollten verbunden mit "Fest feiern" und "Kaffeetrinken".

Wir sind uns bewußt, daß unsere pädagogische Arbeit noch in vielen Teilen nicht, bzw. nur ungenügend entwickelt war (z.B. Elternarbeit, Konzeptionsprobleme, pädagogische Selbstreflexion etc.). Zum anderen aber meinen wir, in einem halben Jahr (!) erkannt zu haben, daß pädagogische Arbeit in unserem Sektor künftig von Kollektiven bestimmt sein sollte, deren wesentlichstes Unterscheidungsmerkmal zum in die

Heimhierarchie angepassten Team in der Auflösung hierarchischer Entscheidungsstrukturen zugunsten gleichberechtigter und gleichverantwortlicher Arbeitsbeziehungen liegen.
Welche Erfahrungen haben wir bei dem Versuch, eine kollektive Arbeitsform zu finden, gemacht?
Als die ersten Mitarbeiter eingestellt wurden, stand ein genauer Termin für die Aufnahme der ersten Kinder noch nicht fest. Wir beschäftigten uns mit der Einrichtung der Gruppen- und Therapieräume und stellten das Spiel- und Beschäftigungsmaterial zusammen. In dieser Zeit hatten wir die Möglichkeit, in anderen Einrichtungen, aus denen wir Kinder übernehmen sollten, zu hospitieren, um erste Kontakte zu den Kindern zu bekommen und ihre bisherige Lebenssituation kennenzulernen. Anschließend diskutierten wir über die hier gewonnenen Eindrücke und versuchten, ansatzweise Vorstellungen zu entwickeln, wie wir über eine bloße Aufbewahrungsarbeit, wie wir sie in den meisten anderen Einrichtungen erlebt hatten, hinauskommen könnten.
Solche Diskussionen am Arbeitsplatz waren für die meisten von uns neu und zeigten sehr schnell ihre positiven Auswirkungen. Die anfängliche Unsicherheit jedes einzelnen wurde als gemeinsames Problem erkannt, und hier versuchten wir auch anzusetzen. Ein erster Schritt dazu war das Einbeziehen der Therapeuten in die Gruppenarbeit der Erzieher. Sie machten in den ersten Wochen wie diese Schichtdienst, um die Kinder und die Arbeit in der Gruppe kennenzulernen. Die Integration der Therapeuten in das Gruppenleben war ein sehr wesentlicher Punkt, um die Trennung der spezifischen Berufsgruppen anzugehen und eine bessere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Durch diese qualitativ anderen Arbeitserfahrungen ergab sich als Entwicklungsprozeß, daß wir in der Arbeit mehr als einen Job sahen und bei den einzelnen ein größeres Engagement entstand.
Aus der Erfahrung und dem Gefühl, gemeinsam besser arbeiten zu können, entstand bei vielen das Bedürfnis, über die Arbeitssituation hinaus persönliche und private Kontakte zu verstärken.
Auf diesem Hintergrund richteten wir zwei Selbsterfahrungsgruppen ein, um hier Probleme, die aus der Arbeit resultieren, zu diskutieren und Lösungsmöglichkeiten zu finden. Obwohl viele von uns anfangs Hemmungen hatten, hier auch über ihre persönlichen Schwierigkeiten zu reden, wurde den meisten klar, daß ihre persönliche Problematik in unmittelbarem Zusammenhang mit ihren Schwierigkeiten am Arbeitsplatz stand und eine Trennung zwischen beidem nicht möglich war.

Während dieser Zeit verfaßte ein Teil der Mitarbeiter ein Kritikpapier. Es stellte eine Reflexion unserer bisherigen Gruppenarbeit dar und wies auf Mängel in der organisatorischen und pädagogischen Arbeit hin. In der Folgezeit erarbeiteten wir gemeinsam eine auf unsere Arbeitsbedingungen abgestimmte Dienstordnung, um bei uns ein Interesse für mehr Disziplin und Verantwortung zu entwickeln bzw. zu fördern. Der Motor dieses Lernprozesses war das Prinzip der gegenseitigen solidarischen Kritik, die zumeist in den Gruppenbesprechungen geübt wurde. Konnten Probleme innerhalb der Gruppe nicht gelöst werden, wurden sie in der Dienstbesprechung mit allen Mitarbeitern diskutiert. In solchen gemeinsamen Besprechungen versuchten wir, soweit es uns

möglich war, die Arbeit zu reflektieren, Fehler zu erkennen und anstehende Probleme zu lösen. Bei diesem Bemühen stellten wir immer mehr fest, daß der Heimleiter eine deutlich von der Gruppenarbeit abgehobene Position einnahm. In mehreren Diskussionen versuchten wir hier, Möglichkeiten zu finden, ihn ebenfalls in die Gruppenarbeit zu integrieren. Trotz seiner verbalen Zugeständnisse, sich mit gleichen Rechten und Pflichten an der Gruppenarbeit zu beteiligen, traten in der Praxis immer wieder Schwierigkeiten auf, da er in Konfliktsituationen auf sein Alleinentscheidungsrecht pochte. Ganz deutlich wurde uns dies nach der Wahl des Heimleiterkollektivs, als er über anstehende Disziplinierungsmaßnahmen schon informiert war, in einem Gespräch mit uns aber nichts davon erwähnte. Die ersten Kündigungen kamen daher für uns sehr überraschend. Wir hatten zwar mit Schwierigkeiten von Seiten der DRK-Hauptverwaltung gerechnet, aber nicht mit diesen Konsequenzen. Uns war nicht einsichtig, daß sich das DRK zwar immer über unsere pädagogische Arbeit sehr positiv geäußert hatte, unseren Arbeitsstil aber nicht tolerieren wollte. Die Hoffnung, diesen Konflikt in Gesprächen mit der DRK-Hauptverwaltung zu klären, gaben die Mitarbeiter an dem Punkt auf, wo die Wahl des Heimleiterkollektivs, die Mitbestimmung bei Neueinstellung von Mitarbeitern und Aufnahme von Kindern und die Dienstordnung als null und nichtig erklärt wurden, denn dies war die Liquidierung der bisher geleisteten Arbeit.

Uns ist jetzt klar, daß der Versuch, unsere Arbeit nach unseren eigenen Vorstellung zu gestalten, als Angriff auf die hierarchischen Strukturen des DRK aufgefaßt wurde und die vom DRK getroffenen Maßnahmen eindeutig politisch disziplinierenden Charakter haben.

(Aus: Bericht der entlassenen Mitarbeiter)

Auf der Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für Heimerziehung (FICE-Sektion BRD) in Berlin wurde mit Unterstützung der Mitglieder, die auch am Info Sozialarbeit mitarbeiten, der Konflikt öffentlicht gemacht. Unter dem Druck der "Fachöffentlichkeit" - das DRK konnte kaum seine miserable pädagogische Fehlplanung verbergen - wurde mit ihrem Einverständnis dem Vorschlag zugestimmt, in einem Vermittlungsgespräch unter Beteiligung von Vertretern der FICE, DRK und der entlassenen Mitarbeiter zu prüfen, ob eine Grundlage zur Weiterführung der begonnenen pädagogischen Arbeit gegeben ist.
Wie es mit der Glaubwürdigkeit des DRK - im Interesse der Kinder zu handeln - bestellt ist, zeigt die Tatsache, daß das DRK bis heute noch keine Gesprächsbereitschaft hat erkennen lassen, obwohl das DRK (Vertreter: Heimleiter Kaiser v. EWH) Mitglied der FICE geworden ist und sogar als Vertreter der Institutionengruppe im Delegiertenrat der FICE sitzt.
Nach außen versucht man, sich "fortschrittlich" zu geben, nach innen hält man an überholten hierarchischen Strukturen und pädagogischen Konzepten fest. Mit der Zusage an ein Vermittlungsgespräch sollte allein die "Fachöffentlichkeit" beruhigt werden.
Für die entlassenen Mitarbeiter finden von Mitte Januar-Mitte Februar die Arbeitsgerichtsprozesse statt . Das Ergebnis wird sich nicht von den anderen im Heft dargestellten Fällen unterscheiden.

FALL 2: KINDERWOHNGRUPPE "TREBEBAMBULE"
SENAT VERWEIGERT TREBERN FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG:
ETAT UM DM 60.000 GEKÜRZT

Der SSB (Verein für Sozialpädagogische Sondermaßnahmen) schafft alternative Einrichtungen, die versuchen, das Problem der Treber zu lösen (Drugstore; Wohngruppen: Weißbecker-Haus, Solmstraße; Trebebambule: Wohngruppe Eisenbahnstraße und Oranienstraße).
Da die zwei großen Wohnkollektive (Rauch-Haus und Weißbecker-Haus) das Problem der Trebekinder unter 14 Jahren nicht aus der Welt schaffen konnten, entstand die Arbeitsgruppe Trebe bambule. Ihr Ziel ist, kleinere Wohngruppen für Trebekinder aufzubauen, als Alternative zur Heim- und Familiensituation,aus denen die Kinder kommen und in die eine Rückführung nicht mehr möglich ist. So entstand eine feste Wohngruppe in der Eisenbahnstraße. Die Finanzierung lief bis jetzt über die Unterstützungsstelle des Bezirksamtes, da der Senat die Finanzierung dieser und einer weiteren Gruppe von 7 Kindern ablehnte. Die Begründung war, daß das Geld erst ab 1974 vorhanden sei.
Nach dem Zwischenfall am 17.12.73 (als der Senat versuchte, die 7 Kinder in verschiedene Heime unterzubringen - trotz Zusicherung, die Kinder nicht zu trennen - kam es zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei, bei der einige Leute verletzt wurden) weigerte sich der Senat,mit der Arbeitsgruppe Trebebambule weiterzuverhandeln. Diesen Zwischenfall nahm der Senat nun zum Anlaß, die Finanzierung weiterer Wohngruppen nicht zu übernehmen und die bestehenden Gruppen kaputt zu machen.
Aus einem Schreiben vom 21.12.73 geht hervor, daß die Finanzierung und der Fortbestand nicht nur der Trebebambule, sondern sämtlicher Wohngruppen des SSB in diesem Jahr in Frage gestellt sind:
- Der Vertrag des Weißbecker-Hauses ist nicht verlängert, die finanzielle Unterstützung ist nicht mehr gewährleistet.
- Der Vertrag der Solmstraße ist nicht verlängert.
- Die Finanzierung der Kinder in der Eisenbahnstraße ist nicht geklärt.
- Die Jugendlichen aus der Oranienstraße sind - trotz mehreren Heimeinweisungen - mit Kenntnis des Senats bei Trebebambule - Finanzierung nicht geklärt.

Trotz dieser Situation (allein in West-Berlin gibt es 4 000 Treber) hat der Senat den Etat zur Finanzierung von Wohngruppen um 60 000 DM gekürzt.
Der Senat, der die "Realisierungsmöglichkeit und die Notwendigkeit der Forderung nach Wohngruppen prüfen will", sieht die Lösung von diesem Problem in der Einrichtung einer "Clearingstelle" für Kinder und Erzieher in der Kantstraße. Somit wird die Alibifunktion des Senatsprojekts - Kantstraße (Beratungsstelle für Jugendliche) - dem Druck der neuen Problemstellung angepaßt und erweitert. Die "Aufgabe" dieser Stelle ist das "Auffangen und Vermitteln" der Treber an entsprechende Heime. Dauer dieses "Aufenthalts" ist 14 Tage! Somit werden nach

Meinung des Senats Trebebambule und Wohngruppen überflüssig!!! Mit anderen Worten, die "Clearingstelle"soll ein Durchgangsheim in Kleinformat werden, in dem die Kinder, die auch vom Senat nicht mehr als "heimfähig" bezeichnet werden, doch in die gleiche elende Ausgangssituation zurückgeschickt werden sollen.
Diese "Flippstation" hat im Gegensatz zu uns keine der Schwere des Problems angemessene pädagogische, konzeptionelle Konsequenz. Dieses neue Modell der linken Sozialbürokratie dient einzig und allein dazu, das Problem der Treber zu verschleiern und gegenüber der Bevölkerung, der CDU und der rechten SPD ein neues Aushängeschild zu haben, mit dem man seine Politik rechtfertigen kann.
Wir können dem nur etwas wirksam entgegensetzen - nämlich feste Wohngruppen - wenn wir auch von denen Solidarität bekommen, denen das Problem der Trebegänger bekannt ist.

DESHALB FORDERN WIR DIE ANERKENNUNG UND UNTERSTÜTZUNG ALLER GRUPPEN DES SSB

Solidaritätsadressen: an SSB, 1 Berlin 61, Solmstr. 22
Weißbecker-Haus, 1 Berlin 61, Wilhelmstr. 9
SSB Kontonummer: 02/88 682 000 Berliner Bank AG

(Aus: Flugblatt d. SSB)

FALL 3: JUGENDZENTRUM "PUTTE" VON ABRISS BEDROHT

Die "Putte" wurde Anfang 1973 von Mitgliedern der "Kinder-Lobby", (einem Abzweiger der "Bürgerinitiative Wedding e.V.) aufgebaut. Nach dem Bau eines Abenteuerspielplatzes wurden nach und nach ein Schüler-Laden, Jugend-Laden und Wohngemeinschaft im Haus Rügener Str. 20 eingerichtet. Eigner des im Sanierungsgebiet liegenden Hauses ist die GeSoBau (Gesellschaft für Sozialen Wohnungsbau). Im Februar 73 schlug die Bürgerinitiative der GeSoBau vor, das Haus für weitere 5 Jahre (dann soll das gesamte Gelände neu bebaut werden) zu erhalten. Die Gesellschaft sicherte eine Nutzung der Räume (1 800 qm) bis zum Abriß zu und bot gleichzeitig die Finanzierung einer Baracke (340 qm) für 180 000 DM als spätere Alternative an. Das angebotene Geld bringt die Jugendlichen auf die Idee das Haus für weniger als die angebotene Summe zu e r h a l t e n . Zu diesem Zeitpunkt ergeben Gespräche mit dem zuständigen Jugendstadtrat, daß auch er die Erhaltung des Hauses als beste Möglichkeit ansieht; bei dieser Meinung ist er dann letztlich allerdings nicht geblieben.
Im August gibt der Senat eine Zusage von finanzieller Unterstützung für die Renovierung. Die Baugesellschaft ist bereit, das Haus dem Grundstücksamt des Bezirks zu übereignen. Jedoch der versprochene Kostenvoranschlag des Hochbauamtes für die Renovierung bleibt aus; Ende Oktober, nach intensiven Bemühungen der Jugendlichen, stellt sich heraus, daß das beauftragte Amt noch gar nicht mit dem Kostenvoranschlag begonnen hatte; einige Tage später lag er dann endlich vor. Durch beträchtliche Eigenleistungen der Jugendlichen ist es möglich, die veranschlagten Kosten (180 000 DM) fast auf die Hälfte zu reduzieren (98 000). Der Jugendwohlfahrtsausschuß entscheidet, daß das Projekt sozialpädagogischen Nutzen aufweise und damit förderungswürdig sei. Die Renovierung beginnt. Der Senat sagt DM 40.000 zu mit der Bedingung, bis zum 13.12.73 eine Bestätigung des Bezirksamtes über die weitere Nutzung des Hauses vorzulegen.

Jetzt jedoch ist die GeSoBau plötzlich nicht mehr am Erhalt des Hauses für Kinder- und Jugendarbeit interessiert; der Jugendstadtrat ist genauso plötzlich "überrascht" von der Idee der Wohngemeinschaft im Haus, obwohl ihm das längst bekannt war und bereits positive Stellungnahmen von mehreren Stellen der Familienfürsorge abgegeben worden waren. Am Bußtag erfahren die Jugendlichen, die bereits für 10 000 DM Material und für 30 000 DM Arbeitsleistung aufgebracht haben, daß das Haus nun doch abgerissen werden soll.
Als Maßnahmen dagegen führen sie durch: Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Kontaktaufnahme zu anderen Jugendzentren, Mobilisierung von Presse und Funk, Schreiben an sämtliche Fraktionen der BVV mit Einladung zu Informationsgesprächen in der "Putte". Mehr als eine Woche lang erschienen positive Berichte über das Jugendzentrum in der Berliner Tagespresse. Das Bezirksamt jedoch besteht unter verschiedenen fadenscheinigen Vorwänden weiter auf dem Abriß des Hauses.

Aus den Berliner Geschehnissen wird deutlich, daß die SPD-Funktionäre der städtischen Institutionen (hier Senat für Familie, Jugend und

Sport sowie Bezirksamt) jede fortschrittliche Regung, sowohl beim Klientel als auch bei den Erziehern, abwürgen und systematisch versuchen eine pädagogische Arbeit, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Jugendlichen und Kinder orientiert, unmöglich zu machen.

(Aus: Dokumentation Bürgerinitiative "Putte")

FALL 4: CVJM-KINDERHEIM RHEDA-WIEDENBRÜCK AUFGELÖST

Nach den Statuten betreut das Kinderheim Kinder bis zur Schulentlassung. Es hat eine Aufnahmekapazität von 60 Kindern, die sich auf 6 Gruppen verteilen. Nach dem Stellenplan sind 16 pädagogische Mitarbeiter und 8 Mitarbeiter des wirtschaftlichen Bereichs ausgewiesen.
Dem Heim angegliedert ist ein heimeigener Kindergarten. In ihm sollen während der Vormittagsstunden die nicht schulpflichtigen Kinder betreut werden.
Träger ist der CVJM Wiedenbrück, dieser wiederum setzte ein siebenköpfiges ehrenamtlich tätiges Kuratorium (Mitglieder ohne pädagogisches Fachwissen) ein, das die Funktionen des Trägers wahrnimmt.

Vor dem 1.9.73 oblag die Heimleitung einem Ehepaar, das seit 11 Jahren dem Heim vorstand. Eingestellt wurden sie seinerzeit als Hauseltern für ein Jugendwohnheim, in dem Flüchtlinge aus der DDR vorläufig untergebracht wurden. Nach dem Mauerbau versiegte der Flüchtlingsstrom; um die Existenz des Hauses zu sichern wurde es notwendig, ihm eine neue Funktion zu geben. Das Jugend-Wohnheim wurde in ein Kinderheim umgewandelt, allerdings ohne daß auch gleichzeitig die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen worden wären.
Das Kinderheim war streng nach familialen Strukturelementen organisiert und hierarchisch gegliedert. Die Entscheidungen trafen die Hauseltern. Die Mitarbeiter hatten in der Regel keine Gelegenheit, qualifiziert an dem Entscheidungsprozeß zu partizipieren. Abweichende Meinungen einzelner Mitarbeiter wurden als destruktive Kritik, als Unruhestifterei empfunden. Die Mitarbeiter gaben die von den Hauseltern erfahrenen Repressionen weiter an Kollegen und Kinder. Aufgrund endlich doch ausbrechender Konflikte zwischen Mitarbeitern und Hauseltern schieden diese faktisch am 31.8.73 aus dem Heim aus.

Ab 1.9.73 fungierte als Heimleiter der Sozialarbeiter F. und als sein Stellvertreter der Sozialpädagoge (grad) Z. Ihr Verhältnis zu dem Kuratorium verschlechterte sich zusehends, da sie sich gegen folgende von ihnen festgestellte Mißstände des Heims wandten und auf Änderungen drangen:
- Die Kinder leben zu fünft in engsten Räumen; es existieren keine besonderen Gruppenräume, keine didaktischen Hilfsmittel, keine Materialien, mit denen gruppenpädagogisch gearbeitet werden kann, keine Freizeitmöglichkeiten.
- keine bzw. rechtlich nicht haltbare Arbeitsverträge
- überhöhte Überstundenanforderungen (bis zu 80 Std./Wö)

- jahrelang wurden Mitarbeiter durch die personell zu schwache Besetzung und aufgrund fehlender Ausbildung verschlissen
- mangelnde Arbeitsbedingungen, keine Mitarbeiterräume, keine ausreichenden Wohnungen, Verschleuderung öffentlicher Gelder

sowie etliches mehr.
Das Kuratorium hat die diesbezüglichen Appelle und Hinweise in den Monaten seit September nicht beachtet und keine Anstalten gemacht, die Dinge zu ändern.

Trotz der hochgradig ungünstigen Bedingungen versuchten Heimleitung und Mitarbeiter das Beste aus dem Vorhandenen zu machen und initiierten folgende Aktivitäten:
- Organisation von Lerngruppen für die Grundschulkinder,
- Vorschulgruppe, Jugendclub, Kinderversammlung, Gruppenbesprechungen und -unternehmungen, pädagogische Konferenz und Mitarbeiterbesprechungen, Lehrlingsarbeitskreis im Wirtschaftsbereich, um die schulischen Anforderungen zu leisten, Einzelbetreuung und -beobachtungen sowie den Versuch, die Verwaltung zu dezentralisieren.

Da Kuratorium unterstützte diese Dinge in keiner Weise, sondern kritisierte nur ständig, daß es im Heim schmutzig und unordentlich sei (herumliegendes Papier), daß die Kinder (denen kein ausreichender Spielplatz zur Verfügung stand) die Nachbarn belä stigten usw.
Da der Heimleiter die Zustände unablässig heftig kritisierte, grundlegende Reformen verlangte und durchblicken ließ, daß er die Verhältnisse in seinem Namen nicht mehr verantworten könne, wurde er am 7.12.73 mit einem Ablösungsvertrag und einer Gehaltsentschädigung von 6 000 DM abgespeist (andernfalls fristlose Kündigung). Seine Arbeit hatte nun der Stellvertreter Z. mitzuübernehmen.

10 Tage später wurde dem stellvertretenden Heimleiter ebenfalls gekündigt. In Absprache mit dem Diakonischen Werk, dem Evangelischen Reichserziehungsverband, die kurzfristig aus ihrem Mitarbeiterbestand eine neue Heimleitung anboten, übernahm ein neuer Heimleiter das Kinderheim mit dem Ziel, die alten Strukturen wieder einzuführen. Später, wenn sich die Wogen geglättet hätten, sollte das Kinderheim an das Evangelische Pertheswerk verschachert werden.
Die Mitarbeiter und die Kinder lehnten sich dagegen auf, sie informierten die Presse, verteilten Flugblätter und versuchten, in der Öffentlichkeit die Situation des Kinderheimes zu problematisieren. Sie gründeten den AKS und erstellten eine Dokumentation. Aber das egoistische Verbandsinteresse ging vor die Interessen der Kinder; alle Mitarbeiter (8), die sich nicht von den Zielen und Aktionen distanzierten, wurden gekündigt und mit Hausverbot belegt, einige Wochen später alle Kinder in andere Kinderheime verlegt, das Heim geschlossen und die übrigen Mitarbeiter auf die Straße gesetzt.
Das durch staatliche Zuschüsse und Pflegesätze erwirtschaftete Vermögen (Grundstücke, Häuser etc.) des Verbandes wird nun wohl eine noch bessere ökonomische Verwendung finden.

(Aus: Dokumentation Kinderheim Rheda-Wiedenbrück zu beziehen über Rainer Strauch, 1 Berlin 65, Togostr. 17/Michael Fest, 5 Köln 91, Siegburgerstr. 28)

FALL 5: PERSONALPOLITIK IM BÜNDNIS MIT KAPITAL UND SOZIALBÜROKRATIE BEIM INTERNATIONALEN BUND FÜR SOZIALARBEIT

Im Internationalen Bund für Sozialarbeit- Jugendsozialwerk e.V.,der durch Spenden und Mitgliedschaften sehr eng mit Handwerk und Industrie verbunden ist, ist es üblich, Mitarbeiter mit Versprechungen wie Teamarbeit, Möglichkeit Eigeninitiative zu entwickeln, emanzipatorische Heim- und Bildungsarbeit etc. anzulocken. Da das Jugendsozialwerk (IB-JSW) schlecht bezahlt, kann es "Professionelle" (Psychologen, Soziologen, Pädagogen ,Sozialarbeiter etc.), die es benötigt um öffentliche Gelder zu erhalten bzw. dem Verband einen soliden evtl. sogar liberalen Anstrich zu geben, nur gewinnen, indem er ihnen günstige Arbeitsbedingungen vorgau-kelt ("Ihre Freiheit muß Ihnen schon DM 300.- wert sein").
Die hauptsächliche Arbeit in den Einrichtungen wird allerdings von der großen Zahl "unausgebildeter" Mitarbeiter geleistet, die schlecht bezahlt, sich unter den haarsträubensten Bedingungen ausbeuten lassen und sich allem fügen, da sie Angst haben, ihre Stelle zu verlieren. Versuchen die durch die großzügigen Versprechungen angelockten Mitarbeiter dann die ihnen zugesagten (aber arbeitsrechtlich nicht vorhandenen) Arbeitsbedingungen herzustellen, werden sie oft unter dem Vorwand formaler Dienstvergehen (unter den häufig existierenden unverantwortlichen Bedingungen sind die Mitarbeiter ständig gezwungen "Dienstverstöße" zu begehen, um wenigstens den formalen Heimbetrieb aufrechtzuerhalten) gekündigt und öffentlich als "Linksradikale", "Sektierer", "Querulanten", "Unfähige" etc. diffamiert.
Die Interessen der betroffenen Kinder und Jugendlichen spielen in diesem Zusammenhang nicht die geringste Rolle, obwohl häufig disziplinäre Maßnahmen scheinheilig mit der Sorge um das leibliche und seelische Wohl der Kinder und Jugendlichen legitimiert werden. In welcher Art und Weise im Klüngel mit Sozialbürokratie und Kapital Personalpolitik und Pädagogik betrieben wird, zeigen die uns bisher bekannt gewordenen Konflikte:

a) Massenentlassungen im Förderkurs des Jugendsozialwerkes Darmstadt

Einrichtung zur Erlangung der Berufs- und Arbeitsreife durchgeführt vom IB-JSW im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit.

Probleme ergaben sich 1971 erstmals wegen unterschiedlicher pädagogischer Praxis der Mitarbeiter im Förderlehrgang (FL) und dem Heimleiter des Heims, in dem die Hälfte der Teilnehmer des FL untergebracht war . Die Mitarbeiter des FL versuchten, einen möglichst nicht-repressiven Stil in der Arbeit mit den Jugendlichen auszuüben, während die Heimleitung in herkömmlich autoritärer Weise verfuhr. Ergebnis eines Gesprächs mit dem zuständigen Abteilungsleiter der Hauptgeschäftsführung (HGF) in Frankfurt war: In beiden Einrichtungen (FL u. Heim) solle ein demokratischer Führungsstil praktiziert werden. Sämtliche Sachfragen sollten im Team gemeinsam erörtert werden, wobei die Heimleitung ins Team zu integrieren sei. Da der Heimleiter mit diesem

Resultat nicht einverstanden war, wurde er Ende des Jahres abgelöst, nicht etwa, weil die HGF von der Richtigkeit des von ihrem Vertreter Gesagten überzeugt gewesen wäre, sondern weil sie Ruhe in ihrer Institution haben wollte. Teamer und Leiter W. des FL vertraten in diesem Konflikt eine übereinstimmende Linie.

Am 12.1.72 übernahmen zwei neue Mitarbeiter bis 1.3. die kommissarische Heimleitung; sie wurden nicht eingeführt, sondern bekamen lediglich die Kasse übergeben. Sie stellten chaotische Zustände in Aktenführung und Kassenwesen fest. Das Haus befand sich in einem verwahrlosten Zustand (sanitäre Anlagen, Nicht-Einhaltung der VDE-Vorschriften, Einrichtung usw.), außerdem waren 3 Planstellen unbesetzt. Dies bedeutete für die Mitarbeiter eine enorme Überbelastung, die sich gezwungenermaßen in einer Vernachlässigung der Arbeit mit den Jugendlichen niederschlug. Diese Situation war auf das Verschulden der HGF zurückzuführen. Nach ständigen dringenden Forderungen wurden im April die allernötigsten Reparaturen durchgeführt. Aktivitäten zur Verbesserung der personellen Situation erfolgten von seiten der HGF erst nach einem ultimativen Brief, in dem man ankündigte, das Heim zum 1.3. zu schließen, da man der gesetzlichen Aufsichtspflicht nicht mehr nachkommen könne.

Aufgrund der Differenzen zwischen FL und Heim hatte die HGF Ende 71 beschlossen, die Position eines Gesamtleiters einzuführen, verstanden als übergeordnete Funktion, die sowohl der Heimleitung als auch dem FL vorsteht und bei beiden eine Vermittlungsrolle einnehmen soll. Den Anforderungen der HGF nach soll der Gesamtleiter als Sprecher der Institution FL nach außen fungieren und Vertrauensmann der HGF sein. Das Team erwartete von ihm, daß er Beschlüsse des Teams (rechtlich hatte das JSW deutlich gemacht, könne zur Zeit Team-Arbeit nicht institutionalisiert werden) nach außen vertrete, gleichzeitig aber voll integriertes Mitglied sei. Er solle der Vertrauensmann des Teams gegenüber der HGF sein.
Aufgrund der Qualifikation und der privatistischen Interessen des ab 1.3. eingesetzten Gesamtleiters W. ergaben sich bald Differenzen. In den Augen der übrigen Temaer war der GL dem gesamten Team gegenüber verantwortlich; dagegen wehrte sich jedoch W. mit der Ansicht, dem Team gegenüber keine Rechenschaft schuldig zu sein. Er zeigte auch schon von Beginn an sowohl den Mitarbeitern als auch den Kindern gegenüber autoritäre Verhaltensweisen. Für die Erarbeitung eines gemeinsamen pädagogischen Konzepts zeigte er kein Interesse.

Nach Übernahme der GL wich er Gesprächen über Teamarbeit, Position, Funktion und Arbeitsplatzanalyse des GL beharrlich aus mit der Bemerkung, es sei nicht möglich, seine Arbeit zu beschreiben. Obwohl er weitgehend vom Unterricht befreit war (er wünschte selbst Kontakt zu den Jugendlichen durch verschiedenen Unterricht aufrecht zu erhalten), war er weder in der Lage einfache Sachinformationen zu geben, noch aufgrund von präzisen Kenntnissen (z.B. Etatfragen) in Konflikten zwischen Team und HGF zu vermitteln. Den von ihm auf eigenen Wunsch übernommenen Unterricht ließ er so häufig ausfallen, daß die Jugendlichen sich schriftlich darüber beschwerten. Trotz seines verbal aufrecht erhaltenen Anspruchs Teammitglied zu sein und dies gegenüber der HGF durch gemeinsames Auftreten zu dokumentieren, stellte er sich

in entscheidenden Momenten außerhalb des Teams.

Im Konflikt zwischen Team und W. (W.'s Unfähigkeit als GL war eindeutig belegbar) entschied die HGF am 25.7.72 zugunsten W.'s, indem sie Mitglieder des Teams mit befristeten Verträgen die Verlängerung verweigerte, einem Mitarbeiter in der Probezeit kündigte und drei weiteren Mitarbeitern unannehmbare Versetzungsangebote machte. Letzte kündigten daraufhin.
Als Gründe für diese Entscheidung gab die HGF an: Sie werde von Darmstadt offensichtlich nur als notwendiges Übel angesehen, im übrigen fühle sich das Team autonom. Die Vorstellungen der HGF sähen anders aus. Der Kurs müsse völlig geändert werden. Die HGF habe den Eindruck, Darmstadt vertrete nicht die Ziele des Verbandes. Auf Befragen der Team-Mitglieder war die HGF nicht in der Lage, ihre pauschalen Vorwürfe und Vermutungen zu präzisieren.

(Aus: Unterlagen des ehemaligen Teams)

b) Massenentlassungen im Mädchenwohnheim Haus "Faldera" Neumünster/ Berufsverbot durch "schwarze Listen"

In Anzeigen und im "Diskussionsentwurf einer Konzeption" nennt der IB-JSW als Voraussetzung für die Mitarbeit in seinen Einrichtungen: Selbständigkeit, Eigeninitiative, Konzeptentwicklung, Teamarbeit. Diese Arbeitsbedingungen wurden den Bewerbern für das Mädchenwohnheim in Einstellungsgesprächen vom Landesbeauftragten U. zugesichert. Er betont, daß Teamarbeit im Verband ein Novum und arbeitsrechtlich nicht abgesichert sei. Trotzdem sei es notwendig, diese Arbeitsform durchzusetzen, da sie bessere Möglichkeiten in sich berge.

Am 1.10.72 beginnen drei neue Mitarbeiter ihre Arbeit in "Faldera", denen von U. vorenthalten worden ist, daß zum gleichen Zeitpunkt ein Gesamtleiter über mehrere Einrichtungen (unter ihnen "Faldera") eingesetzt wird. Ihnen wird aber bei Aufnahme des Dienstes deutlich gemacht, daß eine gemeinsame Erarbeitung seiner Funktionen zugesichert ist. In der Folge ist der GL, dessen Funktionen noch unklar sind, mehrwöchig abwesend. Normalerweise steht er dem Heim 3-4 Std. wöchentlich zur Verfügung, wird aber zur Hälfte aus dem Haushalt von Faldera finanziert.
Am 30.11.72 legt der GL den Mitarbeitern seine Vorstellungen schriftlich vor. Diese üben Kritik, da ihrer Meinung nach der GL seine Funktionen zu abstrakt beschreibt; nicht deutlich macht, wie die praktischen Unterschiede zwischen GL und Heimleiter aussehen, wie er sich zur Frage der Verantwortlichkeit stellt, wie seine Vorstellungen von Teamarbeit aussehen bzw. wie sich Team und GL zueinander verhalten.

Die Mitarbeiter gehen davon aus, daß sich im Heim die verschiedenen Bereiche (Pädagogik, Verwaltung, Finanzen etc.) nicht voneinander trennen lassen, was ihnen sowohl von U. als auch vom zuständigen Abteilungsleiter aus der HGF bestätigt wird. Den Vorrang hat dabei eindeutig die Pädagogik. Alle Entscheidungen müssen also vor dem Hintergrund der täglichen pädagogischen Praxis getroffen werden. Die Integration ins Team ist die unabdingbare Voraussetzung der zu leisten-

den Arbeit. Die Mitarbeiter fordern deshalb für den GL einen Tag Basisdienst wöchentlich in "Faldera" sowie Teilnahme am Teamgespräch und spezielle Aufgabenerledigung. Diese Forderungen werden vom GL ohne überzeugende Begründung abgelehnt.
In Gesprächen im Dezember 72 und Januar 73 kann keine Einigung erzielt werden. U. versucht zu vermitteln, rekurriert dabei aber auf rein verfahrensmäßige bzw. arbeitsrechtliche Fragen, denn um Pädagogik ginge es hier nicht. Es kommt keine Einigung zustande.

Vom 2.2.73 datieren daraufhin die ersten beiden Kündigungen, obwohl insgesamt 6 Mitarbeiter die gleichen Aussagen gemacht haben (offenbar legt der Verband eine Rädelsführer-Theorie bei diesem Vorgehen zugrunde). Als sich herausstellt, daß die übrigen Mitarbeiter weiterhin den Gesamtleiter nach seiner derzeit geleisteten Definition ablehnen, wird auch ihnen gekündigt.

In einer Presseerklärung und verschiedenen Briefen verbreitete U. (laut Rechtsgutachten) wahrheitswidrige und verleumderische Behauptungen über die gekündigten Mitarbeiter. An das Landesjugendamt sandte er ein Schreiben, in dem dunkel angedeutet wurde, daß die gekündigten Mitarbeiter sich schwerer Verfehlungen schuldig gemacht hätten, allerdings ohne daß auch nur ein einziger Tatbestand präzisiert worden wäre. Das hatte für zwei der Gekündigten (Sozialarbeiter und Psychologe) die Folge, daß sie monatelang vergeblich auf Stellensuche in Schleswig-Holstein waren. Nach dem üblichen Bewerbungsgespräch gingen ihnen bedauernde Absagen zu ("leider nicht in die engere Wahl gekommen sind", "konnte leider nicht berücksichtigt werden" usw.) Wenig später erfuhren sie dann aus anderer Quelle, daß die Stellen wegen "Personalmangels" immer noch nicht besetzt seien. Anhand der Erfahrungen der beiden (Äußerungen von Vertretern verschiedener Institutionen unterstützen das) läßt sich nachweisen, daß das Landesjugendamt als Sammelstelle für Informationen über im Sozialbereich Beschäftigte fungiert und die erhaltenen Informationen weitergibt.

Ein weiterer Aspekt des Verhaltens des Jugendamtes in diesem Fall verdient Beachtung: Sowohl LJA als auch Stadtjugendamt Neumünster gingen nach den Kündigungen umfassende Informationen über die entstandene Lage im Heim zu (von Mitarbeitern, dem Lehrerteam der Jugendlichen, Presseveröffentlichungen usw.), aus denen hervorging, daß das Wohl der Jugendlichen als gefährdet angesehen werden mußte, da ihre Betreuung nicht mehr gewährleistet war. Die Ämter sahen offensichtlich keinerlei Grund zum Eingreifen.

(Aus: Dokumentation Konflikt "Haus Faldera"/Dokumentation Interessenvertretung der Sozialbürokratie)

c) Entlassungen im Mädchenwohnheim und im Kurs "Freiwilliges soziales Jahr" Ffm.-Bonames

Das Haus wurde Ende der fünfziger Jahre für jugendliche DDR-Flüchtlinge gebaut. Ab 1964 war darin eine Gruppe "Freiwilliges Soziales Jahr" (FSJ) untergebracht, die Mehrzahl der Zimmer wurde auf Mietba-

sis mit jungen Angestellten, Lehrlingen usw. belegt.
Das Heim hat 58 Plätze in Doppelzimmern, keine Aufenthaltsräume, keinen Unterrichtsraum (der Unterricht fand auf Dielen und im baupolizeilich nicht abgenommenen Keller statt), sowie eine miserable Ausstattung (Mobiliar, sanitäre Anlagen usw.) Planstellen gibt es drei, davon werden nach Möglichkeit nur zwei besetzt.

Im April 71 stellt die HGF die Soziologin H., die sich praktische Erfahrungen in der Jugendarbeit aneignen wollte, zunächst als "Praktikantin" ein. Sie sollte sich vorwiegend um den Unterricht der FSJ-Gruppe kümmern; bei der Einstellung wurde ihr zugesichert, sie könne im Heim "emanzipatorisch" arbeiten. Dies erwies sich als von Beginn an unmöglich. Zum geringeren Teil lag das an der Person der Heimleiterin (ehemalige Gau-Mädel-Führerin), zum größeren an der allgemein personellen Situation, da nur zwei Mitarbeiter existieren.
Dies ist in vielen IB-JSW-Heimen üblich und bedeutet bei alternierendem Dienst, ohne Dienstbesprechungen, Urlaub, Krankheit u.ä., daß monatlich pro Mitarbeiter 27 regelmäßige (unbezahlte) Überstunden anfallen. Fällt ein Mitarbeiter aus, muß der andere seinen Dienst übernehmen. Urlaubsvertretungen werden von der HGF nicht gestellt. Welche Qualität unter diesen Bedingungen jede pädagogische Arbeit aufweisen muß, dürfte klar sein.

Im Februar 72 wurde die Heimleiterin ausgewechselt und die Verhältnisse wurden noch miserabler. Die alte Heimleiterin (sie war zum DRK übergewechselt) hatte sich, ungeachtet ihrer pädagogischen Ausrichtung und sonstigen Schwächen, für das Heim "aufgeopfert". Der Neuen, Frau K., die über keinerlei pädagogische Ausbildung verfügte, mangelte es nicht nur an Qualifikation, sondern auch an Interesse für die Arbeit in den Bereichen Pädagogik, Verwaltung und Hauswirtschaft. Da keine Verständigung zwischen ihr und K. möglich war, richtete H. bald ständige schriftliche und telefonische Beschwerden an den Abteilungsleiter M. und die Referentin B., daß K. laufend ihre Dienstpflichten verletze (Nichteinhalten von Dienstzeiten und Absprachen, Verpflichtungen usw.). Reaktionen darauf erfolgten nicht.
Im Frühjahr 72 wurde die Sozialarbeiterpraktikantin Sch. eingestellt, die nach kurzer Zeit aus denselben Gründen wie H. in heftige Auseinandersetzungen mit K. geriet. Diese operierte nachweislich mit Lügen und Diffamierungen gegen die beiden Mitarbeiterinnen und spielte auch die Heimbewohnerinnen (unter denen sich mittlerweile ca. 10 von K. aufgenommene schwer gestörte FE-und FEH-Fälle befanden) insbesondere gegen Sch. aus. Trotz der zahlreichen Beschwerden von H. und Sch., deren Wahrheitsgehalt jederzeit zu belegen war, reagierten M. und B. mit Beharrlichkeit zugunsten der Heimleiterin (die beiden anderen Mitarbeiterinnen hätten kein Verständnis für sie, gäben sich keine Mühe etc.) und verletzten ihre Fürsorgepflicht gegenüber Heimbewohnern und Mitarbeitern permanent in gröbster Weise.

Als der Abteilungsleiter M. nach 6 Monaten Sch. die Kündigung naheleg-

te, ging diese völlig entnervt umgehend darauf ein. Man hatte also indirekt einer Mitarbeiterin, die sich geradezu verzweifelt gegen die Mißstände im Haus wehrte (Rauschgift, Prostitution, Diebstähle, Verwahrlosung) die Schuld daran zugeschoben.
M. akzeptierte informell, daß H. unter den gegebenen Umständen nun jede Verantwortung innerhalb des Heimbetriebes ablehnte und sich auf die Arbeit mit dem "FSJ" beschränkte. Allerdings entstanden hier neue Konflikte mit der Abteilung.

H. arbeitete seit Herbst 72 mit drei ehrenamtlichen Teamern in der Bildungsarbeit für das "FSJ" zusammen. Die von ihr erstellte Konzeption wurde zwar verbal von der Abteilungsleitung unterstützt; als die FSJ-TEilnehmer (H. hatte zunehmend auch Jungen aufgenommen, die im Heim Oberursel wohnen mußten) jedoch begannen, sich bei der HGF über Mißstände in den Heimen zu beschweren und einigen Wirbel entfachten, wurde H. angelastet, daß sie dies nicht unterbinde. Ihr wurde nahegelegt, keine Jungen, die besonders aufrührerisch seien, mehr aufzunehmen. Im übrigen habe sie bei Konflikten (den Jugendlichen gegenüber) stets die Position der HGF einzunehmen, was ihr aufgrund des Geschilderten aber nicht möglich war.
Zum 1.8.73 wurde die Heimleiterin in das Mädchenwohnheim der Farbwerke Hoechst versetzt, aber keine neue Mitarbeiterin eingestellt. Zusammen mit zwei per Honorar bezahlten FSJ-Teilnehmern versuchte ab Ende Juli H. die gröbsten Mißstände im Haus zu beseitigen (Reparaturen, Renovierung, Dreck, Gerümpel; die Heimschlüssel liefen im Ort um, allnächtlich drangen Fremde ein und machten Rabatz). Am 17.9. (H. war ca. 4 Wochen in Urlaub und auf Dienstreise gewesen) schickte sie einen Katalog mit Versäumnissen der letzten 1,5 Jahren und einer Schilderung der Mängel an die HGF. In der folgenden Nacht wurde die vorschriftsmäßig untergebrachte Heimkasse geklaut.

H. wurde fristlos wegen "grob fahrlässigem Umgang mit der Heimkasse und fehlenden Vertrauensverhältnisses" entlassen. Im Rahmen der Kündigung wurden politische Unterstellungen sowohl ihr als auch den Teamern gegenüber geäußert.
In einer Stellungnahme den Heimbewohnern gegenüber erklärte die Abteilungsleitung: H. sei entlassen worden, weil sie die Zustände im Heim verschuldet habe. Der von H. angestrengte Arbeitsgerichtsprozeß ging mit der weithin üblichen Vereinbarung aus: das Jugendsozialwerk zahlt eine finanzielle Abfindung und die Klägerin verzichtet auf eine Klage auf Weiterbeschäftigung. Die Situation im Mädchenwohnheim bleibt weiterhin unverantwortlich.

(Aus: Berichte der beiden Entlassenen)

d) Kündigung von 2 Berufspraktikanten/ Disziplinierung der Heimbewohner im Lehrlingswohnheim Oberliederbach

Nach den Heimbewohnerkämpfen 1969 in Eschborn und Liederbach b. Ffm. übertrugen die Farbwerke Hoechst (FWH) das Heim dem JSW als pädagogischem Träger. Das Heim besteht aus zwei Häusern, in denen bis zu 240 Lehrlinge untergebracht waren.

Zwei Sozialarbeiterpraktikanten begannen hier am 15.9.73 und am 1.10.73 ihr Jahrespraktikum. Nach eigenem Bekunden hatten sie keinerlei Strategie. Sie wollten ihr Praktikum ableisten und hielten die Suchaktionen nach "revolutionären Berufsperspektiven im Kapitalismus für ein Relikt kleinbürgerlicher Illusionen aus der Studentenbewegung". Der Konflikt zwischen Heimleitung (HL) und Heimbewohnern (HB) zwang sie jedoch, Partei zu ergreifen entweder für die Seite des Heimleiters, der Neutralität in Worten und Parteilichkeit in Taten (für die FWH) praktizierte oder für die Seite der um ihre Interessen kämpfenden Heimbewohner.

Vor Beschäftigung der Praktikanten hatte es seit 1969 laufend Auseinandersetzungen zwischen HL (FWH bzw. JSW) und Bewohnern gegeben; die Lehrlinge wehrten sich gegen die ausgeübten repressiven Maßnahmen (ständige Zimmerkontrollen, in den Zimmern durften keine Veränderungen vorgenommen werden, über die HL kontrollieren die FWH auch den Privatbereich der Lehrlinge, Besuch (insbesondere von Mädchen) war eingeschränkt bzw. unmöglich, die Heimbewohner durften keine Diskussionsveranstaltungen im Heim mit sog. "Linken" durchführen).

Kurz vor Arbeitsbeginn der Praktikanten war allen Lehrlingen über 18 Jahren von der FWH mitgeteilt worden, daß sie in absehbarer Zeit das Heim verlassen müßten. Die tatsächliche Ursache (verschiedene andere Gründe wurden genannt) dafür dürfte darin liegen, daß die über 18-jährigen sich in den Auseinandersetzungen am heftigsten für die Interessen der HB einsetzten. In den folgenden zwei Monaten organisierten die HB eine Reihe von Aktionen gegen diese Maßnahme (Diskussions- und Informationsveranstaltungen). Die FWH reagierten daraufhin mit disziplinären Maßnahmen gegen die Lehrlinge (Briefe an Eltern, Aktennotizen und Verweise, Androhung von Nichtübernahme nach der Lehre usw.).

Von Beginn des Praktikums an entstanden Differenzen zwischen den Praktikanten und der HL, da die beiden in Mitarbeiterbesprechungen über pädagogische Inhalte diskutieren bzw. sie verändern wollten (Isolierung der HB, 30 % nehmen Rauschgift), während der HL lediglich arbeitsorganisatorische Anweisungen gab (Dienstplan, Schlüsseldienst, Zimmerkontrollen usw). Die Sozialarbeiter L. und H. forderten u.a. die Errichtung von zwei Kommunikationsräumen (wurde teilweise genehmigt und begonnen), häufigere örtliche und zeitliche Zusammenarbeit, Protokollierung der Mitarbeiterbesprechungen usw. Ihrer Meinung nach wurde im Heim übermäßig viel kontrolliert, verwaltet und organisiert, an den Bedürfnissen der Lehrlinge orientierte Arbeit wurde kaum geleistet.

Am 11.10. beantragte der HL bereits die Versetzung eines der beiden Praktikanten, wovon er sie allerdings nicht unterrichtete. Aus diesem Grunde fand am 1.11. eine Personalbesprechung mit dem Landesbeauftragten B. statt, jedoch ohne konkrete Ergebnisse. Am 7.11. verteilten L. und H. anläßlich einer HB-Versammlung ein Info, in dem sie die ihrer Meinung nach mangelhafte Situation im Heim beschrieben und ihre Vorschläge zu deren Verbesserung schilderten. Dieses Info legte der HL am 8.11. dem JSW vor, das beschließt am 16.11. eine Personaldebatte durchzuführen zwischen dem HL, den Praktikanten und diversen Mitarbeitern der HGF. Ab sofort wird L. und H. untersagt, über Infos mit

den HB in Kontakt zu treten. Widersprüche in der HL hätten nicht nach außen zu dringen.
Nach anfänglichem Widerstand durfte ein Vertreter der FHS an der Personaldebatte teilnehmen. Als Ziel der Arbeit im Heim wurde von HGF-Vertretern "kompensatorische Arbeit" im Sinne von "den Lehrlingen einen schönen Feierabend bereiten" genannt. Nach vierstündiger Debatte über "Unstimmigkeiten des Berufspraktikums" erging folgender Beschluß: Das JSW könne es sich nicht leisten zwei Praktikanten, die Mittwochnachmittag wegen Schulbesuch fehlen in einer Einrichtung zu belassen. Einer, egal wer, müsse versetzt werden. Ein Mitarbeiter ließ durchblicken, daß man mit dieser Versetzung aus "Dienstgründen" dem Wunsch der FWH nachkomme.

Am 22.11. verteilten die Praktikanten ein zweites Info mit dem Ergebnis der Personalbesprechung unter den HB, in dem sie auch darauf hinwiesen, daß dies arbeitsrechtliche Folgen (Kündigung) haben könne. Am 23.11. teilten sie der HGF mit, daß keiner von ihnen versetzt werden wolle. Am 24. wurde ihnen fristlos gekündigt und Hausverbot erteilt.
In der Folge forderten die Lehrlinge ihre Wiedereinstellung; weitere Infos sowie ein Flugblatt des HL, in dem er nachweislich unwahre Behauptungen über die Praktikanten verbreitete, wurden verteilt. Der Konflikt geriet in die Presse. L. und H. klagten beim Arbeitsgericht und schlossen, da sie laut Richter in diesem "politischen" Konflikt in höherer Instanz keine Chance hätten, den so beliebten Vergleich (Kündigung zum 31.1.74).

(Aus: Dokumentation Oberliederbach)

FALL 6: SOZIALPÄDAGOGISCHE SONDERMASSNAHMEN KÖLN E.V.
HILFERUF!!
FORTSCHRITTLICHER TRÄGER DER FREIEN
JUGENDHILFE VOR VERBOT!

Erziehungsheime und Erziehungsmethoden in der BRD richten sich immer noch gegen die Interessen der Jugendlichen, besonders gegen die aus Arbeiterfamilien. Sie bedeuten Einschüchterung, Bedrohung und bringen oft soziale Vernichtung, wo Ermutigung, Schutz und Hilfe nötig wären.
Seit 4 Jahren kämpft in Köln der SSK gegen diese Zustände. Die Verhältnisse sind bekannt, kaum einer verteidigt sie noch, doch nur wenige kämpfen für ihre Veränderung. Seit 4 Jahren hat der SSK mit wachsendem Erfolg die Interessen der am schärfsten bedrohten Gruppe Jugendlicher - der sogenannten "STREUNER" - vertreten. Trotz 2-jährigem Vereinsverbot, trotz strafrechtlicher Verfolgung der Mitglieder, trotz Hetze, behördlicher Hilfeverweigerung und Schikanen hat der SSK sich durchgesetzt. Im Frühjahr 1973 wurden seine Vorstellungen als die richtigen anerkannt und vom Jugendamt der Stadt Köln übernommen, seine Konzeption genehmigt und seine Arbeit offiziell unterstützt.
Es wurde eine Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem SSK getroffen, die jedem obdachlosen Jugendlichen das Recht auf Hilfe garan-

tiert. Der SSK darf jeden aufnehmen und braucht keinen, der Schutz verlangt, auszuliefern an Polizei, Heime oder Eltern.
Da das Elend der obdachlosen Jugendlichen unüberschaubar groß ist, kamen Jugendliche in Massen. Der Druck auf SSK und Stadt Köln wuchs.

Der SSK ist aber nicht bereit, das Problem wieder zu verdrängen: Er weist keinen ab und nimmt jeden Bedürftigen auf. Jetzt wächst das Problem der Stadt Köln über den Kopf. Die rückschrittlichen Kräfte gewinnen die Oberhand - ein SSK-Verbot steht vor der Tür: angedroht vom Kölner Sozialdezernenten im Kölner Stadtanzeiger vom 29.9.73. Für 250 Jugendliche beim SSK ist die Zukunft direkt abgeschnitten, für andere besteht keine Hoffnung mehr auf Hilfe.

WIR BRAUCHEN EURE SOLIDARITÄT

Unsere Gegner müssen sehen, daß wir nicht alleinstehen! Nicht Argumente, nicht unser Einsatz, nicht unsere Erfolge in der Arbeit lassen sie zurückschrecken.
Schreibt an: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, 4 Düsseldorf, Postfach 1134, Sozialdezernent Herrn Körner, 5 Köln 1, Schaevenstr. 1b.
Schickt uns Belegexemplare!
Protestiert und erklärt Eure Unterstützung für den SSK.
Zeigt ihnen, daß Ihr uns nicht alleinlaßt.

Solidaritätspreis für die Dokumentation: DM 2.--.
Konto: Stadtsparkasse Köln 66142951/ SSK e.V., 5 Köln, Vorgebirgsstr.5

(Ausführlicher Bericht in "links" 51, Januar 1974)

NACHTRAG:

Am 4.2.1974 erhielten wir vom SSK die Nachricht, daß der Jugendwohlfahrtsausschuß am 11.2.1974 über seine Förderungswürdigkeit entscheiden wird.
Nach den seit Monaten gegen die Jugendlichen und den SSK laufenden Presse- und Polizeikampagnen und nachdem der SSK die Richtlinien der Stadt Köln für eine Zusammenarbeit abgelehnt hat, soll nun versucht werden, durch den Entzug der Förderungswürdigkeit den Verein endgültig zu liquidieren.

Hier ein Auszug aus den Richtlinien über die Zusammenarbeit zwischen SSK und dem Jugendamt der Stadt Köln:

"1. Minderjährige, die beim SSK Aufnahme finden, sind dem Jugendamt Köln sofort, spätestens jedoch am auf den Tag der Aufnahme folgenden Werktag zu melden. Die Meldung muß schriftlich mit vollständigen Angaben zur Person erfolgen. Das Jugendamt Köln teilt den Personensorgeverpflichteten den Aufenthalt des Minderjährigen in Köln mit (§ 31 AGJWG). Schulkinder (bis 15 Jahren) dürfen nicht beim SSK verbleiben.

2. Nichtkölner Minderjährige können höchstens bis zu 5 Tagen, vom Tage ihrer Aufnahme beim SSK an gerechnet, beim SSK verbleiben, vorausgesetzt, daß die Personensorgeverpflichteten nicht eine sofortige Herausgabe des Minderjährigen verlangen und das Wohl des Minderjährigen nicht gefährdet ist.
Der SSK hat alles zu unterlassen, was eine Herausgabe des Minderjährigen be- und verhindern könnte.
Die Erstunterbringung von Minderjährigen beim SSK bis zu 7 Tagen darf nur im Kontaktzentrum des SSK erfolgen.

3.................
Ausländische Minderjährige, deren Personensorgeverpflichteten ihren ständigen Wohnsitz nicht in der BRD haben, dürfen nicht beim SSK verbleiben.

4. Stimmen die Personensorgeverpflichteten und das Jugendamt Köln dem Verbleib des Minderjährigen beim SSK zu, erstellen ausschließlich die sozialpädagogischen Fachkräfte des SSK in Zusammenarbeit mit dem Minderjährigen, den Personensorgeverpflichteten und dem Jugendamt Köln innerhalb von 14 Tagen ...... einen Hilfeplan mit Anamnese, Diagnose, Prognose und Hilfemöglichkeiten. Der Hilfeplan bedarf der Zustimmung aller o.g. Beteiligten.
Der SSK ist verpflichtet, monatlich schriftlich die Beteiligten über die Durchführung des Hilfeplans zu unterrichten.

5. Alle Gespräche zwischen SSK und Jugendamt über den Hilfevollzug sollen in der Regel mit sozialpädagogischen Fachkräften des SSK geführt werden.

Die Regelungen 6-8 beinhalten die Unterstützungsmodi für die untergebrachten Jugendlichen.

9. Bei Nichtbeachtung der Verfahrensrichtlinien werden Zahlungen des Jugendamtes Köln an den SSK im Einzelfall eingestellt.

10.Sachbeschädigungen, die von Minderjährigen, die in der Betreuung des SSK stehen, in den Räumen des Jugendamtes und seinen Einrichtungen angerichtet werden, werden mit den Kosten, die an den SSK gezahlt werden, verrechnet."

Der SSK wäre ein braves Kind der Jugendamtsbehörden, wenn er z.B. ein "wissenschaftliches Modell" mit 40 obdachlosen Jugendlichen aus Köln machen würde, obwohl bekannt ist, daß in Köln 2 000 obdachlose Jugendliche illegal am Rande ihrer Existenz und am Rande der Kriminalität leben - oder wenn der SSK sich weigern würde, ausländische Jugendliche, deren Eltern nicht in der BRD leben, aufzunehmen - oder wenn er Leute über 21 Jahren, deren Probleme durch Erfahrungen mit Erziehungsheimen oder Elternhäuser sich derart angestaut haben, daß sie selbst diese Probleme nicht allein auf sich gestellt lösen können, ebenfalls nicht aufnimmt - oder wenn er Jugendliche aus anderen Städten allerhöchstens 5 Tage aufnehmen würde - oder wenn er z.B. ein 14jähriges Mädchen abweisen würde, das noch nicht das von Sozialdezernent Körner festgesetzte Aufnahmealter von 15 Jahren erreicht hat, obwohl es Erfahrungen gemacht hat, die weit über seiner Altersstufe liegen, weil es monatelang auf den "Strich" geprügelt wurde.

Der SSK weigert sich, die neuen diktierten Richtlinien des Jugendamtes anzuerkennen.
Es sind Richtlinien für die vom Jugendamt konzipierte Pädagogik - einer Pädagogik der Gewalt.
Die Praxis des Jugendamtes und der Polizei beweist es:

Seit Wochen und Monaten laufen Presse- und Polizeikampagnen gegen die Jugendlichen und den SSK. Seit vergangener Woche leben die Jugendlichen des SSK in ständiger Angst: am 1.2.74 drangen gegen 6.00 Uhr ca. 40 Polizisten ins "Hotel Astor" um 2 Mädchen herauszuholen, danach fuhren sie zum Kontaktzentrum in der Vorgebirgsstraße, um ein weiteres Mädchen wegzubringen. Bei diesem Einsatz traten die Beamten Türen ein und mißhandelten Jugendliche, die nur nach dem Grund der Polizeiaktion fragten. Außer Ohrfeigen bekamen die Jugendlichen darauf zur Antwort: "Wir kommen Euch jetzt öfters morgens wecken." Das ist nur ein Beispiel von vielen.

Durch den Entzug der Förderungswürdigkeit soll der SSK liquidiert, das Problem der "Streuner", das der Stadt über den Kopf gewachsen ist, wieder in den polizei-staatlichen Griff bekommen werden. Doch der SSK läßt sich nicht allein durch den Entzug finanzieller Mittel kaputt machen.

Genossen, wir brauchen dringend Eure Solidarität und Unterstützung:

Protestiert und schickt Eure Solidaritätsadressen an den Jugendwohlfahrtsausschuß der Stadt Köln, 5 Köln 1, Schaevenstr. 1 b.

(Aus: Flugblatt des SSK)

NACHRICHTEN/TERMINE

1. aus: Frankfurter Rundschau v. 10.1.1973

Sozialarbeiter dürfen schweigen
STUTTGART, 9. Januar (epd). Die Erweiterung des Zeugnisverweigerungsrechtes auf Sozialarbeiter im Rahmen der Strafrechtsreform dürfte noch in dieser Legislaturperiode Gesetzeskraft erlangen, teilte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Alfons Bayerl, der "Diakonischen Korrespondenz" in Stuttgart mit.

Die kleine Notiz in der Frankfurter Rundschau dürfte bei vielen Sozialarbeitern Erleichterung und ein"Na endlich" hervorgerufen haben. Vor Illusionen muß aber gewarnt werden, das was sich die Sozialarbeiter mit dem Zeugnisverweigerungsrecht erhoffen, nämlich nicht mehr gegen die Interessen ihres"Klientels" vor Gerichten und Staatsanwaltschaften aussagen zu müssen, wird sich nicht erfüllen.
Im Entwurf zum 2. StVRG v. Oktober 1973:

"Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1
Änderung der Strafprozeßordnung
Die Strafprozeßordnung wird wie folgt geändert:
1. § 53 wird wie folgt geändert:
In § 53 Abs. 1 wird nach der Ziffer 3 folgende Ziffer 3 a eingefügt:
"3 a. staatlich anerkannte Sozialarbeiter und staatlich anerkannte Sozialpädagogen über das, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekanntgeworden ist, es sei denn, daß sie die Kenntnis von diesen Tatsachen in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit für ein Gericht oder eine Staatsanwaltschaft (oder eine Behörde) erlangt haben,".

wird zwar der Sozialarbeiter in den Kreis der Zeugnisverweigerungsberechtigten einbezogen, aber durch den folgenden Nebensatz wird die Einbeziehung faktisch wieder aufgehoben.
Das Rechtsreferat (IA) des Senat-s für Familie, Jugend und Sport, Berlin empfiehlt zwar dem "Senat Justiz mit Schreiben vom 13.11.73 dafür einzutreten, daß die in dem Entwurf zur Einführung der Ziffer 3 a in § 53 Abs. 1 die in Klammer aufgenommenen Worte "oder eine Behörde" nicht in den Gesetzentwurf zu übernehmen, da andernfalls das Zeugnisverweigerungs-Recht für die meisten Sozialarbeiter entfallen und der Zweck des Gesetzes nicht erreicht werden würde." Aber auch diese kleine Korrektur wird an der Funktion der Sozialarbeiter, die sie im Interesse der Sozialbürokratie wahrzunehmen haben, nichts ändern. Das geplante verschärfte Dienstrecht (Genscher-Reform zum Öffentlichen Dienst) macht dies ganz deutlich.

Der BDP im Bund Demokratischer Jugend gibt MATERIALIEN ZUR THEORIE UND PRAXIS DEMOKRATISCHER JUGENDARBEIT heraus. Die MATERIALIEN können im Abonnement und als Einzelhefte bezogen werden.

Es liegen vor:

2/3 JUGENDZENTREN - 130 Seiten - Preis: DM 3,50

Das Heft gibt einen Überblick über den Stand der Diskussion und der Auseinandersetzungen in der Jugendzentrumsbewegung und belegt das mit Beispielen aus verschiedenen Jugendzentren.

4/5 IMPERIALISMUS UND WELTPFADFINDERTUM - 96 Seiten Preis: DM 3,--

Das Heft dokumentiert den imperialistischen Charakter der Weltpfadfinderbewegung in der Theorie und Praxis u.a. der Länder Griechenland, Chile, USA, BRD.

6 KLEINBÜRGERTUM - MITTELSCHICHT - NEUE MITTELKLASSE - 56 Seiten - Preis: DM 2,80

Diskussionsbeiträge

Das Heft enthält Beiträge der Klassiker und moderner Autoren, die sich für Schulungsseminare zum Thema Kleinbürgertum eignen.

In Vorbereitung sind:

- Theaterarbeit mit Lehrlingen. Theorie und Praxis proletarischer Kulturarbeit.
- Kinderarbeit. Modelle der Kinderarbeit und deren theoretische Ableitung.
- X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten - Auswertung Auswertung
- Politische Bildung mit Hauptschülern
- Emanzipation durch politische Bildung? (Broschürennachdruck Hess. Jugendring)
- Texte zur Jugendsoziologie

Abonnementpreis für 6 Hefte inkl. Porto DM 15,--.
Einzelpreise von DM 2,-- bis DM 3,50, ab 10 Hefte 10% Nachlaß.
Bestellungen an Bund Deutscher Pfadfinder, 6000 Frankfurt (M) 90, Hamburger Allee 47.

2. aus: Frankfurter Rundschau v. 10.1.1973

KEINE SOZIALHILFE FÜR DEN "UNTERMIETER"

Weil er und seine Braut "wie Eheleute aus einem Topf wirtschaften", hat die Stadt einem Fürsorgeempfänger zu Recht die Sozialhilfe verringert. Das entschied das Verwaltungsgericht, wo der Mann die Kürzung anfocht.
Der abgewiesene Kläger Juan Manuel P. ist staatenlos, kann krankheitshalber nicht arbeiten und lebt in der Wohnung der Braut als deren "Unter-mieter". Vom Sozialamt wurde er zunächst mit dem Regelsatz für einen Haushaltsvorstand unterstützt. Als es dahinter kam, daß er mit der Braut zusammen wirtschaftet, bekam er nur noch denRegelsatz für einen Haushaltsangehörigen, und zwar 148 statt früher 185 Mark. Bis hin zu Teller, Besteck und einem Spirituskocher forschte das Gericht nun in aller Ausführlichkeit, wie es in diesem Haushalt zugeht und Juan Manuel P. sich beköstigt. Er und seine Braut Anita M. versicherten, daß sie strikt getrennte Haushalte führen und er sich selbst koche. Dem stand aber der Bericht eines Sozialarbeiters entgegen, dem das Paar bei einem Besuch arglos erzählt hatte, daß die Partnerin für beide koche, weil man dabei billiger wegkomme.
Dies schien dem Gericht "eher der Wahrheit zu entsprechen" als die heutigen Erklärungen der Verlobten "unter dem Eindruck der zwischenzeitlich erfolgten Kürzung". Daß der Kläger gelegentlich, bei berufsbedingter Abwesenheit der Braut, allein esse, ändere nichts an dem Ergebnis, daß hier eine "eheähnliche Gemeinschaft" bestehe.
Die Stadt hatte auf das Bundessozialhilfegesetz verwiesen, wonach Personen in einer "eheähnlichen Gemeinschaft" bei der Fürsorge nicht besser stehen dürfen als Eheleute. Kulanterweise habe sie nicht auf das Einkommen der Braut abgestellt. Als weitere Sozialhilfe erhält Juan Manuel P. 160 Mark für die Untermiete. (Az.: III 2 E 116/72) he.

3. Treffen der Knast-Gruppen

In Anbetracht der sich ständig verschärfenden Verfolgung und Diskriminierung von Gruppen, die sich um Gefangene kümmern, halten wir es für sinnvoll, ein überregionales Treffen einzuberufen. Auf diesem soll zum einen besprochen werden, wie wir uns gegen die steigenden Verleumdungen und Angriffe durchs Justizministerium und die Anstaltsleitungen zur Wehr setzen können und zum anderen, welche gemeinsamen Aktionsmöglichkeiten für uns bestehen. Es gibt sicherlich viele Probleme, die überall gleich sind und deren Lösung effektiver wäre, wenn sie nicht nur im lokalen, sondern im überregionalen Rahmen diskutiert würden. Das Treffen soll am 23./24.2.1974 in München stattfinden, Samstag 11 Uhr, Treffpunkt Burggrafenstr. 4, Anmeldung an nachfolgende Anschrift: Soziales Selbsthilfekomitee/Knastgruppe, 8 München 80, Burggrafenstr. 4.

4. Emanzipations-Seminar

Vom 12.4. (Karfreitag) bis 15.4.1974 findet in der Universität Frankfurt das zweite überregionale April-Seminar "Emanzipation und politi-

scher Kampf" statt. Das Seminar beginnt um 14 Uhr mit einem Teach-in und wird dann in verschiedenen Arbeitskreisen fortgeführt. Zur Vorbereitung des Seminars wird Anfang März eine Broschüre erscheinen, die u.a. auch das wichtigste aus dem (vergriffenen) Protokoll des ersten Seminars wiedergibt. Die Broschüre ist nach Erscheinen über den linken Buchhandel erhältlich. Genossen aus der Provinz können die Broschüre gegen Voreinsendung von DM 5.-- über die Kontaktadresse beziehen: Heinz Funke, 6 Frankfurt, Marquardstr. 6.

SOZIALISTISCHE AKTION
JUGENDHILFETAG HAMBURG

Nächstes Vorbereitungstreffen
26. - 28. April 1974 in Hamburg

Anmeldungen:

Info Sozialarbeit
im Sozialistischen Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

MATERIALIEN

1.) Dokumentation über das "Arbeiterjugendzentrum", die Brackweder Hausbesetzung und die Bewegung um das AJZ. Erhältlich bei: Jugendlokal Johannislust, 48 Bielefeld, Kochstr. 12

2.) Dokumentation: - SSK vom Verbot bedroht -
SSK, 5 Köln 1, Vorgebirgstr. 5

3.) Schriftenreihe Humanes Wohnen
Material 1 Wohngruppenplattform 1973 DM 1.--
" 2 Großfamilie-Wohngemeinschaft-Kommune (Vortrag v. P. Brückner 14.2.73) DM 1.50
" 3 Literaturliste: Familie, Wohnen, Gruppe DM -.50
" 7 Formen kollektiver Erwachsenenbildung in Dänemark DM 1.50
zu beziehen gegen Materialpreis + Porto in Briefmarken voraus bei: Humanes Wohnen e.V., 2 Hamburg 67, Buckhorn 3 Organisation Hamburger Wohngruppen

4.) Informationsdienst Bürgerinitiativen
Herausgeber: AKB, 6 Ffm., Wittelsbacherallee 60

5.) Bericht über die Entwicklung und Arbeit des SPAK Konstanz mit besonderer Berücksichtigung der vom Arbeitskreis getragenen Wohngemeinschaft:
SPAK 775 Konstanz, Neuhauserstr. 12

6.) Journal G 1 Dokumentationen zu Problemen ausländischer Arbeitnehmer
Heft 1: Berichte zum Thema: Politik/Ökonomie, Ausländerrecht, Betriebe, Kirchen, Schulen
Heft 2: Politik/Ökonomie, Kriminalität, Schulen, Sozialpolitik, Kirchen
Heft 3: Selbstverwaltung im kommunalen Bereich
zu beziehen bei: Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer 7 000 Stuttgart 1, Schlosserstr. 36

7.) Theoretisches Konzept einer sozialistischen Jugendarbeit
- Zur Situation der Lehrlinge u. Jungarbeiter in Familie u. Freizeit -
zu beziehen bei Rainer Steffen, 1 Berlin 65, Martin-Opitz-Str. 5

8.) Schulungsmaterial in der Reihe "Materialien der AG SPAK" ist die Materialmappe m 15, Zur Funktion der Sozialarbeit erschienen, Weiterhin sind noch lieferbar: m 9 Marxismus und Psychoanalyse - m 10 Zur Staats- und Rechtstheorie - m 11 Zur Vorschulerziehung - m 13 Transkulturelle Psychologie - m 14 Zur Obdachlosigkeit -

m 16 Zur Fürsorgeerziehung. Informationen über Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise, Bundesgeschäftsstelle, 8 München 15, Postfach. Lieferung nach Überweisung von je 3.- DM auf Postscheckkonto München 20547-808.

9.) Politischer Kalender 74 Posterformat DIN A 2, 24 Blätter, DM 8.-. HfbK-Gruppen-Produktion Berlin. Grafiken, Fotos, Montagen, Dokumente. Thema: Gewalt von oben, Gegenwehr von unten. An Beispielen: Lehrlingsausbildung, Kindererziehung, Gastarbeiter, Strafvollzug, Stadtsanierung, Umweltzerstörung u.a. Bestellungen an: Prolit-Buchvertrieb, 63 Gießen, Steinstr. 37, oder Spartakus-Vertrieb, 2 Hamburg, Von Melle Park 17.

10.)"links", Jahrgang 1973 Die Ausgaben 40-50 "links" (Jahrgang 73) sind gebunden erhältlich zum Preis von DM 25.- gegen Vorausrechnung. Der Preis setzt sich zusammen aus den Jahresabonnementsgebühren von DM 15.- und DM 10.- für Einbindekosten. Lieferbar ab 10. Dezember. Verlag 2000 GmbH., 605 Offenbach 4, Postfach 591.

11.)T H I N G

Zeitschrift zur Praxis und Theorie fortschrittlicher Jugendarbeit
Heft 1/2 - Zur Praxis fortschrittlicher Jugendarbeit (Gruppenarbeit-Entscheidungsspiel-Jugendzentren-Bravo-Analyse)
- Zur Theorie der Jugendarbeit (Thesen über sozial.Jugendarbeit, Sexualpädagogik. Disziplinierung durch den Bundesjugendplan)
- Materialien, Tips, Praxishilfen

THING erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo. mind. DM 7.50/ Einzelheft DM 1.50, Doppelheft DM 2.--
Redaktion: H. Schulz, 1 Berlin 47, Neuköllnerstr. 216

12.)Wir bieten unsere Arbeitsmaterialien von den Projektbereichen Ausländische Arbeiter und Dritte Welt an. Materialliste kostenlos auf Anforderung bei Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Studenten- und Hochschulgemeinden, 53 Bonn, Rheinweg 34.

13.)Die Sozialistische Basisgruppe Medizin Münster hat zur Kritik der medizinischen Soziologie eine Broschüre veröffentlicht. Sie befaßt sich u.a. mit: Krankheit im Verhältnis von Gesellschaft und Natur; Organisatorische Bewältigung von Krankheit; Kritik des Lernzielkatalogs medizinischer Soziologie; Politische Einschätzung der medizinischen Soziologie. Bestellungen (DM 0,60 in Briefmarken beilegen): E. Holstiege, 44 Münster, Eifelstr. 12.

14.)"Knast", Zeitung der Knastgruppe des Sozialen Selbsthilfe-Komitees, 8 München 80, Burggrafenstr. 4 (Nr. 1 und 2/3 gegen DM 2.50 in Briefmarken).

15.)"Psycho-Info", Informationsdienst des Projektbereichs "Psychisch Kranke" der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise, 8 München 15, Postfach (Info 3 gegen DM 1.-- in Briefmarken).

16.)Aktuelle Broschüre zu den Prozessen in Spanien über Wolfgang Kroner, 8 München 80, Postfach 801027 (DM 0,60 in Briefmarken beilegen).

17.)Wir brauchen dringend aufgearbeitetes Material über die "Neue Heimat" und über die "Niedersächsiche Heimstätte". Schickt es bitte an Aktionsgruppe zur Wohnungsfrage, 34 Göttingen, Nikolausbergerweg 9 (AStA-Uni-Sozialreferat).

18.)Broschüre "Opel streikt" - Ausbeutung und Kämpfe bei Opel 1973. Behandelt wird: Streik 1973, Politische Organisationen beim Streik, Kampf gegen Entlassungen; Opel/General Motors, Überproduktions-Krise; Profitanalyse; Lohn; Gewerkschaftliche Auseinandersetzungen; SPD und Staatsorgane u.a. 200 Seiten, Einschließlich Versandkosten DM 5.-- (in Briefmarken beilegen): Projektgruppe Ruhrgebietsanalyse 463 Bochum, Lennershofstr. 66/8.

19.)Kurzdokumentation "Wir vom Tommy Weissbecker Haus" (gegen DM 1.- in Briefmarken): Weissbecker-Haus, 1 Berlin 61, Wilhelmstr. 9.

20.)Nachrichtendienst der Gefangenenräte. Pressedienst und Kommunikationstitel der Gefängnisbewegung. Texte von einzelnen Gefangenenräten und Gruppen von Gefangenen in den Anstalten, internationale Nachrichten der Gefängnisbewegung, Berichte aus den Gefängnissen, Psychiatrischen Anstalten und Fürsorgeanstalten der BRD. Abonnement bei Vorauszahlung für 3 Nummern DM 6.--. Gefangenenrat Frankfurt, c/o Büro Goller, 6 Frankfurt, Glauburgstr. 75 a.

21.)Interessenvertretung der Sozialbürokratie aufgezeigt am Beispiel der Erziehungsberatungsstelle und der schwarzen Liste, gegen Vorauszahlung von DM 5.-
Jürgen Hargens 235 Neumünster, Wasbekerstr. 190

22.)AMOS-Kritische Blätter aus Westfalen - Heft Dezember 1973
Inhalt: Protokoll des Amos-Gesprächs zum Thema: Jugendarbeit
Zu den Streiks im Herbst 1973
Prozeß gegen Pastor Martin Schröter etc.
zu beziehen bei: Amos, 463 Bochum , Lennershofstr. 66 B 8

23.)"Rote Rübe" - Lehrerzeitung der Projektgruppe Berufspraxis des Lehrers (BBL) Aachen. Einzelversand über Buchladen Babula, 51 Aachen, Pontstr. 133 (DM 1.-- in Briefmarken beilegen).

24.)Der Bund Deutscher Pfadfinder bringt eine neue Reihe "Materialien zur Theorie und Praxis demokratischer Jugendarbeit" heraus. Zur Zeit liegen folgende Hefte vor: Jugendzentren, 130 Seiten, DM 3.50; Imperialismus und Weltpfadfindertum, 96 Seiten, DM 3.-; Kleinbürgertum - Mittelschicht - Neue Mittelklasse, 56 Seiten, DM 2.80. Weitere Informationen über die Reihe und Bezugsadresse: Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend, 6 Frankfurt 90, Hamburger Allee 47.

25.)Die vom AStA-Auslandreferat der Uni Heidelberg zusammengestellte Dokumentation zur Ausweisung von Karen S. Bixler (siehe "links" Nr. 50) ist erhältlich über Buchhandlung Burkhard, 69 Heidelberg, Marstallstr. 11 a.

26.)Neues Forum Heft 240/Dezember 1973:
Gefängnis: Staat der Gewalt
Inhalt: u.a. Theorie der Gefängnisarchitektur
Jugend in Kaisheim-Dokumente
Herz- u. Hirnwäsche-Beschreibung v. Isolationserscheinungen
Soziale Isolation und sensorischeDeprivation
Politische Gefangene in der BRD
Literaturhinweise
zu beziehen: über Buchhandlungen

27.)H E Z (berliner heimerzieher zeitschrift) Nr. 15 ist erschienen:
Inhalt: Senat diszipliniert Heime, Kindersexualität im Heim u.a.
Bezug: HEZ-1 Berlin 61, Urbanstr. 126 Flur Preis: DM 1.50.

KLEINANZEIGEN

FHS-Student sucht für seine Examensarbeit Kontakte, Materialien u. Literatur zum Thema: Sozialarbeit im Betrieb
Thomas Schwarz 4 Düsseldorf, Binterimstr. 34

FHS-Student sucht Materialien/Stellungnahmen zum Zeugnisverweigerungsrecht
H.-Joachim Ferber 433 Mülheim, Zechenbahn 81

FHS-Student sucht für seine Examensarbeit Kontakte, Materialien, Literatur zum Thema: "Antikapitalistische Jugendarbeit" - Unterschiede zwischen bürgerlicher u. proletarischer Jugendarbeit
Alfred Büchele 7411 Ohnastetten, Kohlstetterstr. 27

Diplom-Psychologe sucht neues Tätigkeitsfeld, das über bloße "Reparatur-Psychologie" hinausgeht. Evtl. Ausbildung und Weiterbildung für soziale Berufe, Erwachsenenbildung. Adresse: Georg Rammer, 74 Tübingen, Karlstr. 5

Bürgerinitiativen: Für eine Umfrage zu einer wissenschaftlichen Arbeit zum Thema "Partizipation oder Akklamation" werden Anschriften von Bürgerinitiativen gesucht. Adresse: ".P. Turczak,`6331 Garbenheim, Im Stiegel 10.

Erfahrungsberichte: Zusammenarbeit mit Behinderten (körperlich, geistig, lernbehindert) und deren Eltern: GWA-Team sucht dringend Erfahrungsberichte (auch Statistiken; z.B. über Zusammenhang: Behinderung - soziale Schicht - Straffälligkeit). Kontaktadresse: Horst Przytulla, 8 München 60, Fritz-Berne-Straße 52.

Jugendfreizeitzentrum: Für ein Jugendfreizeitzentrum in Lingen (Ems) wird ein Sozialpädagoge und ein Sozialarbeiter gesucht. Näheres über: Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Lingen, 445 Lingen, Ludwigstraße/Falkenheim.

Jugendwohnkollektiv: Wir suchen zum 1.4.74 einen engagierten Sozialarbeiter (mit Heimerfahrung) für anlaufendes Projekt: Wohnkollektiv mit Fürsorgezöglingen (6 Jugendliche und 2 Sozialarbeiter) in Münster. Nähere Informationen: Verein für soziale Jugendarbeit e.V. 44 Münster, Staufenstraße 7.

Schule-Elternhaus: Welche Gruppe oder Einzelperson hat sich schon mal mit der Kooperation zwischen Schule und Elternhaus (vor allem in Arbeitervierteln) beschäftigt? Schickt bitte vorhandene Unterlagen und Materialien an "Projekt Kooperationsmodell Schule-Elternhaus", Uni Bielefeld, Fakultät PPP, 48 Bielefeld, Roonstr. 25. Auf Wunsch werden Unkosten erstattet.

Sozialarbeiter und Diplom-Psychologe für Modellversuch sozialpädagogischer Jugendarbeit an Gesamtschule Kassel-Walfau für die Dauer von drei Jahren gesucht. Kontaktadresse: Peter Bauche, 3501 Fuldabrück, Neue Straße 30.

Für Arbeit mit Obdachlosen sucht Sozialpädagogikstudent Erfahrungsberichte und Materialien von Gruppen. Adresse: Helmut Ortner, 6142 Bensheim-Auerbach, Darmstädter Str. 151.

Gruppe von FHS-Studenten (Gruppe-Team-Kollektiv) sucht Materialien zum Themenbereich mögliche Organisationsformen der Sozialarbeit und ihre Verwirklichungsmöglichkeiten aus antikapitalistischer Sicht in der Praxis. Adresse: Helmut Czekalla, 4 Düsseldorf-Eller, Schloßstr. 14 (Wohnheim II).

Unser Jugendzentrum kann nicht eröffnet werden, weil wir noch keinen Sozialarbeiter bzw. -pädagogen haben. Wer möchte nach Lahr/Schwarzwald (40 000 Einwohner) kommen? Kontaktadresse: Joachim Hager (DJD), 763 Lahr, Bürklinstr. 59.

Wir beabsichtigen, im Heinrich-Jasper-Haus neben der offenen Jugendarbeit, Veranstaltungen im Rahmen eines "Zentrums junger Sozialisten" durchzuführen. Der pädagogische Leiter soll dabei vor allem mit dem Bezirks- und Stadtkreisvorstand der sozialistischen Jugend zusammenarbeiten. Bewerben können sich Sozialarbeiter, Jugendgruppenleiter, Pädagogen, Sozialpädagogen, Lehrer oder Praktiker der Jugendarbeit. Adresse: Sozialistische Jugend Deutschlands, Bezirksvorstand Braunschweig, 33 Braunschweig, Schloßstr. 8.

Wir, die Jugendlichen im unabhängigen Jugendzentrum Glocksee (Hannover) suchen schnellstmöglich einen Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen, der am Aufbau unseres Zentrums mitarbeitet, konkret mit zupackt, um gemeinsam mit uns die anstehenden Probleme zu lösen. Man kann bei uns auch ein Hochschulpraktikum absolvieren. UJZ-Glocksee, 3 Hannover, Glockseestr. 35, Telefon 0511/18774.

Sozialpädagoge, 7. Semester, IG-Metall-Mitglied, sucht für viermonatiges Blockpraktikum eine Stelle im Bereich der politischen Jugendbildung (vorzugsweise Gewerkschaften) ab sofort oder später. Adresse: Erich Walz, 74 Tübingen, Linsenbergstr. 44.

Sozialwirt (grad.), Soziologie, VWL, BWL und öffentliches Recht, 26 Jahre, 2. Bildungsweg, Examen April 74 an der Hochschule für Wirtschaftspolitik in Hamburg, sucht Tätigkeit in den Bereichen Erwachsenenbildung, Sozialarbeit o.ä. Vier Jahre berufliche Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung. Adresse: Detlef Gehrkens, 2 Hamburg 19, Osterstr. 122.

Drei Sozialarbeiter/innen suchen ab April/Mai 74 in Westberlin Stellen in der Jugendarbeit mit Ansätzen zur Teamarbeit, da dort Erfahrungen vorhanden. Telefon: 030/391 26 87 oder 87 80 09.

Sozialpädagoge sucht zum Anfang 1974 eine Praktikumstelle. Studiere Sozialpädagogik im dritten Semester und bin im Bereich der Jugendarbeit an einer politischen Arbeit mit Jugendlichen (Lehrlingen) interessiert. Adresse: Gottfried Weise, 7411 Ohnastetten, Kohlstetterstr.27.

Sozialarbeiter sucht Kontakte/Materialien zum Thema Berufsverbote/Disziplinierungen im Sozialbereich
B. Wischmann 403 Ratingen-Eckamp, Otto-Hahn-Str. 3

FHS-Studentinnen suchen für ihre Examensarbeit Literatur u. Erfahrungsberichte zum Thema: Situation von älteren Schulkindern in Neubaugebieten - Marianne Philipps 4 Düsseldorf, Brunnenstr. 30.

Welcher Sozialarbeiter/Pädagoge (bzw. Student) schickt uns Erfahrungsberichte aus seiner Tätigkeit in einer Gesamtschule
Monika Wohlfahrt, 4811 Leopoldshöhe 1, Am Steinsiek 5 a

FHS-Student (Sozialpädagogik 4. Semester) sucht Praktikumsstelle in einem Kinder- oder Jugendheim ab Anfang Mai - Dieter Genreith, 51 Aachen, Kalverhenden 76.

Zum Thema: Funktion u. Bedeutung der Erziehungsberatungsstellen in der Gesellschaft der BRD sucht Material (Klientel, Einstellungen und Vorstellungen der Mitarbeiter, Frage d. Effektivität etc.)
Anne Hofmann, 355 Marburg, S-udetenstr. 6

Dissozialität Wir suchen für den Unterricht mit dissozialen, drogengefährdeten Jugendlichen Unterrichtseinheiten für alle Fächer der Volks- und Realschule, sowie Vorschläge, Ideen, Anleitungen für Lernspiele etc. Wer kann uns solches zur Verfügung stellen oder mitteilen, wo man es bekommen kann? Kontaktstelle für Jugendliche, c/o V. Knigge, 34 Göttingen, Goßlerstr. 23, Telefon 57957.

Student (Sozialwissenschaften) sucht für seine Diplomarbeit Kontakte und Materialien aus dem Bereich Jugendwohngemeinschaften u. heilpädagogische Kinderheime. Hans Dürr, 34 Göttingen, Nikolausbergerweg 32.

Studentin sucht Ma terial zur Analyse der Situation der Sozialarbeit in Jugendämtern. Gisela Wessel, 75 Karlsruhe, Kaiserstr. 36 a.

Informationsmaterial gesucht: Gemeinwesenarbeit, Sozialistische Zentren, Stadtteilarbeit, Elterninitiativen. Regina Hubrich, 44 Münster, Coerderliekweg 81.

Material für Examensarbeit gesucht: Thema: 1. Häuser der offenen Tür ihre Funktionen und ihre Bedeutung für die Arbeit mit nicht organisierten Jugendlichen. 2. Mitbestimmungsmöglichkeiten, Mitbestimmungsfähigkeit u. Persönlichkeitsentwicklung im Gruppenleben von Wohngemeinschaften (FE/FEH-Jugendliche). Christel Menebröker, 44 Münster, Wienerstr. 14.

Wir suchen Stellen für das Berufspraktikum!!! 5 Erzieher suchen für das Berufspraktikum ab September 1974 Arbeitsstellen für den Praxisbereich Kinderarbeit (Abenteuer spielplätze, Kinderladen, Kinderzentrum, Kindertagesstätte). Regina Hacke, 3578 Schwalmstadt 1, Industriestr. 7

4 Sozialarbeiter/Sozialpädagogen suchen Stelle für ihr Berufspraktikum ab Herbst 1974 in der Jugendarbeit (Jugendzentren, Jugendwohnkollektive etc.) Hans-Diebold Maurer, 78 Freiburg, Heinrich-v.Stephanstr. 16.

Material und Kontakte für Examensarbeit gesucht: Thema: Pädagogische Möglichkeiten und Grenzen studentischer Obdachlosenarbeit.
Lutz Wedel, 63 Gießen, Liebigstr. 68

AUFRUF ZUR SOZIALISTISCHEN AKTION JUGENDHILFETAG HAMBURG 8. - 11. SEPTEMBER 1974

Nach 2jährigem Zögern veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) den 5. Jugendhilfetag in Hamburg. Die Analysen der Sozialistischen Aktion 4. DJHT hatten das Bündnis der Verbände mit der herrschenden Klasse aufgedeckt und deutlich gemacht, daß die unterprivilegierten Jugendlichen eine konsequente Vertretung ihrer Interessen von denjenigen Institutionen nicht erwarten konnten, die an ihrer Deklassierung mitwirken. Zielscheibe der Sozialistischen Aktion war die janusköpfige Politik der Träger der Sozialarbeit, die ihre Mitarbeiter mit dem Appell an den pädagogischen Idealismus zusätzlich ausbeuten und durch miserable Arbeitsbedingungen den individuellen Arbeitseinsatz der Erzieher und Sozialarbeiter etc. sabotieren. Politisches Ergebnis des JHT:
Die Entstehung mehrerer sozialistischer regionaler und überregionaler Organisationsansätze im Sozialbereich.

In dem Maße wie sich in den letzten Jahren die Klassenauseinandersetzungen in der BRD verschärften,ist das politische Bewußtsein der Sozialarbeiter gewachsen. Das zeigt sich in der solidarischen Unterstützung beim Wohnungs- und Stadtteilkampf und in der schwindenden Bereitschaft der Sozialarbeiter, sich kritiklos der Sozialbürokratie zu unterwerfen. Angesichts der ökonomischen und politischen Krisen, des wachsenden Widerstandes der Arbeiter und Angestellten gegen den Raubbau an ihrer Arbeitskraft, gegen die Steigerung der Arbeitshetze, gegen Entlassungen, Inflation und Lohndrückerei, gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen ist der staatliche Interventionsapparat heute immer mehr gezwungen, die Unterdrückungs- und Disziplinierungsinstrumente staatlicher Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen auszubauen, um die kapitalistischen Produktionsbedingungen zu erhalten und das Steigen der Profite zu sichern:
Politische Polizei kontrolliert in den Betrieben Arbeiter, die für die Verbesserungen von Arbeitsbedingungen kämpfen, Spezialeinheiten der Polizei zerschlagen Wohnkollektive und räumen als Handlanger privater Baulöwen besetzte Häuser.

Von der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen bleiben die Sozialarbeiter und Erzieher nicht ausgenommen. Sie werden ebenso wie fortschrittliche Arbeiter, Jugendvertreter, Vertrauensleute, Lehrer, Juristen etc. in ihren Tätigkeitsfeldern diszipliniert und mit Entlassungen und Berufsverbot bedroht.

Die Widersprüchlichkeit der Sozialarbeit als Versorgungs- und Disziplinierungsinstrument staatlicher Politik, die reale Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse greift die AGJ ebensowenig auf wie die aktuellen Kämpfe der Arbeiterbewegung und die

politischen Konflikte im Sozialbereich.
Das Thema für den Hamburger Jugendhilfetag:
"Jugend und Recht"
wurde von der AGJ gewählt, da eine "umfangreiche Neukodifizierung des Jugendgesetzgebungsbereiches ansteht, auf die man mit der breitesten Ebene des Forums Jugendhilfetag reagieren sollte".
Der Jugendhilfetag hat für die etablierten "Verwalter der Jugend" eine wichtige Funktion. Aus den vorgesehenen Fragestellungen und dem geplanten Ablauf geht hervor, daß der JHT der scheindemokratischen Legitimation der Jugendpolitik der Regierungen und der Verbandsführungen dient und zugleich die Loyalität der "Fachbasis" gegenüber dem bürgerlichen Staat sicherstellen soll. Er soll den Eindruck entstehen lassen, die Masse der mit Kindern und Jugendlichen beruflich befaßten Sozialarbeiter und Sozialpädagogen könne bei der "hohen Jugendpolitik" mitreden und mitentscheiden.

Die vorgesehenen Themenbereiche in den 4 Sozialisationsfeldern:

- Familienerziehung
- Außerfamiliäre Erziehung
- Freizeit und außerschulische Jugendarbeit
- Ausbildung und Beruf

zielen auf eine "Verrechtlichung" und "Verfachlichung" der Diskussion und damit auf die Leugnung materieller Interessen und die Verharmlosung und Neutralisierung gesellschaftlicher Widersprüche ab.

Die Aufsplitterung des Jugendhilfetages in kleinste Diskussionszirkel wird mit dem Bedürfnis vieler Sozialarbeiter nach überregionalem Erfahrungsaustausch legitimiert, zielt aber darauf ab, die Artikulation gemeinsamer Interessen und ihre Durchsetzung zu verhindern.

Aufgabe der SOZIALISTISCHEN AKTION ist es:
- Den scheindemokratischen Charakter des Jugendhilfetages zu entlarven.
- Die "fachlichen" Fragestellungen der AGJ in ihrem politischen Zusammenhang zu diskutieren.
- Den Jugendhilfetag zu benutzen, sozialistische Jugendpolitik darzustellen und den Organisationsprozeß der im Sozialbereich Tätigen voranzutreiben.
- Auf dem Jugendhilfetag den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen.

Wir fordern auf:

- Kommt zum Jugendhilfetag in Hamburg
- Bildet regionale Vorbereitungsgruppen
- Erzwingt in den Dienststellen Diskussionen zum Jugendhilfetag
- Kommt zum nächsten Vorbereitungstreffen nach Hamburg

Kontaktadresse: INFO SOZIALARBEIT IM SOZIALISTISCHEN BÜRO
605 Offenbach, Hohe Str. 28, Postfach 591

LESERZUSCHRIFTEN

Einschätzung der "zentralen Arbeitstagung" am 10./11. März 73

1) Die Arbeitstagung war von den Teilnehmern und den Veranstaltern nicht ausreichend vorbereitet.
Die Arbeitstagung war geplant vor allem, um die Diskussion über das Info-Sozialarbeit überregional zu führen und zu Schlußfolgerungen über seine Gestaltung und seine Möglichkeiten zu kommen. Eine solche Diskussion setzt aber voraus, daß die politische Linie des Sozialistischen Büros (=SB), von der die Notwendigkeit eines solchen Infos abgeleitet wird, allen Teilnehmern bekannt ist.
Das Info wird vom Redaktionskollektiv im SB als Kommunikations- und Koordinationsmedium verstanden. Es hat keine politische Plattform mit einer eindeutigen Zielperspektive und Abgrenzung zu anderen linken Gruppen zur Grundlage. Das SB meint, daß in der jetzigen Situation eine solche Plattform erst aus den konkreten Kämpfen am Arbeitsplatz, im Wohn- und Freizeitbereich entwickelt werden muß. Die Plattform, welche dann die Verallgemeinerung konkreter Erfahrungen solcher Kämpfe darstellen wird, setzt voraus, daß Erfahrungen erst ausgetauscht werden müssen. Diese Einschätzung war uns nicht bekannt. Es ist unser Fehler, daß wir uns nicht rechtzeitig vor der Tagung mit dieser Einschätzung beschäftigten. Es ist der Fehler der Veranstalter, daß sie dieses Problem auf der Tagung nicht sahen.

2) Die Arbeitstagung litt an unterschiedlichen und überwiegend diffusen Erwartungshaltungen.
Man konnte folgende Haltungen feststellen:
- Studenten, die mit anderen Studenten einen Erfahrungsaustausch über Formen von Projektpraxis und deren Stellenwert in der Ausbildung wollten, und dazu Ratschläge und Meinungen von Sozialarbeitern hören wollten.
- Sozialarbeiter, die mit anderen Sozialarbeitern über Möglichkeiten, das Sozialarbeiterdasein mit sozialistischem Anspruch zu verbinden, reden und Erfahrungen austauschen wollten. Dabei kam die unterschiedliche Rolle einer sozialistischen Praxis für Studenten im Projekt und Sozialarbeiter zutage: einmal, die unterschiedliche zeitliche und physische Belastung, dann, das unterschiedliche theoretische Anspruchsniveau, und schließlich die unterschiedliche Beweglichkeit im Hinblick auf institutionelle Zwänge.
- Studenten und Sozialarbeiter, die von einem Erfahrungsaustausch eine Klärung des politischen Hintergrundes der Praxis erwarteten und an einer Diskussion über politische Linien und Organisationsformen Interesse hatten.
- Studenten und Sozialarbeiter, die über Schwierigkeiten, zu einer ge-

meinsamen Kommunikationsebene zu kommen, sowie über mögliche Lösungen dafür, sprechen wollten.

3. Die Aufgaben, die sich einem Info-Sozialarbeit stellen

a) Verbesserung der Kommunikation und Koordination sozialistisch orientierter Gruppen und Einzelkämpfer auf regionaler Ebene: Es hat sich gezeigt, daß selbst in geographisch naheliegenden Gebieten überhaupt keine Verbindung untereinander besteht. Das ist jedoch die Voraussetzung für eine überregionale Kooperation.
b) Verbesserung der Kommunikation zwischen Sozialarbeitern und Studenten: solange eine gemeinsame Ebene der Zusammenarbeit hier nicht erreicht wird, solange wird auch ein Bündnis mit der Arbeiterklasse illusorisch bleiben.
c) Eine Aktivierung und Anpolitisierung von solchen Sozialarbeitern, die in ihrem Beruf den Konflikt zwischen ihrer Helferrolle, die sie in der Ausbildung verinnerlicht haben, und der faktischen Rolle eines kontrollierenden und disziplinierenden Instruments der Behörde wahrnehmen, jedoch noch nicht politisch wenden können. Die Verbreiterung von Gruppen innerhalb der Sozialinstitutionen ist vor allem nötig, um der Korrumpierung durch die institutionellen Zwänge und der Angst, begrenzte Risiken einzugehen, entgegenzuwirken.
d) Eine Bestimmung der Arbeitsfelder in- und außerhalb der Institution. Bestimmung der Widersprüche, die dort auftreten und daraus resultierende Konflikte, um Ansatzpunkte für unsere Arbeit zu entwickeln.
e) Eine Diskussion der verschiedenen Organisationen der Arbeiterklasse: denn letztlich bleibt eine Tätigkeit im Reproduktionsbereich reformistisch, wenn nicht zugleich die Verbindung mit dem Produktionsbereich hergestellt wird, mit dem Bereich, in dem die Fronten klar sind und wo letztlich die Machtfrage gestellt wird.
f) Ansätze einer sozialistischen Arbeit in diesem Praxisfeld in den Ausbildungsstätten bekanntgeben und diskutieren.
g) Die Zusammenfassung der auf den einzelnen Ebenen unterschiedlich auftretenden Widersprüche, also Erweiterung des Blickwinkels über den Rahmen der Kämpfe im Bereich der Sozialarbeit hinaus für Lehrer, Arbeiter etc.

Die Mittel bzw. Arbeitsformen, die ein Info dazu in Gang setzen kann:
1) Tagungen 2) Papiere 3) Aktionen

AG Karolienenviertel, Hamburg

ZUR ORGANISATION DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

Am 3./4. November 1973 fand in Frankfurt eine erweiterte Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros statt. Zu dieser Tagung wurden vom Büro drei Papiere vorgelegt:
1) Zur Entwicklung und den Aufgaben des Sozialistischen Büros,
2) Informationen und Zahlen zum Sozialistischen Büro,
3) Entwurf eines organisatorischen Rahmens der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro.

An der erweiterten Arbeitsgruppentagung beteiligten sich etwa 200 Genossinnen und Genossen, - Mitglieder der seitherigen Arbeitsgruppe, Genossen, die bereits kontinuierlich in Projekten des Sozialistischen Büros mitarbeiten, Vertreter von Gruppen, die im politischen Zusammenhang des Sozialistischen Büros arbeiten oder mit dem Büro eng kooperieren.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Organisationsfrage des Sozialistischen Büros, die auf dem Hintergrund der vorgelegten Papiere diskutiert wurde. Die Diskussion spiegelte im wesentlichen die in den Papieren gegebene Einschätzung wider, daß der bisherige organisatorische Rahmen des Büros heute nicht mehr ausreicht, um eine kontinuierliche praktische und theoretische Diskussion und Zusammenarbeit derjenigen Genossen und Gruppen, die mit dem Sozialistischen Büro verbunden sind, sicherzustellen. Deshalb konzentrierte sich die Diskussion im Verlauf dieser Tagung zunehmend auf den vorgelegten organisatorischen Rahmen, der zu Ende der Tagung per Abstimmung beschlossen wurde.

ZUR ENTWICKLUNG UND DEN AUFGABEN DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

Die nachfolgende Ausarbeitung wurde von Genossen im Frankfurt/Offenbacher Kreis des Sozialistischen Büros verfaßt und der erweiterten Arbeitsgruppensitzung am 3./4.11. in Frankfurt vorgelegt. Der Text faßt die Entwicklung und den heutigen Stand des Sozialistischen Büros zusammen und sollte die weitere politische Arbeit sowie den (inzwischen von der erweiterten Arbeitsgruppentagung verabschiedeten) organisatorischen Rahmen des Sozialistischen Büros begründen.

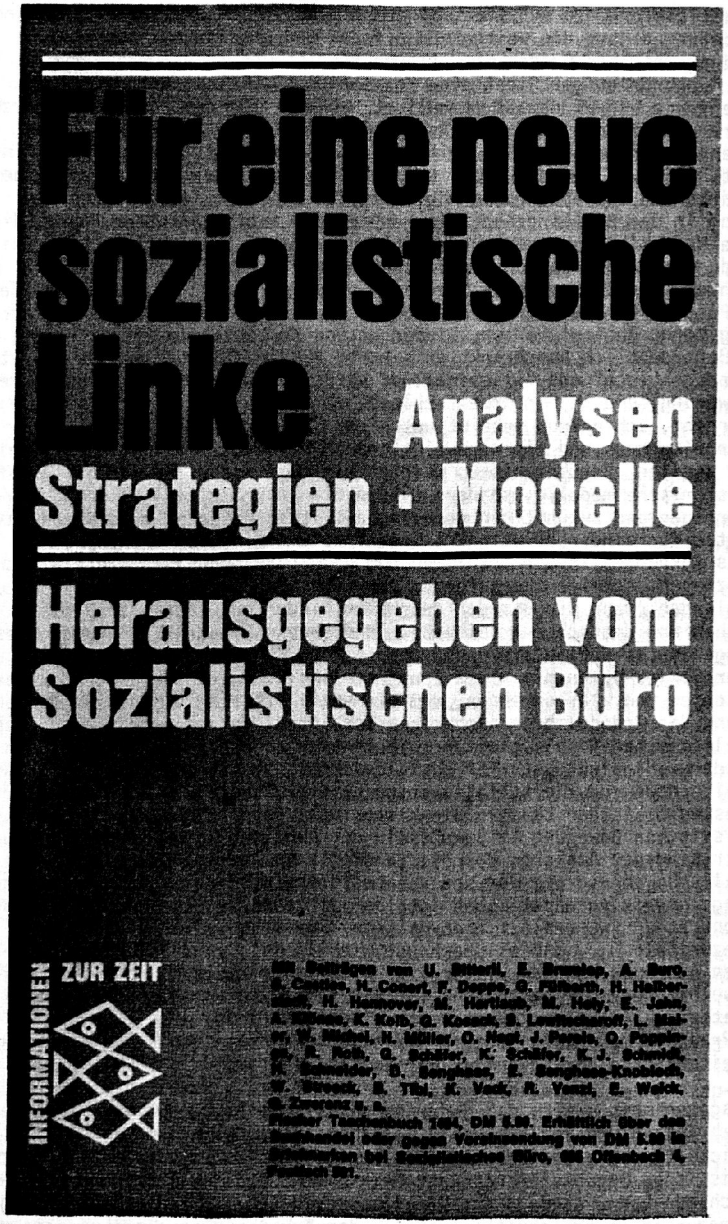
Die Genossen, die bisher die "zentralen" politischen und organisatorischen Funktionen des Büros wahrgenommen haben, halten es für dringend notwendig, die politische Arbeit des Büros qualitativ und quantitativ auszuweiten und einen organisatorischen Rahmen zu finden,

der seinen Aufgaben wirkungsvoller gerecht wird als das bisher der Fall war. Wir müssen zu Formen der politischen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung gelangen, in denen die Projekte und die allgemeinen Aufgaben des Büros, seine berufsspezifischen und regionalen Ansätze ebenso wie die allgemeine politische Diskussion und Organisation, miteinander verknüpft und intensiviert werden. Wir halten es für richtig, die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro als ein arbeitendes Organ auszubauen, um die politische Diskussion und Koordination sowie die Kooperation mit nahestehenden Gruppen zu verstärken. Die unten vorgeschlagenen Regelungen sollen dafür einen Rahmen schaffen.

Wir sind längst darüber hinausgewachsen, lediglich diskutierende Publikationsorgane oder nur ein "technisches" Büro zu sein, das Informationen und Kontakte vermittelt oder Materialien verteilt. Aber unsere interne organisatorische Struktur, Arbeitsteilung und politische Kommunikation blieb bisher hinter den tatsächlichen Aufgaben zurück. Die Aktivität und die Zahl derjenigen Gruppen und Genossen, die ihre politische Arbeit im Zusammenhang des Sozialistischen Büros, seiner Projekte und Publikationen, sehen, ist seit zwei Jahren ständig angestiegen. Auch das Wirkungsfeld und der politische Einfluß der Argumentation des Büros, seiner Veröffentlichungen und Kampagnen, haben sich innerhalb der linken Bewegung der Bundesrepublik rasch ausgeweitet. Wenn wir daher als eine besondere politische Strömung angesehen werden, dann durchaus zu Recht. Wir täuschen uns jedoch nicht darüber hinweg, daß viele Gruppen, die sich mehr oder weniger auf das Sozialistische Büro beziehen, durch eine oft große Heterogenität oder auch Unbestimmtheit gekennzeichnet sind. Diese Breite, Offenheit und zum Teil auch Unsicherheit drückt aber nicht nur einen Nachteil mangelnder politischer "Vereinheitlichung" aus, sondern ist gerade gegenwärtig auch ein Vorteil; sie entspricht dem wenig entwickelten Niveau der Klassenkämpfe, einer nicht ganz verlorenen Einheit der Linken, und vor allem bringt sie die Entwicklungs- und Lernfähigkeit einer Bewegung zum Ausdruck, die ihrem ansatz- und versuchsweisen Charakter entsprechend sich Offenheit, Solidarität bewahrt hat und sich weigert, vorschnelle und heute notwendige abstrakte Konzepte als verbindliche Programme hinzustellen und aufzuzwingen.

Das Sozialistische Büro wurde im Frühjahr 1969 zu einem Zeitpunkt gegründet, an dem drei politische Tendenzen sich deutlich abzeichneten: das Auseinanderfallen der antiautoritären Bewegung in einem unvermeidlichen Desillusionierungsprozeß und die sich gleichzeitig abzeichnenden sektiererischen Reaktions- und Organisationsbildungen; eine reformistische Wendung bedeutender Teile der antiautoritären Bewegung durch die strategische Bindung an die SPD; der Versuch der DKP, als "einzige Partei der Arbeiterklasse", die Protestbewegung aufzufangen, dabei aber jene alten und neu entdeckten Inhalte des Sozialismus/Kommunismus, die nicht ihrer "marxistisch-leninistischen Ideologie", ihrer politischen Funktion und strategisch-taktischen Konzeption integrierbar waren, zu unterdrücken oder zu diffamieren. Die "Gründungsgenossen" des Sozialistischen Büros waren lange Jahre aktiv politisch tätig, kamen aus der Arbeiterjugend, den Gewerkschaften, dem SDS und der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Nun sah es das Sozialistische Büro als wesentliche Aufgabe an, gegenüber den drei skizzierten politischen Tendenzen einerseits ein offenes Kommunikationsforum zu schaffen, in dem die verschiedenen sozialistischen Richtungen über die weitgehend offenen und ungelösten theoretischen und praktischen Fragen diskutieren könnten und in dem andererseits in längerfristiger Sicht eine Konzeption entwickelt werden sollte, die - wie wir es damals formuliert haben - "aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer und teils blinder Spontaneität dort, herauszufindet." Wir wollten uns dabei keinen Illusionen über die tatsächliche Stärke und die absehbaren Möglichkeiten einer sozialistischen Bewegung in der BRD hingeben. Die Momente der antiautoritären Phase, die die Wechselbeziehungen von politischer Praxis, kollektiver und individueller Emanzipation zum Vorschein gebracht hatten, wollten wir wahren. Den Diskussions- und Handlungsspielraum in oder am Rande der DKP sahen wir aufgrund der ideologischen, organisatorischen und strategischen Abhängigkeiten, Bindungen und Konzepte dieser Partei als außerordentlich beschränkt an - kurz, das Sozialistische Büro wollte "undogmatisch" und "illusionslos" sein. Eine wirklich revolutionäre Bewegung, die in der Arbeiterklasse verankert ist und aus ihr hervorgeht, schien und scheint uns nicht in Sicht, die Frage eines Parteiaufbaus und einer revolutionären Partei sind daher aktuell nicht zu stellen. Darüber hinaus meinten wir, daß nicht der Rückgriff auf historische Modelle, sondern allein die konkrete Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Bewegung tragfähige Ansätze für eine revolutionäre Organisierung sichtbar machen kann.
Das Anknüpfen an der Tradition der Arbeiterbewegung, auf die wir uns beziehen, scheint uns außerdem nur dann über "Dogmatismus" hinauszugelangen, wenn wir uns den epochalen Niederlagen der westeuropäischen und deutschen Arbeiterbewegung ebenso wie den Erfahrungen des sogenannten Stalinisierungsprozesses der Kommunistischen Parteien und der Sowjet-Union mit allem Ernst stellen, auf Legendenbildungen verzichten und klar erkennen, daß die sozialistisch/kommunistische Bewegung die Gründe ihres bisherigen Scheiterns in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften auch in sich selbst trug. Dies gilt in anderer Hinsicht auch für sozialdemokratische Organisationen der Arbeiterbewegung, deren Integration in die bürgerliche Gesellschaft in westeuropäischen Ländern die historische Notwendigkeit einer sozialistischen Bewegung im Bewußtsein der Arbeiterklasse verstellt. Auch wir sind der Ansicht, daß die theoretische Analyse des späten Kapitalismus ebenso wie der sogenannten Übergangsgesellschaften keineswegs soweit vorangetrieben ist, daß wir verbindliche und zureichend konkrete Antworten auf theoretischer Ebene besitzen würden. Zudem bezweifeln wir, daß es überhaupt richtig ist, wenn "Avantgarden" den Anspruch erheben, im Besitz einer entwickelten Theorie zu sein (selbst wenn sie bestünde), für die man lediglich noch die organisatorisch richtigen Anwendungsbedingungen finden müsse, um sie in "Praxis" umzusetzen, oder daß Klassenbewußtsein von außen an die Arbeiterklasse herangetragen werden kann und muß.

Dagegen meinen wir, daß jede sozialistische Tätigkeit nur einen beschränkten und vorläufigen Sinn haben kann, solange es nicht eine entwickelte sozialistische Arbeiterbewegung selbst gibt; daß eine sozialistische Organisierung nicht nach einem vorgegebenen Programm geschehen kann, sondern das Resultat von verallgemeinerten Erfahrungsprozessen fortgeschrittener Teile der Arbeiterklasse selbst sein muß.



Daher setzen wir uns zum Ziel, gegen dogmatische Einschränkungen des Diskussions- und Handlungszusammenhangs eine offene Diskussion und Kommunikation zu sichern; den Austausch und die Interpretation wirklicher Erfahrungen von arbeitenden Gruppen zu versuchen und auf die verschiedenen Organisationsansätze einzuwirken. Unsere eigenen Aktivitäten knüpfen an konkreten Arbeitsansätzen an, sollen den Erfahrungs- und Selbstorganisationsprozeß arbeitender Gruppen unterstützen und die Notwendigkeit einerseits der unvermeidlichen Beschränktheit gegenwärtiger sozialistischer Ansätze, andererseits der arbeitsteiligen Entwicklung einer zukünftigen sozialistischen Bewegung in der BRD betonen. Wir begriffen und begreifen uns als Teil einer erst zu schaffenden Bewegung, die eine flexible, den jeweiligen konkreten Möglichkeiten angemessene, zur Kooperation mit anderen Ansätzen fähige Organisationsform besitzen muß. Die Stärkung der vielfältigen Basisbewegung, die Interpretation ihrer Erfahrungen und der historischen Zusammenhänge, in denen die sozialistische Bewegung steht, der Aufbau eines kontinuierlichen und wirksamen Kommunikationsnetzes, scheint uns nicht weniger wichtig zu sein als der Versuch, auf andere Organisationszusammenhänge einzuwirken, durch Aktionsbündnisse eine gewisse Einheit der linken Bewegung am Leben zu erhalten und nicht zuletzt die sozialistische Orientierung in den gewerkschaftlichen Massenorganisationen, soweit uns das möglich ist, zu unterstützen. So ist es uns durch unsere publizistische Tätigkeit sowie durch Kampagnen (zuletzt im Hinblick auf Chile) gelungen, eine linke Gegenöffentlichkeit mit zu schaffen, die weit über unseren eigenen Kreis hinausreicht.

Das Sozialistische Büro besitzt heute einen wachsenden Einfluß in den Bereichen, die sich aus der ursprünglichen Aufgabenstellung ergaben. So beziehen sich nicht nur in Organisationszusammenhängen der DKP arbeitende Genossen auf uns, sondern im starken Maße auch jene "Linke" der Jusos, die ihre Arbeit in der SPD nicht als eine strategische Grundentscheidung für die Partei, sondern als schwerpunktmäßige Tätigkeit in ihr für eine bestimmte politische Etappe begreift. Ihre und unsere Konzeption tatsächlich sozialistischer "Doppelstrategie" sieht dabei nicht so aus, daß wir einen Zuliefererbetrieb für jene Sozialisten in der SPD darstellen, die meinen, wir könnten die außerinstitutionelle Mobilisierung betreiben, die sie benötigen, um in der SPD Positionen zu erringen. Ebensowenig kann unser Verhältnis zur DKP das einer ihrer "Bündnisorganisationen" sein. Dazu können wir uns so wenig wie die DKP selbst verstehen. In jeder aktuellen Kampagne hat sich gezeigt, daß die DKP und die ihr nahestehenden Bündnisorganisationen zwar bereit waren, jedes Bündnis mit bürgerlichen Gruppen einzugehen, aber keines, in dem sozialistisch-kommunistische Positionen vertreten werden, die über die Konzeption des "antimonopolistischen Bündnisses" hinausgehen.

Der wesentliche Ansatz, durch die Unterstützung von Basisaktivitäten in den verschiedensten Tätigkeitsfeldern politische Selbstorganisation zu unterstützen und zugleich einer Fragmentierung und gewissen Perspektivelosigkeit dieser Arbeit nicht etwa durch Dekrete einer "Zentrale", sondern durch Kooperation entgegenzuwirken, verstellt uns nicht den Blick für die in vieler Hinsicht beschränkte Erfahrungsbasis solcher Gruppen (z.B. im Sozialisationsbereich). Wir sehen unsere zentrale Aufgabe darin, einerseits diese Gruppen untereinander und andererseits ihre Erfahrungsprozesse mit den Perspektiven zu ver-

mitteln, die sich aus der (noch weiter zu entwickelnden) Theorie der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft ergeben. Wie auch für den Erfahrungsprozeß der Arbeiterklasse selbst, meinen wir, daß es darum gehen muß, subjektive Bedürfnisse und Interessen und das objektive Klasseninteresse tatsächlich zu vermitteln. Die Interessen und Bedürfnisse, die sich aus der Alltagspraxis ergeben, müssen mit dem objektiven Klasseninteresse, das sich aus der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ergibt, vermittelt werden. Heute ist das gewiß nur in bescheidenen Ansätzen möglich. Dabei bestehen die vielfältigsten Erfahrungs- und Vermittlungsebenen, die etwa bei Sozialarbeiter- oder Lehrergruppen anders aussehen als bei den Kontakten, die zu Gewerkschaftern und Betriebsvertrauensleuten oder Lehrlingen bestehen. Diesen verschiedenartigen konkreten Bezügen müssen auch die jeweiligen Organisationsformen entsprechen.

Wenn wir auch die allgemeine politische Perspektive, die sich aus diesen Ansätzen ergibt, noch keineswegs klar genug entwickelt und öffentlich diskutiert haben, vertreten wir doch die Position, daß es sich auch in Zukunft nicht darum handeln kann, den Erfahrungen der Selbstorganisation "von außen" eine "politische" Dimension hinzuzufügen. Vielmehr sind wir, um eine Formulierung Magris zu verwenden, der Ansicht, daß es prinzipiell falsch wäre, angeblich "unheilbar im Trade-Unionismus oder Anarchismus " befangen, ökonomistisch-spontaneistisch o.ä. genannte Ansätze (die heute natürlich alles andere als eine Massenbewegung repräsentieren), "eine durch das Licht der Theorie erleuchtete Avantgarde" entgegenzustellen, d.h. zu einer "idealistischen Konzeption der Revolution und einer mystischen Konzeption der Partei" zu gelangen. Die notwendige "Analyse der realen Dialektik der materiellen Kräfte, auf denen eine revolutionäre Alternative aufgebaut werden kann", scheint uns freilich kaum stärker entwickelt und konkretisiert zu sein als es jene Kräfte hierzulande sind,die sich als antikapitalistische begreifen (was sich gegenseitig mitbedingt).

Wenn uns daher von außen immer stärker unterstellt wird, wir würden den Aufbau einer Partei betreiben oder als aktuell ansehen, so ist das falsch. Wir haben, was sich anscheinend nicht von selbst versteht, keineswegs die Absicht, neben die diversen Studentenparteien und Parteiaufbauorganisationen ein weiteres, wenn auch vielleicht potenteres, sektiererisches Gebilde zu setzen. Bei derlei Gerüchten und Mutmaßungen handelt es sich also lediglich um Projektionen bestimmter Gruppen und Genossen, die meinen, was sie machen , würde jeder tun. Die Frage einer revolutionären Partei ist in unserenAugen solange nicht aktuell, wie es keine fortgeschrittene Bewegung der Arbeiterklasse selbst gibt. Die Fragen von Partei und Klasse, die sich dann stellen, sind unserem Eindruck nach in vieler Hinsicht nicht gelöst und können auch erst gelöst werden, wenn der konkrete Charakter der Klassenbewegung sichtbar ist.

Allerdings halten wir Schritte zum quantitativen und qualitativen Ausbau der politischen und organisatorischen Arbeit des Sozialistischen Büros für dringend notwendig. Denn in der Tat besteht zwischen den Erwartungen, die in das Büro gesetzt werden, den Aufgaben, die wir erfüllen müssen und den gegenwärtigen Regelungen und Verfahren ein eklatantes Mißverhältnis. Das bezieht sich sowohl auf die bisher angedeuteten Ziele, auf die Möglichkeiten einer verstärkten, arbeitsteiligen Kooperation mit vielen Gruppen und Genossen, die dem Büro nahestehen oder in seinen Projekten arbeiten, als auch auf die heute schon bestehenden täglichen Aktivitäten und politischen Notwendigkeiten. Auch wenn wir uns lediglich als Teil einer arbeitsteilig zu organisierenden sozialistisch/kommunistischen Bewegung in der BRD verstehen, so haben wir doch heute schon wachsende politische Aufgaben zu erfüllen, die von keiner anderen überregionalen Gruppierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfüllt werden können.

Einige Informationen und Zahlen zum Sozialistischen Büro

1) "links" hat eine gedruckte Auflage von ca. 15 000 Exemplaren, 9 000 Abonnenten, 4 000 Stück werden über etwa 120 Weiterverkäufer (Gruppen, Buchläden) vertrieben.
Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro zählt zur Zeit 80 Mitglieder.
Der Fördererkreis des Sozialistischen Büros hat 800 Mitglieder.
1972 erbrachte der Fördererkreis ein Beitragsaufkommen von knapp 60 000 DM.
An der "links"-Redaktion und am Frankfurt/Offenbacher Bürokreis sind als ständige Mitarbeiter etwa 25 Genossinnen und Genossen (fast alle Mitglieder der Arbeitsgruppe) beteiligt. Der Kreis tagt jeden Donnerstag und erledigt bisher neben der Redaktionsarbeit für "links" die Arbeiten und Entscheidungen des Büros, soweit sie nicht in den Arbeitsbereich der einzelnen Projekte fallen. Die Protokollnotizen des Sozialistischen Büros gehen an die Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie an alle Gruppen und Projekte, die mit demBüro kooperieren, etwa 420 Adressen.
Die Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro über "Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der BRD" wurden im Frühjahr 1971 veröffentlicht und seitdem nicht mehr überarbeitet. Zur Zeit wird die sechste Auflage, April 1973, 25 - 30 000 Exemplare vertrieben.
Das Fischer Taschenbuch des Sozialistischen Büros "Für eine neue sozialistische Linke - Analysen, Strategien, Modelle" dokumentiert den Entwicklungsprozeß des Sozialistischen Büros anhand von Beiträgen aus "links" von der Gründung 1969 bis Ende 1972. Das Buch hat eine Auflage von 25 000 Exemplaren.

2) "express" (Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit) hat eine gedruckte Auflage zwischen 8 000 und 12 000 Exemplaren (z.B. die Ausgabe September mit Berichten und Einschätzungen zu den spontanen Streiks wurde in einer Auflage von 12 000 Stück gedruckt und ist fast vertrieben). Über Abonnements werden 3 800 "express" ausgeliefert (durch die Fusion des früheren "express-international" und der Sozialistischen Betriebskorrespondenz zum "express" gingen etwa 900 Abonnenten verloren; es konnten jedoch 1 200 Abonnenten seit der Fusion neu hinzugewonnen werden). Ca. 2 000 "express" gehen an etwa 40 Betriebsgruppen, Vertrauenskörper, Betriebsräte und Redaktionen von Betriebszeitungen. Etwa 1 100 Stück werden über linke Buchläden verkauft.
In der Redaktion "express" arbeiten 15 Genossinnen und Genossen ständig mit. Die politische Linie des "express" soll in Redaktionskonferenzen

diskutiert und in ihren Grundzügen festgelegt werden. An diesen Redaktionskonferenzen beteiligen sich Kollegen aus den Betrieben, Betriebsgruppen, hauptamtliche Gewerkschafter und Wissenschaftler. An der dritten Redaktionskonferenz (Ende September 1973) haben etwa 100 Kolleginnen und Kollegen, unter ihnen Kollegen aus der Metallindustrie, der chemischen Industrie, dem Druckgewerbe, dem öffentlichen Dienst, der Post und der Bahn teilgenommen (siehe Bericht über die Redaktionskonferenz in der Oktober-Nummer "express").
Da der Aufbau des "express" unsere Arbeitskräfte in diesem Bereich erst einmal stark gebunden hat, konnte die Broschürenreihe Betrieb und Gewerkschaften kaum weiter entwickelt werden. Zur Zeit laufen in dieser Reihe folgende Broschüren: Hansgeorg Conert: Gewerkschaften heute - Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? (Zur Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus), Vierte Auflage, 15 000 Exemplare - Godula Kosack, Stephen Gastles: Ausländische Arbeiter und Klassenkampf, Erste Auflage, 3 000 Exemplare - Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie, Dritte Auflage, 12 000 Exemplare (soll überarbeitet werden) - Betriebsratswahl Merck 1972, eine Dokumentation, Erste Auflage, 5 000 Exemplare.
In Zusammenarbeit mit "plakat"-Stuttgart und dem Arbeitskreis "Betrieb und Gewerkschaften" Mannheim/Heidelberg soll ein Arbeiterplakat von Zeit zu Zeit über den "express" verbreitet werden. Das erste Plakat "Löhne, Preise, Profite 73/74" ist vier Wochen nach dem Erscheinen bereits nachgedruckt worden (Erste Auflage 40 000, Zweite Auflage nochmals 15 000 Stück).
Dem "express" angegliedert ist der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds. Das Spendenaufkommen beträgt in den ersten sechs Monaten DM 32 000. Unterstützung wurde bisher in elf Fällen gegeben (darunter Rheinstahl Brackwede und Ford Köln).

3) Der Informationsdienst Arbeiterbildung hat 550 Abonnenten. Es sind fünf Ausgaben erschienen. Die Auflage beträgt je 3 000 Stück. Die ersten beidenAusgaben sind vergriffen. Im erweiterten Redaktionskollektiv arbeiten etwa 60 Genossinnen und Genossen mit. Es hat sich herausgestellt, daß es für die Erarbeitung und für das Interesse der Verwerter des Infos sinnvoll ist, diese jeweils auf Schwerpunktthemen zu konzentrieren, was nicht ausschließt, daß zusätzliche Themen behandelt werden. Die Themen der noch vorrätigen Hefte:
Heft 3 - Politische Jugendbildung; Heft 4 - Möglichkeiten und Grenzen der Lohnpolitik; Heft 5 - Verschärfte Arbeitsbelastung - Betriebsnahe Bildungsarbeit mit Jugendlichen.

4) Der Info Sozialarbeit, der seit Ende vorigen Jahres erscheint, hat etwa 750 Abonnenten, die Auflage beträgt 3 000 - 5 000 Stück. Am Info arbeiten etwa 8 bis 10 Gruppen aus dem Sozialisationsbereich ständig mit. Durch den Info haben jedoch in kurzer Zeit verhältnismäßig viele Gruppen aus dem Sozialisationsbereich (mindestens 30) zum Sozialistischen Büro Verbindung aufgenommen, die bisher jedoch nicht stabilisiert werden konnte. - Es ist beabsichtigt, zum Jugendhilfetag 1974 eine sozialistische Aktion vorzubereiten, die u.a. die Kooperation linker Gruppen im Sozialisationsbereich verbessern dürfte.
Auch der Info Sozialarbeit bringt je Heft ein Schwerpunktthema:
Heft 1 - Fürsorgeerziehung; Heft 2 - Sozialarbeit in Institutionen; Heft 3/4 - Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation undBürokratie.

5) Der Sozialistische Lehrerbund (SLB) hat 120 Mitglieder (Aufruf zur überregionalen Organisierung im SLB/Sozialistisches Büro vor etwa einem Jahr). Es gibt über diese festen Mitgliedschaften hinaus mehrere Gruppen und einzelne Genossen, mit denen Verbindung und auch Kooperation besteht, die jedoch noch keine feste Mitgliedschaft eingegangen sind, da auch noch keine zentrale Konferenz seit dem Aufruf stattfand. Eine solche SLB-Tagung soll noch bis Jahresende 1973 stattfinden. Die Abonnentenzahl des SLB-Info liegt etwas über 2 000. Die verkaufte Auflage schwankt zwischen 4 000 bis 6 000 Exemplaren, je nach Schwerpunktthema. Zur Zeit sind im Vertrieb (die Ausgaben 1 bis 11 sind völlig vergriffen): Heft 12 - Zusammenfassung der wichtigsten Beiträge aus den zuvor erschienenen Infos; Heft 13 - Grundschule; Heft 14 - Gesamtschule; Heft 15 - Berufsschule. Weiterhin geben SLB und Sozialistisches Büro die Reihe Roter Pauker (Materialien für Lehrer) heraus; Heft 1: Unterrichtseinheit Verhaltenssteuerung - Abweichendes Verhalten, Dritte Auflage, 10 000 Exemplare - Heft 2: Unterrichtseinheit Arbeit, Dritte Auflage, 10 000 Exemplare - Heft 3: Disziplinierung von Lehrern - Materialien, Analysen, Hinweise zum Berufsverbot, Dritte Auflage, 25 000 Exemplare - Heft 4: Unterrichtseinheit Lehrlingsausbildung in der BRD, Zweite Auflage, 8 000 Exemplare - Heft 5: Materialien zur Arbeitsfeldanalyse des Lehrerberufs, Dritte Auflage, 12 000 Exemplare - Heft 6: Unterrichtseinheit Lateinamerika, Erste Auflage, 5 000 Exemplare - Heft 7: Materialien zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung, Teil I, 1789 - 1933, Erste Auflage, 5 000 Exemplare - Heft 8: Materialien zur Schulbuchproduktion, Erste Auflage, 5 000 Exemplare.

6) Das Arbeitsfeld Landwirtschaft wird über das SZ Stuttgart organisiert (Agrargruppe Universität Hohenheim). Es fanden einige überregionale Seminare des Arbeitsfeldes statt. In unregelmäßiger Folge erscheint "Zur Sache", eine Zeitung für Landjugendliche und Studenten. In der Reihe Plakat-Bauernverlag sind fünf Titel (Auflagen zwischen 2 000 bis 3 000) erschienen; Heft 1 - Theorie der Bauernrevolution; Heft 2 - Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus; Heft 3 - Bauer was nun? Beiträge zur Agrarfrage in der BRD; Heft 4 - Marxismus und Landwirtschaft; Heft 5 - Studienmaterialien zur Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder.

7) Die Organisierung von Zusammenarbeit sozialistischer Studentengruppen ist in letzter Zeit nur wenig vorangekommen, dies sicher auch deshalb, weil die Verbindungsgruppe zum Sozialistischen Büro, die Frankfurter SF-Gruppe, de facto nicht mehr besteht. Es fanden im letzten Wintersemester zwei Seminare statt, (am Emanzipationsseminar Anfang Mai beteiligten sich etwa 300 Studenten). Es kommt jetzt darauf an, über einen Koordinationsausschuß für sozialistische Studentengruppen die Zusammenarbeit zu stabilisieren. Es besteht über das Sozialistische Büro ein Austausch von Zeitungen, Papers und ähnlichen Materialien der mit dem Sozialistischen Büro kooperierenden Studentengruppen; an diesem Austausch beteiligen sich etwa 20 Gruppen.

8) Weitere Arbeitsbereiche, in denen Kooperation zu organisieren wäre, da Ansätze bereits vorhanden sind: Wissenschaftsbereich/Uni; Technik/Naturwissenschaften (wird bereits von Aachener Genossen koordiniert); Ärzte (will SZ Stuttgart koordinieren).

9) Die im Frühjahr versuchte Fragebogenaktion (es haben sich bei weitem nicht alle Gruppen beteiligt) und die bereits bestehenden und neuen Kontakte ergeben, daß etwa 250 Gruppen sich in politischer Nähe zum Sozialistischen Büro verstehen. Soweit Arbeitsfelder des Sozialistischen Büros bestehen, beteiligen sich solche Gruppen teils regelmäßig, teils sporadisch an dieser Arbeit. Schwieriger ist es, zu den verschiedenen Provinzgruppen (oft Jugendgruppen) und zu Gruppen, die kein spezifisches Arbeitsfeld haben, Verbindung zu halten. Eine Zusammenarbeit dürfte hier überhaupt erst über regionale Zusammenschlüsse möglich sein. Allerdings lassen sich über die Versuche von Kooperation auf regionaler Ebene beim gegenwärtigen Stand noch keine genauen Angaben machen, da mit Ausnahme des SZ Stuttgart solche Initiativen erst in jüngster Zeit anlaufen. Initiativen bestehen bzw. werden von Gruppen am Ort vorbereitet in München (Südbayern), Mannheim/Ludwigshafen/Heidelberg, Frankfurt, Marburg, Köln, Duisburg/Dortmund (Ruhrgebiet), Bielefeld und Bremen.

10) Da der politische und organisatorische Einfluß der Basis- und Projektgruppen, die im Zusammenhang mit dem Sozialistischen Büro arbeiten, und die Tätigkeit des Sozialistischen Büros selbst wegen der Vielfalt, Verschiedenartigkeit und Ungleichzeitigkeit der Arbeit nur schwer zusammenfassend dargestellt werden kann, soll dies hier anhand der Chile-Aktivitäten beispielhaft versucht werden.
Bekanntlich haben wir bereits vor dem Putsch mehrfach in "links" über die Entwicklung in Chile berichtet. Sofort nach dem Putsch haben wir eine erste politische Erklärung "Aufruf zur Solidarität" verfaßt und diese in Frankfurt mit ca. 20 Gruppen diskutiert und an die Adressaten der Protokollnotizen verschickt. Dieser Text, der auf eine Unterstützung des chilenischen Basis-Widerstandes im Kampf für ein sozialistisches Chile abzielte, findet sich ganz oder auszugsweise in vielen Bündnisaufrufen für örtliche Aktionen, in Beschlüssen von örtlichen Gewerkschaften, auch von SPD-Gremien usw. Der Aufruf wurde von der Konferenz der Chile-Komitees übernommen.
Gleich in den ersten Tagen nach dem Putsch haben wir das "links"-Chile-Extrablatt herausgebracht, das in einer Auflage von 170 000 Exemplaren verbreitet und auch allen Abonnenten von "links" und "express" zugeleitet wurde. Dieses Extrablatt und der Aufruf hatten die Funktion, die Stoßrichtung der Chile-Aktionen zu strukturieren. Es folgte unser zweites Flugblatt für allgemeine Aufklärungsaktionen unter der Bevölkerung, vor Betrieben und bei Veranstaltungen. Dieses zweite Flugblatt erreichte eine Auflage von 600 000 Stück. Das Plakat "Chile - der Kampf geht weiter" wurde in einer Auflage von 13 000 Stück verbreitet. Die Oktober-Ausgabe "links" (Chile als Hauptthema) wurde 20 000 mal gedruckt, und wir mußten jetzt 5 000 Stück nachdrucken. Die Broschüre "Dokumente zur Entwicklung in Chile" (Auflage 10 000 Stück) enthielt das erste zusammengefaßte, umfangreiche Chile-Material zur inhaltlichen Information und Diskussion.
Weiterhin haben wir in allen Drucksachen immer gezielt für die Chile-Nachrichten geworben, was erheblich zu deren schnell steigender Auflage beigetragen haben dürfte. Hinzu kamen noch das Chile-Plakat des SLB und die Chile-Aktivitäten während der Buchmesse. Nicht zuletzt haben wir durch den weit verbreiteten Spendenaufruf "Für ein sozialistisches Chile" bisher über DM 60 000 an Spenden gesammelt (der Transfer unserer Spenden ist mit dem Berliner Komitee "Solidarität mit Chile" und mit der AELA München koordiniert; das Geld kommt direkt an die Basis des chilenischen Widerstands).
Nun kann jedes Büro drucken lassen und jede Druckerei druckt (wenn genügend Geld da ist) - wichtiger ist zur Einschätzung der Gruppenaktivitäten im politischen Zusammenhang des Sozialistischen Büros, wie diese Materialien unter die Leute gekommen sind. Das sieht bei den insgesamt rund 800 000 Flugblättern so aus: etwa 13 000 gingen an die Abonnenten von "links" und "express"; etwa 90 000 wurden bei den verschiedenen Aktionen, Informationsständen im Raum Frankfurt (einschließlich Buchmesse) verbraucht; in Mengen zwischen 1 000 und 10 000 Stück wurden von etwa 170 Gruppen, Aktionskomitees usw. aus der gesamten BRD etwa 550 000 Flugblätter angefordert oder abgeholt; in Mengen zwischen 100 und 1 000 Stück wurden von etwa 430 Genossen und Gruppen ca. 80 000 Flugblätter abgenommen.

(Zusammengestellt Anfang November 1973)

Organisatorischer Rahmen des Sozialistischen Büros

Dieser organisatorische Rahmen des Sozialistischen Büros wurde auf der erweiterten Arbeitsgruppentagung am 3./4. November in Frankfurt diskutiert und von den etwa 200 anwesenden Mitarbeitern des Sozialistischen Büros und Vertretern sozialistischer Gruppen bei einer Gegenstimme und 14 Enthaltungen beschlossen. Der organisatorische Rahmen ist als ein experimentelles Modell zu verstehen. Die weitere Praxis und Kooperation im politischen Zusammenhang des Sozialistischen Büros wird zeigen, wo Korrekturen an diesem organisatorischen Rahmen vorzunehmen sind.

Das Sozialistische Büro geht davon aus, daß die Entwicklung einer neuen sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik nur von unten her, d.h. im Lernprozeß von Klassenauseinandersetzungen in den Betrieben und Büros, durch Erfahrungen in Schulen, Hochschulen und anderen gesellschaftlichen Bereichen, möglich ist. Die Tätigkeit des Sozialistischen Büros ist darauf gerichtet, solche Auseinandersetzungen praktisch voranzutreiben und theoretisch zu verarbeiten. Das zentrale Arbeitsfeld des Sozialistischen Büros liegt deshalb bei den Gruppen, die sich im Betrieb, in den Gewerkschaften, im Berufsfeld, Ausbildungssektor oder Wohnbereich, im Alltag der Klassenauseinandersetzungen engagieren. Aktionen, die das Sozialistische Büro entwickelt und Veröffentlichungen, die es herausgibt, sind vor allem Instrumente dieser Praxis. Politische Arbeit im Zusammenhang des Sozialistischen Büros bedeutet also kontinuierliche Beteiligung an lokalen, auf Betriebe und Gewerkschaften oder spezifische Berufs- bzw. Ausbildungsfelder bezogene Gruppen oder an überregionalen Projekten, die hierfür Unterstützung geben.

In der ersten Aufbauphase des Sozialistischen Büros haben sich dabei unterschiedliche Formen einer organisierten Zusammenarbeit in den verschiedenen Arbeitsbereichen herausgebildet. - So wird beispielsweise die Redaktionsarbeit für "links" bislang von der Redaktion mit

einem relativ offenen (Frankfurt/Offenbacher) Diskussionskreis koordiniert, und so die Mitarbeit auch von Genossen, die nicht direkt der Redaktion angehören, ermöglicht. - Die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beispielsweise wird von der "express"-Redaktion in Zusammenarbeit mit einer Redaktionskonferenz diskutiert und in den Grundzügen festgelegt. An dieser Redaktionskonferenz beteiligen sich Kollegen aus den Betrieben und Gewerkschaften, Betriebsgruppen sowie Wissenschaftler, die über Betriebs- und Gewerkschaftsfragen arbeiten. - Mit der von ihrer Redaktionskonferenz herausgegebenen theoretischen Zeitschrift "Probleme des Klassenkampfs" arbeiten wir zusammen, wobei demnächst über eine Redaktionskorrespondenz und über regelmäßige Arbeitstagungen eine Kooperation mit Redaktionskreisen und auch einzelnen Genossen des Sozialistischen Büros hergestellt werden soll. - Das Redaktionskollektiv Arbeiterbildung organisiert seine Zusammenarbeit und Kommunikation über Seminare, die schwerpunktmäßig auf einzelne Themen der Bildungsarbeit konzentriert sind. Dabei werden (neben der engeren Gruppe des Redaktionskollektivs) stets neue Genossen aus den verschiedenen Bereichen der Bildungsarbeit in den Diskussions- und Arbeitszusammenhang einbezogen, und es entstehen spezifische Arbeitsprojekte verschiedener Bereiche von Bildungsarbeit. - Der Sozialistische Lehrerbund organisiert sich in einer Mitgliederorganisation , die längerfristig die Bildung stabiler, kontinuierlich arbeitender örtlicher Gruppen fördert und auch die vereinzelten Lehrergenossen in die Arbeit einbeziehen soll. - Der Info Sozialarbeit wird bisher von Gruppen aus verschiedenen Praxisfeldern dieses Bereichs gestaltet, wobei einzelne Gruppen bestimmte Themen übernehmen, die dann auf gemeinsamen Arbeitstagungen diskutiert und über den Info publiziert werden. - Im Arbeitsfeld Agrarpolitik geht es zur Zeit noch vor allem darum, die vereinzelten Genossen aus Landjugendgruppen und linke Agrarstudenten und Agrarwissenschaftler in einen kontinuierlichen Diskussions- und Arbeitszusammenhang zu bringen. - Im Bereich internationaler sozialistischer Solidarität arbeitet das Sozialistische Büro mit antiimperialistischen Dritte-Welt-Gruppen zusammen, werden Solidaritätsaktionen und Kampagnen organisiert und Broschüren publiziert. - Für weitere Arbeitsfelder (sozialistische Studentengruppen, Wissenschaftsarbeiter, Bereich Technik/Naturwissenschaft, sozialistische Ärzte usw.), deren Koordination zur Zeit zur Diskussion steht, werden ebenfalls jeweils spezifische Kooperationsformen zu entwickeln sein. - Auch beim Aufbau regionaler Zentren verläuft die Organisierung unterschiedlich, - hier sind es vornehmlich die bereits bestehenden und gefestigten Gruppen, dort eher einzelne Genossen, die mit Gruppen und Lesern der Publikationen des Sozialistischen Büros die Kooperation und politischen Aktivitäten im Regionalbereich organisieren und koordinieren.

Diese Vielfalt organisierter Zusammenarbeit kann und soll nicht in ein "verbindlich" erklärtes Organisationsschema gepreßt werden. Jedoch muß jetzt eine Form gefunden werden, um eine kontinuierliche praktische und theoretische Verständigung derjenigen Gruppen und Genossen, die sich mit der politischen Richtung des Sozialistischen Büros verbunden fühlen, zu sichern und um zugleich zu gewährleisten, daß Argumente und Aktionen des Sozialistischen Büros sich auf einen Entscheidungsprozeß aller beteiligten Gruppen und Genossen gründen. Es wird deshalb beschlossen, für die nächste Phase der Entwicklung

die organisatorische Struktur des Sozialistischen Büros in folgender Weise neu zu ordnen (Organisatorischer Rahmen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro):

1. Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro öffnet sich für diejenigen Genossen, die ihre politische Praxis im Zusammenhang des Sozialistischen Büros bestimmen. Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro können demnach solche Genossen werden, die an lokalen sozialistischen Zentren, an auf spezifische Arbeitsfelder bezogenen Arbeitskreisen (Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Bildungsarbeiter, SLB, Sozialarbeitergruppen, Arbeitsfeld Landwirtschaft, Hochschulgruppen usw.) oder an bestimmten Projekten (Zeitschriften des Sozialistischen Büros, Kampagnen des Büros usw.) aktiv beteiligt sind. Anträge auf Neuaufnahme von Genossen in die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro können von Gruppen und Projekten oder von Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro vorgelegt werden. Die Mitarbeit an einem regionalen Zentrum oder/und an Arbeitsfeldern und Projekten des Sozialistischen Büros ist also Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe ist jedoch nicht Voraussetzung für die Mitarbeit in Gruppen und Projekten im Zusammenhang des Sozialistischen Büros. Örtliche und auf spezifische Arbeitsfelder orientierte sozialistische Basisgruppen können sich korporativ der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro anschließen. Sie sollten gleichzeitig in regionalen Zentren bzw. an der überörtlichen Kooperation ihres Arbeitsfeldes bzw. deren Aufbau mitarbeiten.

2. Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro tritt möglichst zwei- bis dreimal, mindestens jedoch einmal im Jahr zu einer Vollversammlung zusammen. Funktionen der Vollversammlung sind:

a) Diskussion und Bestimmung der politischen Linie sowie zentraler Kampagnen des Sozialistischen Büros;
b) Wahl von vier Mitgliedern des Arbeitsausschusses des Sozialistischen Büros;
c) Wahl von fünf bis sieben Mitgliedern der Redaktion der Zeitung "links" als des allgemeinen Organs des Sozialistischen Büros.

3. Im Rahmen der vereinbarten politischen und organisatorischen Übereinstimmung arbeiten die regionalen Zentren, die Arbeitsfelder und Redaktionen wie bisher autonom. Sie bestimmen ihre Organisationsform nach den Bedingungen ihrer Arbeit. Die "links"-Redaktion bildet einen erweiterten Redaktionskreis aus Mitgliedern der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe wird für weitere strategisch wichtige Felder, in denen bisher keine Kooperation besteht, mit Genossen aus solchen Bereichen Initiativausschüsse zum Aufbau einer organisierten Kooperation bilden. Die Arbeitsgruppe wird den Aufbau weiterer regionaler Zentren unterstützen.

4. Neben die Arbeitsgruppe tritt als weiteres Organ ein Projektausschuß des Sozialistischen Büros. Dieser hat die Funktion, laufend die regionalen, publizistischen und arbeitsfeldbezogenen Aktivitäten des SozialistischenBüros zu koordinieren. Der Projektausschuß tritt mindestens viermal im Jahr zusammen. Der Projektausschuß wählt weitere vier Mitglieder des Arbeitsausschusses des Sozialistischen Büros. Im Projektausschuß vertreten sind je zwei Mitglieder regionaler Zent-

SOZIALISTISCHES BÜRO + VERLAG 2000 GMBH
ALLE LIEFERBAREN TITEL: FRÜHJAHR 1974

Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der BRD - Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, DM 2.--
Kofler/Buro: Vom Handelskapitalismus zum Neo-Imperialismus der Gegenwart. Eine Einführung in die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, DM 5.--
Conert: Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, DM 5.--
Schäfer: Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, DM 8.--
Evers/Lehmann: Politisch-Ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der BRD, DM 10.--
Autorenkollektiv Assistentenpool: Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, DM 4.--
Van Spall: Übersicht deutschsprachiger Periodika der unabhängigen sozialistischen Linken, DM 2.50

REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN
Redaktionskollektiv "express": Spontane Streiks 1973 - Krise der Gewerkschaftspolitik, DM 5,--
Politisches Ende der EVA? Dokumentation zum Medienverständnis der Gewerkschaften, DM 3.--
Conert: Gewerkschaften heute - Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? DM 3.3o
Kosack/Castles: Ausländische Arbeiter und Klassenkampf, DM 4.--
Redaktionskollektiv "express": Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie, DM 2.5o
Betriebsratswahl Merck 1972. Eine Dokumentation, DM 4.--

REIHE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
Dokumente zur Entwicklung in Chile, DM 5.--
Wenzel/Krippendorff/Agnoli: Klassenkämpfe und Repression in Italien. Am Beispiel Valpreda, DM 5.--
Brasilien-Report, DM 2.5o
Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika, DM 4.--
Portugal und die NATO, DM 4.--

REIHE ROTER PAUKER
Unterrichtseinheit (UE) Arbeit, DM 4.--
UE Verhaltenssteuerung - Abweichendes Verhalten, DM 4.--
UE Lehrlingsausbildung in der BRD, DM 3.5o
UE Lateinamerika, DM 4.--
Disziplinierung von Lehrern. Materialien, Analysen, Hinweise zum Berufsverbot, DM 4.--
Materialien zur Arbeitsfeldanalyse des Lehrerberufs, DM 4.--
Materialien zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung I (1789 - 1933), DM 2.5o
Materialien zur Schulbuchproduktion. Analyse, Tendenzen, Alternativen, DM 4.--
UE: Bundeswehr und Rüstung in der BRD, DM 5.--

PLAKAT-BAUERNVERLAG
Alavi: Theorie der Bauernrevolution, DM 4.--
Rechtziegler: Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus, DM 5.--
Bauer was nun? Beiträge zur Agrarfrage in der BRD, DM 4.--
Kemper: Marxismus und Landwirtschaft, DM 5.--
Bergmann: Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder, DM 1o.--

Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

ren des Sozialistischen Büros, je zwei Mitglieder der Redaktionen der in Verbindung mit dem Sozialistischen Büro herausgegebenen Publikationen und je zwei Mitglieder der überregionalen arbeitsfeldbezogenen Gruppierungen im Zusammenhang des Sozialistischen Büros. Die Mitglieder des Projektausschusses werden von den arbeitenden Genossen in den einzelnen regionalen Zentren, in den Redaktionskreisen und den arbeitsfeldbezogenen Gruppierungen für jeweils ein Jahr gewählt. Wählbar sind dabei nur Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Die Beratungen des Projektausschusses sind allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe zugänglich. Über die Ergebnisse der Beratungen des Projektausschusses sind die Mitglieder der Arbeitsgruppe durch einen Informationsrundbrief zu unterrichten.

5. Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros sichert die organisatorische Kontinuität der Aktivitäten des Büros. Der Arbeitsausschuß wird jeweils auf ein Jahr gewählt. Wählbar sind dabei nur Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Über die Ergebnisse der Beratungen des Arbeitsausschusses sind die Mitglieder der Arbeitsgruppe durch den Informationsrundbrief zu unterrichten. Der Arbeitsausschuß wird ermächtigt, die im Rahmen der Aufgabenstellung erforderlichen und rechtlich notwendigen Regelungen zu treffen.

6. Neue Mitgliedschaften in der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro müssen gegenüber dem Arbeitsausschuß erklärt und von ihm bestätigt werden. Im Falle der Ablehnung einer Mitgliedschaft durch den Arbeitsausschuß können die Vorschlagenden und der Bewerber den Antrag auf Aufnahme dem Projektausschuss und/oder der Vollversammlung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro zur endgültigen Entscheidung vorlegen.

7. Jedes Mitglied (also auch korporativ angeschlossene Gruppen) hat in der Arbeitsgruppe eine Stimme. Im Projektausschuß sind neben den gewählten Vertretern der regionalen Zentren, der Redaktionen und der überregionalen, arbeitsfeldbezogenen Gruppierungen auch die Mitglieder des Arbeitsausschusses stimmberechtigt. - Grundsätzlich wird angestrebt, in den Entscheidungen der Arbeitsgruppe, des Projektausschusses und des Arbeitsausschusses Übereinstimmung zu erzielen. Sind Abstimmungen unumgänglich, so wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stark vertretene Minderheitspositionen kommen im Informationsrundbrief der Arbeitsgruppe bzw. in "links" zu Wort.

8. Zur Finanzierung der Arbeit des Sozialistischen Büros zahlt jedes Mitglied monatlich einen Beitrag von mindestens 10 DM (Ausnahmen können vereinbart werden). - Der finanziellen Unterstützung dient auch der "Fördererkreis Sozialistisches Büro", dem sich alle jene Genossen anschließen sollen, die nicht aktiv in der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro mitarbeiten können, jedoch das Büro und seine Projekte auf diese Weise unterstützen möchten. Förderer bestimmen ihren Beitrag selbst (jedoch mindestens 5 DM monatlich).

PROBLEME DES KLASSEN-KAMPFS ★ 10

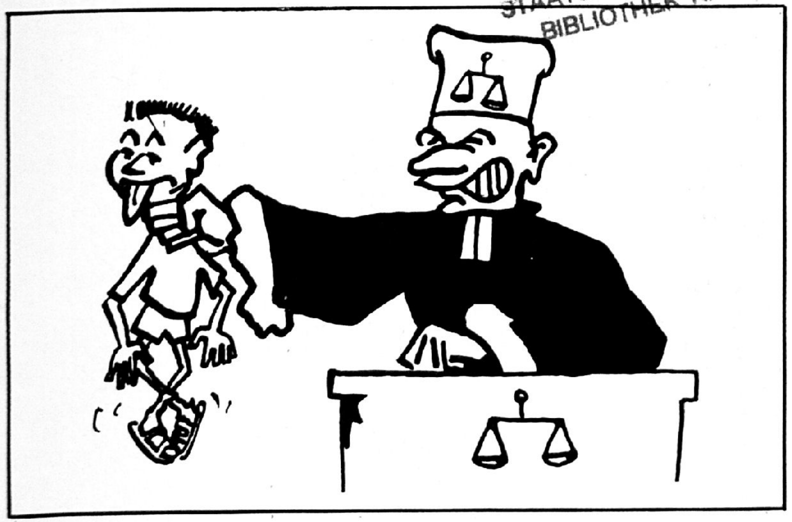
ca. 150 Seiten — DM 6,00

Helga Fassbinder:	Preisbildung, Monopol und Spekulation beim städtischen Boden
Redaktionskollektiv Gewerkschaften:	Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie
Manfred Scharrer/ Dieter Schütte	Die „literarischen Repräsentanten" der DKP-Kritik am Projekt Klassenanalyse
	Protokoll der Diskussion in der Redaktionskonferenz zum Aufsatz von Scharrer/Schütte
	Zu den Klassenkämpfen in Chile Interview mit Urs Müller-Plantenberg
	Erklärung zur Unterdrückung von oppositionellen Kräften in Peru
Initiativgruppe Bad Soden:	Thesen zum Editorial der Redaktionskonferenz (Prokla Nr.6)

Erhältlich in den Buchläden oder direkt beim Verlag:
POLITLADEN 852 ERLANGEN POSTFACH 2849

Abonnements sind nur direkt vom Verlag beziehbar. Abo-Preis für 6 Einfachhefte (bzw. 2 Einfach- und 2 Doppelhefte) ist DM 27,00 inklusive Versandkosten. Luftpostabonnements (nur außerhalb Mitteleuropas) DM 32,00. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Abo-Betrag beim Verlag eingegangen ist. Dabei ist anzugeben ab welchem Heft die Zusendung gewünscht wird, wobei frühestmöglicher Abo-Beginn das zuletzt erschienene Heft ist.
Bezahlung durch Überweisung an Politladen GmbH, 852 Erlangen.
Konto Nr. 3234–850 Postscheckamt Nürnberg oder
Konto Nr. 1190 Raiffeisenkasse Effeltrich/Ofr. Auslandsüberweisungen bitte nur per Post, da Banküberweisungen mit Gebühren belastet werden.

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



Schwerpunktthemen:

Jugendhilferecht und Jugendhilfetag

Außerdem: 'Genscher-Reform'
5 Fälle von Disziplinierung
Nachrichten/Termine/Hinweise

6 Offenbach im April 1974, Preis DM 3.--